

Frankfurter Sozialbericht

Teil V: Segregation und Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen

HERAUSGEBER:

DER DEZERNENT

FÜR SOZIALES UND JUGEND

STADT

FRANKFURT AM MAIN

Verfasser

Dr. Herbert Jacobs

unter Mitarbeit von
Helmut-Arnim Hladjk,
Sigrun Pongratz und
Hartmut Stelter

Jugendhilfe- und Sozialplanung des Dezernats für Soziales und Jugend

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Ute Gerhard
Prof. Dr. Diether Döring
Reiner Höft-Dzemski

Dezernat für Soziales und Jugend

STADT **FRANKFURT AM MAIN**

Frankfurt am Main 2002

F r a n k f u r t e r S o z i a l b e r i c h t

Teil V: Segregation und Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen

Vorwort

Mit dem hier vorgelegten fünften Teilbericht findet der neue Frankfurter Sozialbericht einen Abschluss. Der Teilbericht behandelt die räumliche Verteilung von Personen unterschiedlicher sozialer Schicht, Staatsangehörigkeit und Alter im Stadtgebiet und zeigt, in welchen Teilen der Stadt benachteiligte Personen, junge und alte Menschen sowie deutsche und nicht-deutsche Frankfurter häufiger wohnen als in anderen. Des Weiteren wird dargestellt, welche Wohnquartiere als „Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen“ gelten. Daneben werden die unter dem Titel „Soziale Stadt“ laufenden Maßnahmen beschrieben, die in einigen der untersuchten Gebiete der Stadt mit dem Ziel der sozialen Stabilisierung durchgeführt werden. Schließlich werden eine Reihe von Maßnahmen vorgestellt, die möglicherweise geeignet sind, einer Polarisierung der Wohnquartiere entgegenzuwirken und den sozialen Zusammenhalt der Menschen in unserer Stadt zu fördern.

Ich habe den jetzigen Sozialbericht oben als „neu“ bezeichnet, um ihn besser vom 1997 veröffentlichten Ersten Frankfurter Sozialbericht unterscheiden zu können. Im Februar 1998 hatte die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main beschlossen, den Ersten Frankfurter Sozialbericht fortzuschreiben. Dem Beschluss zufolge sollte der neue Sozialbericht die Themen Arbeitsmarktgeschehen und kommunale Beschäftigungsmöglichkeiten, Bildung und Ausbildung, Sozialhilfe und hier insbesondere Entwicklungstendenzen und Verweildauer, Wohnungsversorgung und Sozialraummanagement, Gesundheit und Gesundheitsfürsorge, Segregation, Altersstruktur der Bevölkerung und Migrationsentwicklung behandeln. Umgesetzt werden sollten diese Vorgaben in den fünf Teilberichten. Den Anfang machte der Bericht zu „Risiken und Chancen des Frankfurter Arbeitsmarktes“, gefolgt von den Teilen „Sozialhilfeempfänger“, „Wohnungsversorgung“, „Medizinische Versorgung, Prävention und ausgewählte gesundheitliche Gefährdungen“ und jetzt „Segregation und Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen“. Die bisher fertiggestellten Teilberichte wurden als Bände 20, 21, 22 und 24 der Schriftenreihe des Dezernats für Soziales und Jugend der Stadt Frankfurt am Main in den beiden vorangegangenen Jahren veröffentlicht.

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bestimmte darüber hinaus, dass die Sozialberichterstattung eine dauerhafte Aufgabe ist und nicht wie noch beim Ersten Frankfurter Sozialbericht extern, sondern von der damaligen Planungsgruppe, dem heutigen Expertenteam Jugendhilfe- und Sozialplanung im Jugend- und Sozialamt erstellt, werden soll.

Eine „hauseigene“ Sozialberichterstattung unterliegt schnell dem Verdacht, „Hofberichterstattung“ zu sein. Um dieser Gefahr zu begegnen, wurden die Verfasser des Sozialberichts

durch drei wissenschaftliche Experten beraten. Bei den Experten handelt es sich um Frau Prof. Dr. Ute Gerhard, Herrn Prof. Dr. Diether Döring und Herrn Reiner Höft-Dzemski. Darüber hinaus wurde ein Projektbeirat aus Vertretern von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Unternehmensorganisationen, Gewerkschaften, dem Arbeitsamt und sozialen Organisationen einberufen, dem Entwürfe der verschiedenen Teilberichte vorgestellt wurden. Ohne den Rat und die Unterstützung der drei Wissenschaftler und die kritischen Kommentare und Nachfragen aus den Reihen des Projektbeirates hätte der neue Sozialbericht nicht die Qualität erreicht, die er hat.

Ziel der Sozialberichterstattung ist es, die unterschiedlichen Lebensbedingungen und Lebenslagen der Menschen in Frankfurt am Main zu beschreiben und hierbei Bevölkerungsgruppen zu identifizieren, deren Teilhabechancen in besonderer Weise eingeschränkt sind und die deshalb der Unterstützung der Gemeinschaft bedürfen. Wenn man dies tut, kommen auch die Bedingungen in den Blick, die den sozialen Zusammenhalt der Stadt gefährden. Zu diesen Gefährdungen gehören Armut, Arbeitslosigkeit, beengtes Wohnen, Drogenabhängigkeit oder Kriminalität und Vandalismus. Nur wenn es gelingt, diese Gefährdungen auf einem niedrigen Niveau zu halten, wird Frankfurt am Main eine Stadt bleiben, in der ihre Bewohner gerne leben und in die Menschen gerne kommen. Gelingt dies nicht, dann drohen sich Entwicklungen zu verstärken, die schon in den letzten Jahren zu verzeichnen waren. So verlassen einkommensstarke deutsche Haushalte mit Kindern die Stadt, um sich im Umland niederzulassen. In der Stadt konzentrieren sich demgegenüber Arme, Ausländer und Alleinerziehende, also Gruppen, deren gesellschaftliche Teilhabe oft und aus unterschiedlichen Gründen gefährdet ist.

Besondere Herausforderungen für die Sicherung des sozialen Zusammenhalts ergeben sich aus dem hohen Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund, haben sie nun die deutsche Staatsangehörigkeit oder nicht. Migranten sind öfter arbeitslos und verfügen über schlechtere Qualifikationen. Weil Migrantenkinder häufig nur unvollkommen Deutsch sprechen, suchen deutsche Eltern für ihre Kinder Schulen, in denen der Anteil von Migrantenkindern gering ist und in denen es vermeintlich bessere Startbedingungen gibt. Auf den sozialen Zusammenhalt der Stadt wirkt sich dies negativ aus.

Die Sozialberichterstattung hat die Aufgabe zu zeigen, wo sozialpolitischer Handlungsbedarf besteht, über die Wirksamkeit von bereits ergriffenen Maßnahmen zu informieren und Handlungsoptionen aufzuzeigen. Lässt man die fünf Teilberichte Revue passieren, dann enthalten sie eine ganze Reihe von Handlungsvorschlägen, von denen einige bereits aufgegriffen wor-

den sind. So hat die Stadt ihre Bemühungen um die Arbeitsmarktintegration von arbeitslosen Sozialhilfeempfängern trotz schwieriger Haushaltslage nicht nur beibehalten, sondern sogar noch verstärkt. Durch eine Kooperationsvereinbarung mit dem Arbeitsamt und die Schaffung einer gemeinsamen Dienststelle soll die Vermittlung vor allem junger Sozialhilfeempfänger in Arbeit oder Ausbildung verbessert werden. Ziel ist es, dass kein junger Mensch längere Zeit von Sozialhilfe lebt, sofern er erwerbsfähig ist. Im Bereich der Sozialhilfe wird sich die Stadt an einer Befragung von Sozialhilfeempfängern im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit der Dienstleistung „Sozialhilfe“ beteiligen. Um Menschen an die Stadt zu binden, die sich ansonsten anderswo niederlassen und ihren Wunsch nach Wohneigentumsbildung erfüllen würden, hat die Stadt Frankfurt am Main in den letzten Jahren verstärkt Bauland für den Eigenheimbau ausgewiesen (z.B. Mertonviertel, Riedberg). Und zur sozialen Stabilisierung von Problemgebieten wird das Programm „Soziale Stadt“ auf weitere Wohnquartiere ausgedehnt.

Der neue Frankfurter Sozialbericht ist mit dem fünften Teilbericht abgeschlossen. Auf insgesamt rd. 600 Seiten ist eine enorme Fülle von Informationen über die soziale Lage der Bewohner unserer Stadt zusammengetragen worden. Ich danke an dieser Stelle allen, die zum Gelingen dieser anspruchsvollen Aufgabe beigetragen haben, und schließe hierbei ausdrücklich meine beiden Vorgänger im Amt des Sozialdezernenten, Herrn Bürgermeister Vandreike und Herrn Stadtrat Hemzal ein.

Wenn ich oben geschrieben habe, dass der neue Frankfurter Sozialbericht nun abgeschlossen ist, soll dies nicht heißen, dass die Sozialberichterstattung hiermit „fertig“ ist. Vielmehr stellt die kontinuierliche Berichterstattung über die soziale Lage der Einwohner und das Identifizieren von Bevölkerungsgruppen, die von sozialer Benachteiligung betroffen oder bedroht sind, eine dauerhafte Aufgabe einer jeden Sozialverwaltung dar. Dem hat die Stadtverordnetenversammlung mit ihrem Beschluss vom Februar 1998 Rechnung getragen, in dem die Sozialberichterstattung ausdrücklich nicht als einmaliges Vorhaben definiert worden ist. In welcher Form der von der Stadtverordnetenversammlung festgelegte Themenkatalog in Zukunft bearbeitet wird, wird nach einem intensiven Beratungsprozess mit verschiedenen an der Sozialberichterstattung Beteiligten zu entscheiden sein.



Franz Frey

Dezernent für Soziales und Jugend

Inhalt:

1. EINLEITUNG	9
2. SEGREGATION IN FRANKFURT AM MAIN	15
2.1 SOZIALE SEGREGATION	15
2.2 DEMOGRAPHISCHE SEGREGATION	22
2.3 ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN SOZIALEN UND DEMOGRAPHISCHEN MERKMALEN DER STADTBZIRKE ...	24
2.4 DIE RELATIVE BENACHTEILIGUNGSPOSITION DER STADTBZIRKE IM ERSTEN FRANKFURTER SOZIALBERICHT UND FÜNF JAHRE SPÄTER.....	27
2.5 ZUSAMMENFASSUNG	30
3. WOHNGBIETE MIT VERDICHETEN SOZIALEN PROBLEMLAGEN.....	33
3.1 JETZIGE SITUATION IN DEN SCHON FRÜHER BENANNTEN WOHNGBIETEN MIT VERDICHETEN SOZIALEN PROBLEMLAGEN	35
3.1.1 Sozialstrukturelle Merkmale und deren Veränderungen seit 1993	35
3.1.2 Problembelastungen aus der Sicht der Sozialrathäuser.....	39
3.2 VON DEN SOZIALRATHÄUSERN IM JAHRE 2000 ERSTMALS BENANNTE WOHNGBIETE MIT VERDICHETEN SOZIALEN PROBLEMLAGEN.....	46
3.2.1 Sozialstrukturelle Merkmale.....	46
3.2.1 Problembelastungen aus der Sicht der Sozialrathäuser.....	47
3.3 SOZIALE BENACHTEILIGUNG IN DEN ZUGEHÖRIGEN STADTBZIRKE	52
3.4 NOTWENDIGE MAßNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER SOZIALEN SITUATION AUS SICHT DER SOZIALRATHÄUSER.....	52
4. MASSNAHMEN IN WOHNGBIETEN MIT BESONDEREM SOZIALEM UND BAULICHEM ENTWICKLUNGSBEDARF	58
4.1 BUND-LÄNDER-PROGRAMM „STADTHEILE MIT BESONDEREM ENTWICKLUNGSBEDARF - DIE SOZIALE STADT“ (BEITRAG DES STADTPLANUNGSAMTES - 61.A31)	59
4.1.1. Das Quartier „Engelsruhe“	60
4.1.2 Das Gallusviertel.....	67
4.1.3 Förderung des Wohnungsbaus und der Wohnumfeldverbesserung in anderen Wohnquartieren	70
4.2 DAS STÄDTISCHE PROGRAMM „FRANKFURT – SOZIALE STADT – NEUE NACHBARSCHAFTEN“	71
4.2.1 Sozialstrukturelle Merkmale der ausgewählten Wohngebiete.....	73
4.2.2 Problemwahrnehmung durch Experten und Bewohner.....	75
4.3.3 Maßnahmen des Quartiersmanagement und geplanter Projektverlauf.....	82
5. SCHLUSS	85
ANHANG.....	99
1. SOZIALSTRUKTURELLE MERKMALE IN DEN STADTBZIRKEN VON FRANKFURT AM MAIN	100
2. VERÄNDERUNG SOZIALSTRUKTURELLER MERKMALE IN DEN STADTBZIRKEN VON 1995 BIS 1999	119
3. WOHNSTANDORT-SCHWERPUNKTE AUSGEWÄHLTER NATIONALITÄTEN IN FRANKFURT AM MAIN	130
4. „SOZIALER RANG“ DER STADTBZIRKE VON FRANKFURT AM MAIN 1999	132
5. SOZIALSTRUKTURELLE DATEN 1993 UND 1999 IN 32 „ALTEN“ WOHNGBIETEN MIT VERDICHETEN SOZIALEN PROBLEMLAGEN	136
6. PROBLEMBELASTUNGEN DATEN IN 32 „ALTEN“ WOHNGBIETEN MIT VERDICHETEN SOZIALEN PROBLEMLAGEN	139
7. SOZIALSTRUKTURELLE MERKMALE IN 13 „NEUEN“ WOHNGBIETEN MIT VERDICHETEN SOZIALEN PROBLEMLAGEN	142
8. PROBLEMBELASTUNGEN IN 13 „NEUEN“ WOHNGBIETEN MIT VERDICHETEN SOZIALEN PROBLEMLAGEN	143

1. Einleitung

In diesem abschließenden Teilbericht des neuen Frankfurter Sozialberichts steht die räumliche (Ungleich-)Verteilung verschiedener Bevölkerungsgruppen im Stadtgebiet im Mittelpunkt des Interesses. Während in den vorangegangenen Teilberichten in erster Linie die Ausprägung einzelner Merkmale wie Sozialhilfebezug, Arbeitslosigkeit oder Wohnungsversorgung in Frankfurt am Main insgesamt betrachtet wurden, geht es jetzt darum zu untersuchen, ob und in welchem Ausmaß sich die Stadtbezirke im Hinblick auf diese und andere Merkmale unterscheiden und ob sich in bestimmten Teilen der Stadt bestimmte und insbesondere benachteiligte Personengruppen konzentrieren. Schließlich geht es auch um die Frage, ob und in welcher Weise eine solche Konzentration benachteiligter Personengruppen die soziale Stabilität der betreffenden Gebiete gefährdet.

Soziale und räumliche Ungleichheit

Bei Untersuchungen zur (residenziellen) Segregation¹ geht es um den Zusammenhang zwischen sozialer und räumlicher Ungleichheit. Mit sozialer Ungleichheit bezeichnet man die ungleiche Ausstattung der Menschen mit Ressourcen wie Einkommen, Bildung, Prestige oder Macht und die Kristallisation dieser Merkmale in einem hierarchisch gegliederten Ungleichheitsgefüge.² Hiervon zu unterscheiden ist die räumliche Verteilung der Wohnstandorte von Menschen mit unterschiedlichen Schichtungsmerkmalen. Empirisch gibt es, wie zahlreiche Segregationsstudien zeigen, einen deutlichen Zusammenhang zwischen sozialer und räumlicher Ungleichheit. Menschen einer bestimmten sozialen Schichtzugehörigkeit treffen in ihrem Wohnumfeld überdurchschnittlich viele Menschen, die eine ähnliche Position im sozialen Schichtgefüge einnehmen. Auch wenn es einen Zusammenhang zwischen sozialer und räumlicher Ungleichheit gibt, so ist das soziale Ungleichheitsgefüge, das sich in ungleichen Einkommenspositionen, Bildungsabschlüssen oder beruflichen Positionen zeigt, unabhängig von seiner räumlichen „Umsetzung“ gegeben. Selbst wenn die Wohnstandorte der Angehörigen

¹ Dangschat, J. S.: Segregation. In: Häußermann, H. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen 1998, S. 207-220; ders.: Warum ziehen sich Gegensätze nicht an? Zu einer Mehrebenen-Theorie ethischer und rassistischer Konflikte um den städtischen Raum. In: W. Heitmeyer, W. Dollase und O. Backes (Hrsg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklungen für das ethisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt am Main 1998, S. 21-96; Friedrichs, J.: Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. 3. Aufl., Opladen 1983, S. 216-301; ders.: Makro- und mikrosoziologische Theorien der Segregation. In: ders. (Hrsg.): Soziologische Stadtforschung. Sonderheft 29 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen 1988, S. 56-77.

² Zur Einführung in den Themenbereich sozialer Ungleichheit vgl. Brock, D.: Soziale Ungleichheit, Klassen und Schichten. In: Bernhard Schäfers u. Wolfgang Zapf (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen 1998, S. 608-622.

der verschiedenen sozialen Schichten im Raum gleichmäßig verteilt wären, würde die soziale Ungleichheit um keinen Deut geringer ausfallen. Und die soziale Polarisierung kann zunehmen, ohne dass es die räumliche tut, und umgekehrt.

Segregation ist sowohl das Ergebnis individueller Entscheidungsprozesse über Wohnstandorte als auch das Ergebnis der räumlichen Verteilung der verschiedenen, jeweils im Hinblick auf Mietpreis, Ausstattung und Lage ähnlichen (Wohn-)Gelegenheiten. Entsprechend unterscheidet der regelmäßig vom Wohnungsamt der Stadt Frankfurt am Main veröffentlichte Mietspiegel „einfache“, „mittlere“ und „gute“ Wohnlagen. Diese Wohnlagen beschreiben Teilwohnungsmärkte, die den Haushalten je nach Einkommensniveau offen stehen. Während sich Haushalte mit niedrigem Einkommen bei der Wohnungssuche meist auf einfache und preisgünstige Wohnlagen³ beschränken müssen, stehen Haushalten mit hohem Einkommen alle Wohnlagen offen. Eine Wohnlage charakterisiert nicht nur einzelne Häuser, sondern ganze Wohngebiete. Dies gilt insbesondere für die Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus, in denen es eine große Zahl von (im Hinblick auf Miethöhe und Ausstattung) ähnlichen Wohnungen gibt, die aufgrund der Sozialbindung nur Personen zugewiesen werden können, deren Einkommen bestimmte Grenzen nicht überschreiten. Neben baulichen Gegebenheiten, rechtlichen Zugangsbeschränkungen und finanziellen Zugangsbarrieren spielen individuelle Zu- und Wegzugsentscheidungen bei der Entstehung oder der Verstärkung sozialer Entmischung eine Rolle. Die Zu- und Wegzugsentscheidungen werden vom „Image“ eines Wohngebietes ebenso beeinflusst wie von „objektiven“ Faktoren, zu denen z.B. die Verkehrs- und Lärmbelastung, das Vorhandensein von Grünflächen und die Infrastrukturausstattung (Anbindung an das Bus- und [Straßen-] Bahnnetz, Einkaufsmöglichkeiten, Schulen etc.) zählen. Gelten Wohngebiete erst einmal als unattraktiv, versuchen viele Bewohner in bessere Wohnlagen auszuweichen. Und Personen, die neu in eine Stadt ziehen, werden, sofern sie es sich leisten können, von vornherein andere Wohnquartiere suchen als die, „in die man besser nicht zieht“.

Durch soziale Entmischung können Quartiere in der Bewertung der Bevölkerung auf- und absteigen. Stadtgebiete, in denen sich einkommensschwache Schichten konzentrieren, mutieren schnell zu „Problemgebieten“. Andererseits können Stadtteile aber auch in der Beliebtheitskala aufsteigen und zum bevorzugten Wohnstandort einkommensstarker Schichten werden, wie dies in der Vergangenheit in vielen Städten mit vielen innenstadtnahen Altbaugebieten geschehen ist. Viele alteingesessene Bewohner solcher vormals durch ein relativ niedriges

³ Es handelt sich um den Teilwohnungsmarkt „preisgünstige Wohnungen“ (vgl. Pia Bolz: Frankfurter Sozialbericht Teil III: Wohnungsversorgung. Herausgegeben vom Dezernat für Soziales und Jugend der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt am Main 2001, S. 90ff.).

Mietniveau geprägten Stadtteile werden verdrängt, weil die Besitzer auf die kaufkräftige Nachfrage mit Modernisierung des Wohnungsbestandes und Erhöhung der Mieten reagieren.⁴

Nicht nur dass Entmischung soziale Ungleichheit sichtbar macht, soziale Entmischung hat auch für sich einen Effekt, der die Ungleichheit von Lebenschancen und -lagen verstärkt.⁵ Wo Personen unterschiedlichen (d.h., nicht nur niedrigen) Einkommensniveaus leben, ist z.B. die Wahrscheinlichkeit, Einkaufsmöglichkeiten „vor Ort“ zu haben größer, als wenn dies nicht der Fall ist. Investitionsentscheidungen im Einzelhandel hängen aber nicht zuletzt von der durchschnittlichen wie der Gesamtkaufkraft möglicher Kunden ab. Und wenn die nicht in ausreichendem Umfang gegeben ist, werden Einzelhandelsgeschäfte sich nicht ansiedeln oder bestehende geschlossen werden.⁶ Fühlt man sich erst einmal abgeschnitten, wird wegziehen, wer dazu Gelegenheit hat.

Segregation und soziale Stabilität stehen häufig in einem Bedingungsverhältnis. Die soziale Stabilität hängt u.a. von der sozialen und demographischen Zusammensetzung eines Wohngebietes ab. Eine zu starke Konzentration von benachteiligten Personen kann die soziale Stabilität eines Wohngebietes gefährden. Wer auf staatliche Unterstützung angewiesen ist oder keine Arbeit findet, ist von sozialer Ausgrenzung bedroht. Wenn im unmittelbaren Wohnumfeld einer benachteiligten Person viele andere Personen leben, die sich in einer ähnlich benachteiligten Lage befinden, dann mindert dieses soziale Umfeld die Möglichkeiten zur Selbsthilfe und zur Bewältigung des Alltages. All dies begünstigt seinerseits wieder eine Stigmatisierung und Ausgrenzung der Bewohner solcher Wohngebiete und verringert die Wahrscheinlichkeit, dass private Hauseigentümer in solchen Gebieten investieren. Insgesamt droht ein Teufelskreis der Abwertung.

Eine Voraussetzung für die soziale Stabilität von Wohngebieten ist, so wird gewöhnlich angenommen, eine „ausgewogenen Bewohnerstruktur“:

„Neben einer ausreichenden Wohnungsversorgung aller Bevölkerungsgruppen ist die soziale Stabilität von Wohnquartieren eines der wichtigsten Ziele der Wohnungs- und Städtebaupolitik. Sozial stabile Wohnquartiere sind ein wichtiger Bestandteil der Wohnqualität. Sie fördern die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtviertel und tragen maßgeblich zu deren Wohnzufriedenheit bei. Die soziale Stabilität von Wohnquartieren beruht auf dem Zusammenwirken vieler Faktoren, die sich wechselseitig beeinflussen und ergänzen. Zu diesen

⁴ Eine solche Aufwertung von Wohngebieten durch den Zuzug einkommensstarker Personen wird als „Gentrification“ bezeichnet (vgl. Friedrichs, J.: Gentrification. In: Häußermann, H. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen 1998, S. 57-66).

⁵ Ein Umstand, auf den z.B. Jens Dangschat hinweist (vgl. ders.: Segregation, In: Häußermann, H. [Hrsg.]: Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen 1998, s. 207-220, hier: S. 207).

⁶ Es sei hier an die Schließung von Kaufhausfilialen in den Frankfurter Stadtteilen Bockenheim und Höchst erinnert, die von vielen Bewohnern dieser Stadtteile als Anzeichen des Niedergangs wahrgenommen werden.

Faktoren gehören neben der Qualität des Wohnungsbestandes, des Wohnumfeldes und der wohnnahen Infrastruktur auch die soziale und demographische Zusammensetzung der Quartiersbevölkerung. Zwar ist eine ausgewogene Bevölkerung keine notwendige Voraussetzung für die soziale Stabilität eines Wohnquartiers. Es besteht jedoch Übereinstimmung darin, dass eine zu starke räumliche Konzentration von gesellschaftlich ausgegrenzten, auf staatliche Unterstützung angewiesenen Haushalten die Stabilität eines Wohngebietes gefährden kann. Eine soziale Umgebung, die sich weitgehend aus Menschen zusammensetzt, die am Rande der Gesellschaft leben, mindert deren Möglichkeit zur Selbsthilfe und zur Bewältigung des Alltags. Sie führt zu Stigmatisierung und Diskriminierung und verstärkt dabei die Wirkung sozialer Ausgrenzung zusätzlich. Darüber hinaus mindert sie die Investitionsbereitschaft privater Hausbesitzer, so dass ein Teufelskreis der Abwertung entsteht. Sozial instabile Wohnviertel sind meist hochsegregierte Quartiere. Zwischen sozialräumlicher Segregation und sozialer Stabilität besteht deshalb eine enger Zusammenhang.“⁷

Zu den Wohngebieten, in denen in den letzten Jahren eine soziale Entmischung zu verzeichnen war, gehören die in der Nachkriegszeit in vielen Städten entstandenen Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus. Im Gefolge des Siedlungsbaus der fünfziger und sechziger Jahre zogen damals viele Menschen aus den beengten Innenstadtquartieren in die damals sehr beliebten Neubauwohnungen an die grünen Ränder der Städte, in Frankfurt am Main beispielweise in die Nordweststadt. All diese Siedlungen wurden im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus ermöglicht. Der soziale Wohnungsbau richtete sich am Anfang nicht nur an diejenigen, die zu den benachteiligten Schichten der Bevölkerung gehörten. Vielmehr zog es auch Angestellte und Beamte in die neu errichteten Wohnungen. Großzügige Einkommensgrenzen erlaubten es damals auch Mittelstandsfamilien, die neu errichteten Quartiere zu beziehen. In vielen der ehemals beliebten und sozial durchmischten Wohnquartiere des sozialen Wohnungsbaus ist heute aber festzustellen, dass finanziell besser gestellte Haushalte die Wohnquartiere verlassen (haben). Auch wird der Bestand an Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus immer geringer und der verbleibende Bestand soll nur noch den „wirklich Bedürftigen“ zur Verfügung stehen. Erklärtes Ziel der Bundes- und Landespolitik war es, Haushalte, deren Einkommenssituation sich verbessert hat und nicht mehr zum Bezug einer Sozialwohnung berechtigt würde, mit einer Fehlbelegungsabgabe zu belasten. Hierdurch hoffte man, zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau zu erhalten oder die jetzt besser gestellten Haushalte dazu bewegen zu können, die Sozialwohnungen für weniger begünstigte frei zu machen. Heute ist es so, dass viele Haushalte, die die Fehlbelegungsabgabe zahlen, mit dem selben Geld auf dem freien Wohnungsmarkt häufig attraktivere Angebote finden und auch nutzen. Ob allerdings die Miethöhe wirklich das ausschlaggebende Motiv für den Wegzug ist, ist nicht so einfach zu sagen. Wie dem auch sei, im Laufe der Zeit wurden viele ehemals gemischten Wohnquartiere

⁷ Institut für Wohnen und Umwelt: Sozialräumliche Entwicklung in Frankfurt am Main. Ergebnis einer sekundärstatistischen Analyse im Rahmen des Forschungsprojektes „Beitrag verschiedener wohnungspolitischer Instrumente zur Schaffung ausgewogener Bewohnerstrukturen. Darmstadt 2001, S. 2.

sozial immer homogener.⁸ In ihnen konzentrieren sich jetzt Bewohner, die geringe Einkommen aufweisen und auch sonst Schwierigkeiten haben, auf dem freien Wohnungsmarkt unterzukommen.

Wenn Fragen der räumlichen Verteilung von Bevölkerungsgruppen erforscht werden, dann orientieren sich viele Beobachter an Vorstellungen einer „richtigen“ Verteilung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Dies kommt z.B. in der schon erwähnten Studie des Instituts für Wohnen und Umwelt zum Ausdruck, in der es um „ausgewogene Bewohnerstrukturen“ geht. Implizit steckt hinter vielen Segregationsaussagen ein Gleichverteilungspostulat.⁹ Es gibt aber, das muss betont werden, keine objektiven oder wissenschaftlichen Maßstäbe dafür, von welchem Schwellenwert an Segregation problematisch zu werden droht. Obwohl sozial instabile Wohnquartiere in der Regel hochsegregiert sind, so gilt nicht umgekehrt, dass alle hochsegregierten Wohngebiete auch sozial instabil sind.

Aufbau des Berichts

Im Hinblick auf die sozialräumliche Segregation in Frankfurt am Main soll im Folgenden nicht nur der aktuelle Stand der räumlichen Segregation dargestellt, sondern auch der Frage nachgegangen werden, ob das Ausmaß der Segregation heute größer ist als früher. Hierbei geht es auch um die Frage, ob die in den letzten Jahren oftmals vertretene These von einer zunehmenden „Polarisierung“ in den Städten¹⁰ sich im Hinblick auf Frankfurt am Main bestätigen lässt. Die Untersuchung bezieht sich auf die über 100 Stadtbezirke von Frankfurt am Main. Neben der Beschreibung der Verteilung dieser Merkmale auf die verschiedenen Stadtbezirke wird auch untersucht, welche Zusammenhänge es zwischen der relativen Häufigkeit eines Merkmals und dem Auftreten anderer Merkmale gibt.

Die Konzentration bestimmter Bevölkerungsgruppen wie Sozialhilfeempfänger oder Arbeitslose in bestimmten Stadtbezirken oder Wohngebieten geht häufig mit einer Konzentration sozialer Probleme wie Gewalt, Vandalismus oder Kriminalität einher. In der Vergangenheit

⁸ Einen ähnlichen Effekt dürften Mietanhebungen haben, die auftreten, wenn Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen. Hierdurch werden einkommensschwächere Haushalte aus Wohngebieten verdrängt, die früher für sie in Frage gekommen sind.

⁹ vgl. Hennig, E.: Segregation und Entropie: Analyse, Implikate und Interpretation städtischer Ungleichheiten (<http://www.uni-kassel.de/fb5/politikwissenschaft/Chicago/segregation.html>).

¹⁰ vgl. Dangschat, J.: „Stadt“ als Ort und als Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 31-32/1995, S. 50-62; ders.: Entwicklung von Problemlagen als Herausforderung für die soziale Stadt. In: Hanesch, W. (Hrsg.): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen 1997, S. 77-108; Häußermann, H.: Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 10-11/2000, S. 13-21.

zeigte sich, dass die Stadtbezirke zu große Einheiten sind, wenn es darum geht, Bereiche innerhalb des Stadtgebietes zu identifizieren, in denen besondere Problemballungen anzutreffen sind. Bei der 1997 veröffentlichten Sozialraumanalyse des Dezernats für Soziales und Jugend¹¹ wurden 32 Wohngebiete benannt, die verdichtete soziale Problemlagen aufwiesen. In Kapitel 3 wird untersucht, wie sich heute die Situation in diesen Wohngebieten darstellt, und der Frage nachgegangen, ob es heute noch andere Gebiete gibt, die ebenfalls verdichtete soziale Problemlagen aufweisen. Des Weiteren wird untersucht, mit welchen Merkmalen eines Stadtbezirks das Auftreten von Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen einhergeht.

Als Reaktion auf die soziale Entmischung und den baulichen Verfall von Wohnquartieren wurden verschiedene Programme aufgelegt, die darauf abzielen, die bauliche und soziale Situation in besonders belasteten Wohngebieten zu verbessern. Über diese Maßnahmen und die Erfahrungen, die dabei gemacht wurden, wird in Kapitel 4 berichtet.

Im Schlusskapitel werden die Befunde zusammengefasst und in den Kontext übergreifender sozialer und wirtschaftlicher Prozesse eingeordnet. Darüber hinaus werden Möglichkeiten benannt, einer Verstärkung sozialer und räumlicher Ungleichheit entgegenzuwirken.

Ein Anhang schließt den Bericht ab. Hier findet man detaillierte Informationen über die soziale und demographische Situation in den verschiedenen Stadtbezirken und Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen. Daneben werden einige weiterführende statistische Analysen vorgestellt.

¹¹ Stelter, Hartmut; Hladjk. Helmut-Armin; Bär, Katharina; Schönheit, Hilde: Sozialraumanalyse der Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen, hrsg. vom Dezernat für Soziales und Jugend der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt am Main 1997.

2. Segregation in Frankfurt am Main

Schon im Ersten Frankfurter Sozialbericht spielte das Thema Segregation und die ungleiche Verteilung verschiedener Bevölkerungsgruppen im Stadtgebiet eine wichtige Rolle.¹² Es zeigte sich z.B., dass die Sozialhilfequote in einem Stadtbezirk einen hohen positiven statistischen Zusammenhang mit der Erwerbslosenquote, dem Anteil von Personen mit Hauptschulabschluss und einen hohen negativen Zusammenhang mit der Wohnfläche je Einwohner aufweist. In diesem Kapitel soll das heutige Ausmaß der Segregation verschiedener Personengruppen in Frankfurt am Main dargestellt werden. Hierbei wird zwischen Merkmalen, die soziale Ungleichheit anzeigen (Sozialhilfebezug, Arbeitslosigkeit; Abschnitt 2.1), und demographischen Merkmalen (Alter, Nationalität; Abschnitt 2.2) unterschieden und aufgezeigt, inwieweit Zusammenhänge zwischen sozialer und demographischer Segregation bestehen (Abschnitt 2.3). Des Weiteren wird in Anlehnung an das Vorgehen im Ersten Frankfurter Sozialbericht aus verschiedenen sozialen und demographischen Merkmalen der „soziale Rang“ der Stadtbezirke bestimmt und mit einem entsprechenden Index, der im Ersten Frankfurter Sozialbericht entwickelt wurde, verglichen (Abschnitt 2.4).

2.1 Soziale Segregation

Wenn soziale Segregation untersucht wird, dann geht es um die Frage, inwieweit die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung einer Gebietseinheit insgesamt (z.B. einer Stadt) sich in der Zusammensetzung der Bevölkerung der verschiedenen Untereinheiten (z.B. der Stadtteile) widerspiegelt. Grundlage einer Segregationsuntersuchung sind kleinräumige Daten, aus denen man die Positionen der Bewohner im Gefüge sozialer Ungleichheit ableiten kann. Indikatoren für die soziale Schichtzugehörigkeit sind z.B. Einkommen, Bildungsabschluss oder Stellung im Beruf.¹³ Schichtindikatoren sind auf das Erwerbssystem ausgerichtet und schreiben allen Mitgliedern eines Haushalts die selbe soziale Schicht zu. Wie auch immer man die verschiedenen Schichtindikatoren zusammenfasst, sie ergeben immer ein hierarchisch gegliedertes

¹² vgl. Bartelheimer, P.: Risiken für die soziale Stadt. Erster Frankfurter Sozialbericht. Erstellt im Auftrag des Sozialdezernats der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt am Main 1997, S. 298ff. Im Folgenden zitiert als „Erster Frankfurter Sozialbericht“. Andere Arbeiten, die die (ungleiche) Verteilung verschiedener Bevölkerungsgruppen im Stadtgebiet von Frankfurt am Main behandeln, sind: Asemann, K.H.: Segregation in Frankfurt am Main in Vergangenheit und Gegenwart - Daten und Fakten der Stadt- und Sozialgeschichte - In: Frankfurter Statistische Berichte 2'95, S. 88-118; Gercke, M.: Typisierung der Stadtteile von Frankfurt am Main - Die innere Differenzierung einer Metropole. In: Frankfurter Statistische Berichte 2'94, S. 99-102; Hennig, E./Lohde-Reiff, R./Völker, M.: Zufriedenheit und Sicherheit in Frankfurter Stadträumen. Eine Analyse der Frankfurter Bürgerbefragung. In: Frankfurter Statistische Berichte 4'98, S. 253-277; Ramb, H.: Aktuelle Daten zur Bevölkerungsstruktur der Frankfurter Ortsteile. In: Frankfurter Statistische Berichte 2/3'2000, S. 214-238.

¹³ Mit „Stellung im Beruf“ ist gemeint, ob jemand Arbeiter, einfacher Angestellter, leitender Angestellter, Selbständiger, Landwirt oder etwas anderes ist.

Gefüge, in der die höheren sozialen Positionen oben und die niedrigeren sozialen Positionen unten verortet werden.¹⁴ Da die Schichtpositionen am Erwerbssystem ausgerichtet sind, spiegeln sie vor allem beruflichen Erfolg und Leistung wider. Während Schichtmodelle einem Oben-Unten- (oder einem Mehr- oder Weniger-) Schema mit fließenden Übergängen zwischen den einzelnen sozialen Schichten folgen, orientieren sich Ansätze, die mit dem Konzept der „sozialen Ausgrenzung“¹⁵ arbeiten, an einem Drinnen-Draußen- (oder Zentrum-Peripherie-) Schema und versuchen eine Trennlinie zwischen der Mehrheit der gesellschaftlich integrierten und einer Minderheit von sozial Ausgegrenzten (oder von Ausgrenzung Bedrohten) zu ziehen, die häufig als Unterschicht oder in Anlehnung an US-amerikanische Untersuchungen als „underclass“ bezeichnet wird. Als ausgegrenzt oder von Ausgrenzung bedroht gelten häufig (Einkommens-)Arme, Sozialhilfeempfänger oder (Langzeit-)Arbeitslose. Auch wenn viele Sozialhilfeempfänger noch nicht oder nicht mehr im Erwerbsalter sind, so handelt es sich bei den Angehörigen der genannten Gruppen doch häufig um Personen, die nur mehr schwer in das Erwerbssystem zu integrieren und langfristig auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind.¹⁶

Die Gegenüberstellung von Schichtmodellen sozialer Ungleichheit und Ansätzen, die mit dem Konzept sozialer Ausgrenzung arbeiten, sollte an dieser Stelle lediglich dazu dienen zu prüfen, welche Art von Daten zur Verfügung stehen, die auf kleinräumiger Ebene Hinweise auf die soziale Zusammensetzung der Frankfurter Bevölkerung geben. Um die Schichtzugehörigkeit zu bestimmen, sind Daten zur Einkommenssituation, den Bildungsabschlüssen oder der Stellung im Beruf notwendig. Solche Daten liegen kleinräumige nicht vor. Die letzte verlässliche Erhebung hierzu war in Frankfurt am Main die Volkszählung des Jahres 1987. Stichpro-

¹⁴ vgl. Geißler, R.: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung. 2. Auflage Opladen 1996, S. 82ff.

¹⁵ vgl. Kronauer, M.: „Exklusion“ in der Systemtheorie und in der Armutsforschung. Anmerkungen zu einer problematischen Beziehung. In: Zeitschrift für Sozialreform, 44. Jg. (1998), S. 755-768; Frankfurter Rundschau vom 31.7.2000: „Armut ist heute keine Frage der Kalorien“. Der Soziologe Martin Kronauer über Ausgrenzung und die neue Unterschicht.

¹⁶ Beide Schemata, das Oben-Unten- und das Drinnen-Draußen-Schema haben ihre Entsprechung in alltäglichen Gesellschaftsbildern. Fragt man beispielsweise in Bevölkerungsumfragen nach der Schichtzugehörigkeit, so fällt es den Befragten in der Regel nicht schwer, sich der „Ober-“, „Mittel-“, „Unter-“ oder „Arbeiterschicht“ zuzuordnen (vgl. Habich, R./ Noll, H.-H.: Soziale Schichtung und soziale Lagen. In: Statistisches Bundesamt [Hrsg.] In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung [WZB] und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1999. Bonn 2000, S. 552ff.). Ebenso verbreitet ist das Drinnen-Draußen-Schema, nach dem Menschen beurteilen, ob sie „dazu gehören“ oder nicht. So haben Menschen, die Sozialhilfe beziehen, ein sehr empfindsames Gespür dafür, ob sie von Außenstehenden als gleichwertig empfunden werden oder nicht (vgl. Jacobs, H./Ringbeck, A.: Hilfen zur Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit. Stuttgart 1994, S. 85ff.), und Jugendliche eines dafür, ob sie gut auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet sind und diese gestalten können oder nicht (vgl. Fischer, A. u.a.: Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Bd. 1, Opladen 2000, S. 23-92). Dem Ausschluss aus dem Erwerbssystem korrespondiert bei vielen Arbeitslosen ein Gefühl des „Überflüssig-Seins“ (vgl. Büssing, Arbeitslosigkeit - Differentielle Folgen aus psy-

benerhebungen lassen in der Regel keine verlässlichen Aussagen über so kleine Einheiten wie die Stadtbezirke zu. Dies gilt selbst für den vom Statistischen Bundesamt jährlich durchgeführten Mikrozensus, der immerhin rd. 1 Prozent aller Haushalte (in Frankfurt also rd. 3.000) erfasst. Vorhanden sind hingegen auf der Ebene der Stadtbezirke Angaben zur Zahl der Sozialhilfeempfänger (Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen)¹⁷ und der (beim Arbeitsamt registrierten) Arbeitslosen.¹⁸ Auch wenn Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit Hinweise auf die Einkommenssituation der Betroffenen geben, so bezeichnen beide Merkmale doch ebenso auch Personen, die in den Augen vieler Beobachter als auch in den Augen vieler Betroffener von sozialer Ausgrenzung bedroht oder betroffen sind. Es sind Merkmale, die die Bevölkerung in zwei Gruppen einteilen, in Empfänger von Sozialhilfe und solche Personen, die nicht auf sie angewiesen sind, in Arbeitslose und „Arbeitsplatz-Besitzer“, d.h. es handelt sich um Einteilungen, die eher dem Drinnen-Draußen- als dem Oben-Unten-Schema folgen. Die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung eines Stadtbezirks geben Sozialhilfequote und Arbeitslosendichte aber nur unvollkommen wieder, da keine gesicherten Aussagen über die Personen möglich sind, die keine Sozialhilfe beziehen oder nicht arbeitslos gemeldet sind, auch wenn man davon ausgehen kann, dass z.B. aufgrund der ungleichen Verteilung der Wohngelegenheiten Sozialhilfeempfänger eher mit solchen Personen in einem Wohngebiet zusammen leben, die ebenfalls über niedrige Einkommen verfügen.

Insgesamt ist die Datenlage im Hinblick auf Indikatoren sozialer Ungleichheit unbefriedigend. Wirklich verlässliche Daten über die soziale Ungleichheit in den Frankfurter Stadtbezirken

chologischer Sicht. In: Arbeit, Jg.2 [1993], S. 5-19; Vogel, B.: Überflüssige in der Überflussgesellschaft? Sechs Anmerkungen zur Empirie sozialer Ausgrenzung. In: Mittelweg 36, Heft 1/2001, S. 57-62).

¹⁷ Immer wenn in diesem Bericht von Sozialhilfe gesprochen wird, ist die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen gemeint.

¹⁸ Als weitere mögliche Indikatoren wurden die Wohnfläche je Einwohner und die Wahlbeteiligung bei der letzten Kommunalwahl in Erwägung gezogen. Die Wohnfläche je Einwohner korreliert hoch mit der Sozialhilfequote, der Arbeitslosendichte und der Wohnfläche je Einwohner. Dies hätte dafür gesprochen, sie als weiteres Benachteiligungsmerkmal in die Analyse aufzunehmen. Dagegen spricht, dass die Wohnfläche je Einwohner sinkt, je größer ein Haushalt ist, ohne dass dies mit einem wesentlichen Verlust an Wohnqualität verbunden sein muss. So wird beim Schritt von einem Drei- auf einen Vierpersonenhaushalt in der Regel ein weiteres Zimmer (meist in Kinderzimmer) benötigt. Während bei einem Dreipersonenhaushalt die Technischen Wohnungsbau-richtlinien bei weniger als 69 qm Wohnfläche von beengten Wohnverhältnissen ausgehen (23 qm pro Person), sind es bei einem Vierpersonenhaushalt 81 qm (20 qm pro Person) (vgl. hierzu Pia Bolz: Frankfurter Sozialbericht Teil III: Wohnungsversorgung. Herausgegeben vom Dezernat für Soziales und Jugend der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt am Main 2001, S. 71f.). Für die Wahlbeteiligung als Ungleichheitsindikator sprach, dass sie einigen Studien zufolge auch mit dem Bildungsstand und dem Einkommen korreliert. Allerdings gibt es für Wählen bzw. Nicht-Wählen sehr viele verschiedene Gründe. Der Zusammenhang der Wahlbeteiligung mit dem Bildungsstand ist hierbei nicht einmal der stärkste. Analysen für Frankfurt am Main ergaben, dass die Wahlbeteiligung in den Ortsteilen am höchsten ist, in denen Befragte der Bürgerbefragung die größte Zufriedenheit mit ihrer Wohngegend äußerten. (vgl. Hennig, E./ Lohde-Reif, R./ Sack, D.: Wahlenthaltung in der Großstadt: Das Beispiel Frankfurt am Main. In: Frankfurter statistische Berichte 3'2001, S. 224-251). Da nicht eindeutig zu erkennen ist, wofür Wahlbeteiligung (bzw. -enthaltung) steht, wurde sie nicht in die Liste der Benachteiligungsindikatoren aufgenommen.

sind nur die Sozialhilfe- und die Arbeitslosenzahlen. Ende 1999 lag die Sozialhilfequote im Durchschnitt aller Frankfurter Stadtbezirke bei 5,8 %.¹⁹ Die geringsten Sozialhilfequoten gab es in den Stadtbezirken 611 (Zeilsheim-Süd) mit 0,8 %, 660 (Harheim) mit 1,4 % und 463 (Dornbusch-Ost) mit 1,5 %, die höchsten in den Stadtbezirken 491 (Bonames) mit 14,4 %, 152 (Gallusviertel) mit 14,1 % und 153 (Gallusviertel) mit 12,4 %. Die Standardabweichung²⁰ der Sozialhilfequote liegt bei 2,8 Prozentpunkten, d.h., dass knapp zwei Drittel aller Stadtbezirke Sozialhilfequoten zwischen 3,0 und 8,6 % haben. Die Arbeitslosendichte (hier definiert als Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung zwischen 15 und 64) streut bei fast gleichem Mittelwert (5,4 %) nicht so stark. Die Standardabweichung liegt bei 1,9 Prozentpunkten. Die geringste Arbeitslosendichten liegen bei 2,4 % (Stadtbezirke 100 und 110, beide Westend-Süd) und 2,7 % (Stadtbezirk 120, Westend-Süd). Die höchsten Arbeitslosendichten findet man in den Stadtbezirken 152 (Gallusviertel) mit 15,2 %, 153 (Gallusviertel) mit 11,8 % und 90 (Bahnhofsviertel) mit 9,1 %.

Sehr hohe Sozialhilfequoten (hier definiert als das Fünftel der Stadtbezirke mit den höchsten Sozialhilfequoten) finden sich zum einen in einem fast geschlossenen Streifen nördlich des Mains. Er reicht von den Stadtbezirken 570 (Höchst-West) und 622 (Unterliederbach-Ost) im Westen über die Stadtbezirke 552 (Griesheim-West), 542 (Griesheim-Ost) 151, 152, 153, 154, 161 und 165 (Gallus- und Gutleutviertel), 342 (Bockenheim), 140 (Ostend), 261 (Osthafen) und 290 (Bornheim) bis zu den Stadtbezirken 510 und 520 (Fechenheim-Süd und -Nord). Es handelt sich zum großen Teil um traditionelle Arbeiterbezirke. Stadtbezirke mit sehr hoher Sozialhilfequote liegen zum anderen im Norden der Stadt. Es handelt sich um die Stadtbezirke 470, (Preungesheim), 491 (Bonames), 492 (Frankfurter Berg) und 670 (Nieder-Eschbach). Hier sind in den letzten Jahrzehnten Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus entstanden, insbesondere die Wohnsiedlung am Bügel und die Karl-Kirchner-Siedlung. Zwischen dem nördlichen Sozialhilfekern und dem an den Main angrenzenden Sozialhilfegürtel liegt als weiterer Stadtbezirk mit sehr hoher Sozialhilfequote der Stadtbezirk 441 (Ginnheim). Hier ist es die Platensiedlung, in der sich in ehemaligen US-Housings Sozialhilfeempfänger konzentrieren.

Sehr hohe Sozialhilfequoten trifft man teilweise in denselben Stadtbezirken, die auch sehr hohe Arbeitslosendichten (hier definiert als das Fünftel der Stadtbezirke mit den höchsten Ar-

¹⁹ Die Werte jedes Stadtbezirks bei diesem und den anderen in diesem Kapitel betrachteten Merkmalen finden sich ebenso wie entsprechende Übersichtskarten in Anhang 1.

²⁰ Die Standardabweichung ist eine statistische Kenngröße dafür, wie eng die Messwerte einer Datenreihe um den Mittelwert „streuen“. Knapp zwei Drittel der Messwerte einer Verteilung liegen innerhalb der Spannweite von einer Standardabweichung ober- und unterhalb des Mittelwertes.

beitslosendichten) aufweisen. Die Arbeitslosendichte betrug im Durchschnitt aller Stadtbezirke Ende Juni 2000 5,5 %.²¹ Wieder findet man ein Band, das von West nach Ost nördlich des Mains quer durch Stadtgebiet verläuft. Im Westen der Stadt sind es die Stadtbezirke 612 (Zeilsheim-Nord), 622 (Unterliederbach-Ost). Daran schließen sich die Stadtbezirke 542 (Griesheim-Ost), 151, 152, 153, 154, 161 und 165 (Gutleut- und Gallusviertel) und 90 (Bahnhofsviertel). Östlich der Innenstadt sind es die Stadtbezirke 251 (Ostend), 261 (Osthafengebiet) und 262 (Riederwald) sowie 510 und 520 (Fechenheim-Süd und -Nord). Nördlich dieses Bandes finden sich sehr hohe Arbeitslosendichten nur in den Stadtbezirken 401 (Rödelheim-Ost), 470 (Preungesheim), 426 (Praunheim-Nord) und 482 (Niederursel-West), 491 (Bonames) und 492 (Frankfurter Berg) und südlich im Stadtbezirk 326 (Sachsenhausen, Fritz-Kissel-Siedlung).

Es gibt 15 Stadtbezirke, die sowohl eine sehr hohe Sozialhilfequote als auch eine sehr hohe Arbeitslosendichte aufweisen. Es handelt sich um die Stadtbezirke 151, 152, 153, 154, 161 und 165 (Gallus- und Gutleutviertel), 261 (Osthafen), 470 (Preungesheim), 491 (Bonames), 492 (Frankfurter Berg) 510 und 520 (Fechenheim-Süd und -Nord), 542 (Griesheim-Ost), 570 (Höchst-West) und 622 (Unterliederbach-Ost). Betrachtet man daneben auch die Stadtbezirke, die zum Fünftel mit den zweithöchsten Sozialhilfequoten und Arbeitslosendichten gehören, dann gibt es 26 Stadtbezirke, die in mindestens einem der beiden Merkmale zum obersten Fünftel und im zweiten Merkmal zum obersten oder zweitobersten Fünftel gehören. Um welche Stadtbezirke es sich handelt, kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

Tabelle 2.1: Stadtbezirke mit hoher und sehr hoher Sozialhilfequote und Arbeitslosendichte (mindestens ein Merkmal ist sehr hoch)

4 = hoch (zweitoberstes Fünftel); 5 = sehr hoch (oberstes Fünftel)

Nr.	Stadtbezirk	Sozialhilfequote	Arbeitslosendichte
90	Bahnhofsviertel	4	5
140	Ostend	5	4
151	Gutleutviertel	5	5
152	Gallusviertel	5	5
153	Gallusviertel	5	5

²¹ Die geringfügige Abweichung gegenüber der vom Statistischen Amt (Frankfurter Statistik aktuell Nr. 29/2001: Kleinräumige Ergebnisse zur Arbeitslosigkeit in Frankfurt am Main am 30. Juni 2000) veröffentlichten gesamtstädtischen Quote von 5,4 % geht darauf zurück, dass die Stadtbezirke sehr unterschiedlich hohe Einwohnerzahlen haben. Diese werden bei der Berechnung der Arbeitslosendichte im Durchschnitt der Stadtbezirke nicht berücksichtigt.

Nr.	Stadtbezirk	Sozialhilfequote	Arbeitslosendichte
154	Gallusviertel	5	5
161	Gallusviertel	5	5
165	Gallusviertel	5	5
261	Osthafengebiet + Ostpark	5	5
262	Riederwald	4	5
326	Sa.-Fritz-Kissel-Siedlung	4	5
401	Rödelheim-Ost	4	5
426	Praunheim-Nord	4	5
461	Eckenheim	5	4
470	Preungesheim	5	5
482	Niederursel-West	4	5
491	Bonames	5	5
492	Frankfurter Berg	5	5
510	Fechenheim-Nord	5	5
520	Fechenheim-Süd	5	5
542	Griesheim-Ost	5	5
552	Griesheim-West	5	4
570	Höchst-West	5	5
612	Zeilsheim-Nord	4	5
622	Unterliederbach-Ost	5	5
670	Nieder-Eschbach	5	4

Zumindest für die Stadtbezirke mit hohen und sehr hohen Sozialhilfequoten und Arbeitslosendichten zeigt sich ein sehr enger Zusammenhang zwischen beiden Merkmalen. Ob dies für die Gesamtheit der Stadtbezirke gilt, wird weiter unten (Abschnitt 2.3) untersucht.

Von der Frage, in welchen Stadtbezirken der Anteil von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen besonders hoch ist, ist die Frage zu trennen, wie hoch die Segregation dieser beiden Personengruppen insgesamt ist und wie sie sich im Zeitverlauf entwickelt hat.²² Für diese Fragestellung gibt es in der Stadtsoziologie einen Kennwert, den Index der Segregation (IS). Der IS ist ein Maß für die ungleiche Verteilung einer Personengruppe im gesamten Untersuchungs-

²² Von Interesse wäre es sicherlich zu wissen, ob die Segregation in Frankfurt am Main höher oder niedriger ist als in anderen Großstädten. Ein solcher Vergleich ist allerdings kaum möglich, da die räumlichen Einheiten, auf die sich die Analyse bezieht, in verschiedenen Großstädten nicht miteinander vergleichbar sind. Sie sind sowohl unterschiedlich groß als auch nach unterschiedlichen Kriterien zugeschnitten.

gebiet (hier der Stadt Frankfurt am Main). Durch die Berechnung des Index zu verschiedenen Zeitpunkten kann man erkennen, ob die Segregation im Zeitverlauf zu- oder abgenommen hat. Der IS kann Werte zwischen 0 (keine Segregation) und 100 (totale Segregation) annehmen. Verglichen wird hierbei eine Personengruppe (z.B. Sozialhilfeempfänger) mit dem Rest der Bevölkerung (alle Personen, die keine Sozialhilfe beziehen).²³ Auf der Basis von 111 Stadtbezirken ergibt sich für das Jahr 1999 ein IS-Sozialhilfeempfänger von 19,4.²⁴ 1995 lag dieser Wert mit 20,5 geringfügig höher. Die Ungleichverteilung der Arbeitslosen war mit einem IS von 14,3 im Juni 2000 etwas niedriger als die der Sozialhilfeempfänger.²⁵ Dies bedeutet, dass die Arbeitslosen gleichmäßiger über die Stadtbezirke verteilt sind als die Sozialhilfeempfänger. Auch wenn die ausgewiesenen Indexwerte sehr weit vom größtmöglichen (100) entfernt sind, so wären doch erhebliche Bevölkerungsverschiebungen notwendig, um eine Gleichverteilung der genannten Personengruppen im Stadtgebiet zu erreichen. Dies wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die Indexwerte auch als die Prozentsätze der Betroffenen gelesen werden können, der umziehen müsste, um eine Gleichverteilung im Stadtgebiet zu erreichen. Von den Sozialhilfeempfängern wären dies immerhin rd. 7.000 (von rd. 38.000) Personen.

Es sei darauf hingewiesen, dass durch die Wahl einer größeren räumlichen Einheit Unterschiede innerhalb derselben nicht mehr erfasst werden können. Dies wird deutlich, wenn man den IS der Sozialhilfeempfänger für Stadtbezirke und Ortsteile vergleicht. Bezogen auf 111 Stadtbezirke ergibt sich z.B. im Jahre 1998 ein IS der Sozialhilfeempfänger von 19,05, bezo-

²³ vgl. Friedrichs, J.: Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. 3. Aufl., Opladen 1983, S. 218f. Berechnet wird der Index der Segregation nach folgender Formel:

$$IS = \left(1/2 \sum_{i=1}^k \left| \frac{a_i}{A} - \frac{r_i}{R} \right| \right) * 100$$

wobei:

a_i, r_i = Bevölkerung der Gruppe a und der übrigen Bevölkerung r im Teilgebiet i;

A, R = Gesamtbevölkerung der Gruppe A bzw. der übrigen Bevölkerung R in der Stadt;

i_1, i_2, \dots, i_k = städtische Teilgebiete.

²⁴ Das schon erwähnte Institut für Wohnen und Umwelt (IWU) errechnet für 1999 einen etwas geringeren IS für Sozialhilfeempfänger von 19,2. Die Differenz kommt dadurch zustande, dass bei der hier vorgestellten Berechnung nur Einwohner mit Hauptwohnsitz berücksichtigt wurden, während das IWU die höheren Bevölkerungszahlen der Fortschreibung der Volkszählung von 1987 zugrundegelegt hat.

²⁵ Für Arbeitslose ist eine Betrachtung der Segregation im Zeitverlauf nur auf der Ortsteilebene möglich. Das Institut für Wohnen und Umwelt hat für die Jahre 1997 bis 1999 entsprechende Segregationsindices berechnet. Der IS für Arbeitslose betrug 1997 9,83, 1998 10,08 und 1999 9,86 (vgl. Institut für Wohnen und Umwelt: Sozialräumliche Entwicklung in Frankfurt am Main. Ergebnis einer sekundärstatistischen Analyse im Rahmen des Forschungsprojektes „Beitrag verschiedener wohnungspolitischer Instrumente zur Schaffung ausgewogener Bewohnerstrukturen. Darmstadt 2001, S. 4f.). Das auf der Ortsteilebene errechnete Niveau der Segregation der Arbeitslosen ist eher gering und liegt deutlich unter dem der Segregation der Sozialhilfeempfänger auf der selben räumlichen Ebene (1998: 15,05).

gen auf 45 Ortsteile lag der Index aber nur bei 15,05. Dies bedeutet, dass die das Ausmaß der mit dem IS erfassten Segregation stark von der Größe und dem Zuschnitt der räumlichen Bezugseinheit beeinflusst wird.

2.2 Demographische Segregation

Die Teilgebiete einer Stadt unterscheiden sich nicht nur im Hinblick auf Benachteiligungsmerkmalen wie Sozialhilfequote oder Arbeitslosendichte, sondern auch im Hinblick auf die demographischen Merkmale wie Haushaltsgröße, Haushaltstyp, Alterzusammensetzung und Nationalität ihrer Bewohner. Insbesondere die ungleiche Verteilung von Ausländern steht bei vielen Segregationsuntersuchungen im Mittelpunkt des Interesses. Eine Konzentration von Ausländern in bestimmten Gebieten einer Stadt wird gewöhnlich als Zeichen für eine fehlende Integration in die Aufnahmegesellschaft gedeutet. Ein solcher Schluss ist nicht in jedem Fall richtig. Denn eine Konzentration von Ausländern in bestimmten Wohngebieten lässt sich ebenso gut als Zeichen für soziale (nicht demographische) Segregation deuten. Schließlich weiß man, dass bestimmte Ausländergruppen mehrheitlich über schlechtere Bildungsabschlüsse verfügen, geringe Einkommen erzielen und häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Deutsche. Da Segregation auch das Ergebnis der sehr ungleichen räumlichen Verteilung von Wohngelegenheiten ist, sind überdurchschnittliche Ausländeranteile in billigen oder weniger attraktiven Wohnlagen wahrscheinlich. Dies gilt im Übrigen auch für Deutsche, die eine ähnliche Schichtzugehörigkeit aufweisen.

Für die folgenden Analysen stehen die Merkmale Alter (betrachtet werden hierbei Personen unter 15 und die Personen über 64, also Personen die noch nicht oder nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind) und Staatsangehörigkeit zur Verfügung. Über die Haushaltsstruktur sind z.Z. nur Aussagen für Frankfurt am Main insgesamt möglich. Die entsprechenden Aussagen beruhen auf dem Mikrozensus. Dies ist eine vom Statistischen Bundesamt jährlich durchgeführte Umfrage, bei der rd. 1 % aller Haushalte in einer Stadt oder Gemeinde erfasst werden. Die Ergebnisse für Frankfurt am Main werden regelmäßig im Statistischen Jahrbuch Frankfurt am Main veröffentlicht. Ein Aufbrechen dieser Daten auf Ortsteile oder Stadtbezirke ist nicht möglich. Deshalb dient hier der Anteil von Personen unter 15 an der Wohnbevölkerung auch als Indiz für die Häufigkeit, mit der Familien mit Kindern in einem Stadtbezirk leben.

Junge und alte Menschen

Im Durchschnitt aller Stadtbezirke kommen auf 100 Einwohner 12,3 Personen im Alter von 0 bis 14 Jahren (siehe Anhang 1). Die Standardabweichung des Anteils von Personen unter 15 Jahren liegt bei 2,9 Prozentpunkten. Besonders geringe Anteile von jungen Menschen gibt es in den Stadtbezirken 50 (Innenstadt: 7,4 %), 110 (Westend-Süd: 7,5 %), 70 (Innenstadt: 7,5 %) und 343 (Bockenheim: 7,9 %), besonders hohe in den Stadtbezirken 153 (Gallusviertel: 21,0 %), 500 (Berkersheim: 19,1 %) und 441 (Ginnheim: 18,7 %). Der IS für Personen unter 15 Jahre betrug 1999 10,6. Er lag 1995 mit 8,6 deutlich darunter. Dies deutet auf eine Zunahme der Segregation von Angehörigen dieser Altersgruppe (und von Familien) hin. Bei Angehörigen der Altersgruppe 65 und älter ist es umgekehrt. Ihr IS sank von 1995 auf 1999 von 11,5 auf 10,3. Im Durchschnitt sind von einhundert Einwohnern eines Stadtbezirks knapp 16 über 64 Jahre alt. Die höchsten Anteile von Personen über 64 findet man in den Stadtbezirken 326 (Sachsenhausen, Fritz-Kissel-Siedlung: 27,0 %), 281 (Bornheim: 25,3 %) und 202 (Nordend-West: 25,1 %), die niedrigsten in den Stadtbezirken 90 (Bahnhofsviertel: 7,6 %), 152 (Gallusviertel: 5,8 %) und 153 (Gallusviertel: 5,2 %).

Ausländer

Die Ausländerquote liegt im Durchschnitt aller Stadtbezirke bei 29,4 %²⁶. Den höchsten Wert (73,3 %) erreicht der Stadtbezirk 152 (Gallusviertel), gefolgt von den Stadtbezirken 90 (Bahnhofsviertel: 63,2 %) und 153 (Gallusviertel: 62,3 %), den niedrigsten Wert (10,2 %) findet man im Stadtbezirk 660 (Harheim), nur etwas höhere in den Stadtbezirken 325 (Sachsenhausen-Süd: 10,8 %) und 640 (Nieder-Erlenbach: 12,8 %). Der Segregationsindex der Ausländer betrug 1999 und 2000 17,8, während er 1995 noch bei 19,0 lag. Auch wenn man einen längeren Zeitraum betrachtet, zeigt sich diese abnehmende Tendenz. Der Segregationsindex für Ausländer sank in Frankfurt am Main nach Berechnungen des Instituts für Wohnen und Umwelt²⁷ relativ kontinuierlich von 20,7 im Jahre 1988 auf 17,8 im Jahre 1999. Allerdings kam es in den Jahren 1992 und 1993 zu einer leichten Erhöhung des Indexes. Erst 1994 sank er wieder unter das Niveau von 1990.

²⁶ Dieser Wert (Durchschnitt aller Stadtbezirke) weicht wegen der unterschiedlichen Einwohnerzahl der Stadtbezirke leicht vom gesamtstädtischen Wert ab, der bei 29,0 % liegt. Berücksichtigt wurden nur Bewohner mit Hauptwohnsitz.

²⁷ vgl. Institut für Wohnen und Umwelt: Sozialräumliche Entwicklung in Frankfurt am Main. Ergebnis einer sekundärstatistischen Analyse im Rahmen des Forschungsprojektes „Beitrag verschiedener wohnungspolitischer Instrumente zur Schaffung ausgewogener Bewohnerstrukturen. Darmstadt 2001, S. 3f.

Während Ausländer sich in früheren Jahren häufig in Stadtbezirken mit hohem Altbaubestand niederließen, ziehen sie in den letzten Jahren vermehrt in die Stadtbezirke mit hohem Sozialwohnungsbestand. Zwischen der Veränderung der Ausländerquote von 1995 bis 1999 und dem Bestand an Sozialwohnungen, gemessen am Sozialwohnungsbestand des Jahres 1987, besteht ein positiver statistischer Zusammenhang ($r = .41$)²⁸. D.h., dass der Ausländeranteil da gestiegen ist, wo es viele Sozialwohnungen gibt. Allerdings ist der Ausländeranteil in den Stadtbezirken mit hohem Sozialwohnungsanteil z.Z. noch nicht überdurchschnittlich: Die Korrelation zwischen der Ausländerquote 1999 und dem Anteil der Sozialwohnungen ist mit $-.10$ sogar leicht negativ. Demgegenüber ist der Ausländeranteil in den Wohnquartieren mit hohem Altbauanteil gegenwärtig immer noch überdurchschnittlich, was man an der positiven Korrelation von $.18$ zwischen der Ausländerquote 1999 und dem Anteil der Altbauwohnungen ablesen kann. Allerdings deutet sich ein Austausch der Bevölkerungsgruppen in den Stadtbezirken mit hohem Sozialwohnungsanteil an: Während Stadtbezirke mit hohem Sozialwohnungsanteil früher eher einen unterdurchschnittlichen Ausländeranteil hatten, gleicht sich dieser immer mehr dem gesamtstädtischen Durchschnitt an. Dies hängt damit zusammen, dass ausländische Haushalte aufgrund ihrer schlechten Einkommenslage (überdurchschnittliche Kinderzahl, unterdurchschnittliche Erwerbseinkommen) eher zu den Haushalten gehören, die berechtigt sind, eine Sozialwohnung zu erhalten. Wenn sich die geschilderte Entwicklung fortsetzt, dann könnte die Segregation zwischen Ausländern und Deutschen wieder ansteigen.

2.3 Zusammenhänge zwischen sozialen und demographischen Merkmalen der Stadtbezirke

Weiter oben wurde berichtet, dass in Stadtbezirken mit hoher oder sehr hoher Sozialhilfequoten häufig die Arbeitslosendichte ebenfalls hoch oder sehr hoch ist. In diesem Abschnitt soll der Frage nachgegangen werden, ob und inwieweit im Hinblick auf die Gesamtheit der Stadt-

²⁸ „ r “ ist ein Korrelationskoeffizient. Eine Korrelation ist eine statistische Kenngröße für den Zusammenhang von zwei Variablen. Die Werte von 0 bis 1 (bzw. -1) annehmen kann. Der Korrelationskoeffizient „ r “ ist positiv, wenn sich beide Merkmale im gleichen Sinn verändern (hohe Ausprägungen des einen Merkmals gehen mit hohen Ausprägungen des anderen Merkmals einher); er ist 0, wenn keine Beziehung besteht, und negativ, wenn die Merkmale sich im entgegengesetzten Sinn ändern (hohe Ausprägungen des einen Merkmals gehen mit niedrigen Ausprägungen des anderen Merkmals einher). Je nach „Skalenniveau“ der Merkmale (man unterscheidet nominal-, rang- und metrisch skalierten Daten), zwischen denen die Stärke des Zusammenhangs berechnet werden soll, gibt es unterschiedliche Methoden, die Korrelation zu bestimmen. Für zwei „metrische“ Daten wie die Sozialhilfequote oder die Arbeitslosenquote kann die sog. Produkt-Moment-Korrelation berechnet werden (der entsprechende Korrelationskoeffizient heißt „ r “), für den Zusammenhang zwischen zwei „rangskalierten“ Daten die Rangkorrelation (der entsprechende Korrelationskoeffizient heißt „ ρ “). Perfekte Zusammenhänge (Korrelationskoeffizient -1 oder +1) gibt es gewöhnlich nicht. Eine hohe positive Korrelation von bspw. $.80$ kann als Wahrscheinlichkeit gelesen werden, mit der in einer Datenreihe hohe Werte eines Merkmals mit hohen Werten eines anderen Merkmals einhergehen (vgl. Ludwig-Mayerhofer, W.: Internet Lexikon der Methoden der empirischen Sozialforschung [<http://www.ltz-muenchen.de/~wlm/ilmes.htm>]).

bezirke zwischen den bislang dargestellten sozialen und demographischen Merkmale Zusammenhänge gibt. Um diese Frage zu klären, wurden die Korrelationen zwischen den in den letzten beiden Abschnitt untersuchten Variablen berechnet (siehe Tabelle 2.2).

Tabelle 2.2: Zusammenhänge (Produkt-Moment-Korrelationen) zwischen sozialen und demographischen Merkmalen in den Stadtbezirken von Frankfurt am Main 1998/99

	Ausländer- quote	Bevölkerung unter 15	Bevölkerung 65 und älter	Sozialhilfe- quote	Arbeitslosen- dichte
Ausländer- quote		-.18	-.54	.57	.67
Bevölkerung unter 15	-.18		.01	.35	.25
Bevölkerung 65 und älter	-.54	.01		-.17	-.19
Sozialhilfe- quote	.57	.35	-.17		.84
Arbeitslosen- dichte	.67	.25	-.19	.84	

Es zeigen sich die folgende bedeutsamen Zusammenhänge:

- Die Ausländerquote ist dort hoch, wo auch die Sozialhilfequote und die Arbeitslosendichte hoch sind und der Anteil älterer Personen niedrig ist.²⁹
- Der Anteil von Personen über 64 ist dort hoch, wo der Ausländeranteil niedrig ist.
- Die Sozialhilfequote ist dort hoch, wo auch die Ausländerquote und die Arbeitslosendichte hoch sind.
- Die Quote von Personen unter 15 ist tendenziell in den Stadtbezirken hoch, wo auch die Sozialhilfequote hoch ist.

²⁹ Der leicht negative Zusammenhang ($r = -.18$) zwischen der Ausländerquote und dem Anteil von Personen unter 15 an der Wohnbevölkerung bedarf einer Erklärung, scheint er doch der Tatsache zu widersprechen, dass ausländische Haushalte mehr Kinder haben als deutsche. Die Erklärung ist, dass es einige Stadtbezirke gibt, in denen ein hoher Ausländeranteil und eine geringer Anteil an jungen Menschen zusammentreffen (z.B. die Stadtbezirke 70, 80 und 90 [Innenstadt und Bahnhofsviertel]) und es andererseits Stadtbezirke mit unterdurchschnittlichem Ausländeranteil und hohem Anteil an jungen Menschen gibt (z.B. die Stadtbezirke 441 und 500 [Ginnheim und Berkersheim]).

- Die Arbeitslosendichte ist hoch, wo auch die Sozialhilfequote und die Ausländerquote hoch sind.

In Abschnitt 2.1 sind 26 Stadtbezirke identifiziert worden, in denen die Sozialhilfequote und die Arbeitslosendichte hoch und/oder sehr hoch sind. Von diesen 26 Stadtbezirken weisen 10 ebenfalls sehr hohe und 7 hohe Ausländerquoten auf (vgl. Tabelle 2.3). Wie in Abschnitt 2.1 wird ein sehr hoher Ausländeranteil definiert als ein solcher, der im obersten Fünftel, und ein hoher als ein solcher, der im zweithöchsten Fünftel liegt.

Tabelle 2.3: Stadtbezirke mit sehr hoher bzw. hoher Sozialhilfequote und Arbeitslosendichte (mindestens ein Merkmal sehr hoch) und sehr hoher bzw. hoher Ausländerquote.

Mit sehr hoher Ausländerquote		Mit hoher Ausländerquote	
Nr.	Stadtbezirk	Nr.	Stadtbezirk
90	Bahnhofsviertel	154	Gallusviertel
140	Ostend	401	Rödelheim-Ost
151	Gutleutviertel	510	Fechenheim-Nord
152	Gallusviertel	520	Fechenheim-Süd
153	Gallusviertel	552	Griesheim-West
161	Gallusviertel	570	Höchst-West
162	Gallusviertel	622	Unterliederbach-Ost
165	Gallusviertel		
261	Osthafengebiet + Ostpark		
542	Griesheim Ost		

Die Daten zeigen eine hohe Übereinstimmung von sozialer Segregation und der Segregation von Deutschen und Ausländern. Dies kann nicht verwundern, ist doch in Frankfurt am Main insgesamt (wie auch bundesweit) der Anteil von Ausländern unter den Sozialhilfeempfängern überdurchschnittlich hoch. Ihre Sozialhilfequote betrug 1999 8,8 % gegenüber 4,7 % bei den Frankfurtern deutscher Staatsangehörigkeit. Auch die Analyse der Einkommenssituation von Haushalten in Frankfurt am Main zeigte, dass ausländische Haushalte in einer deutlich schlechteren Einkommensposition sind als deutsche Haushalte.³⁰ Bei vielen ausländischen Haushalten kommen mehrere Faktoren zusammen, die sich negativ auf ihre Einkommenslage

auswirken. Zum einen sind sie größer (höhere Kinderzahl) als deutsche Haushalte. Zum anderen nehmen ausländische Erwerbspersonen häufiger als deutsche niedrige Positionen im Erwerbssystem ein und verdienen aufgrund ihrer schlechten Qualifikation weniger als deutsche. Demzufolge ist es auch nicht verwunderlich, dass sie sich an Wohnstandorten konzentrieren, die ihren finanziellen Möglichkeiten entsprechen.³¹ Der deutliche Zusammenhang von Sozialhilfequote und Anteil von Personen unter 15 an der Wohnbevölkerung ($r = .35$) deutet darauf hin, dass mit der Sozialhilfequote auch die Haushaltszusammensetzung erfasst wird. Während Ende 1999 rd. 2 % aller Frankfurter Haushalte Sozialhilfe bezogen haben, waren es von den Haushalten mit minderjährigen Kindern rd. 7 %.^{32, 33}

Weitere Analysen zeigten, dass die Ausländerquote in den Stadtbezirken hoch ist, in denen die Sozialhilfequote der deutschen Bewohner ebenfalls hoch ist. Die Korrelation zwischen beiden Merkmalen beträgt .74. Die Sozialhilfequote der deutschen Bewohner liegt in dem Fünftel der Stadtbezirke mit den höchsten Ausländerquoten bei 8,5 %, während sie in den anderen Stadtbezirken lediglich 4,2 % erreicht. Dies bedeutet, dass häufig die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft von Integrationsproblemen betroffen sind, die aufgrund ihrer objektiven Lebensbedingungen am wenigsten in der Lage sind, sie zu lösen.

2.4 Die relative Benachteiligungsposition der Stadtbezirke im Ersten Frankfurter Sozialbericht und fünf Jahre später

Im Ersten Frankfurter Sozialbericht³⁴, der mit diesem Bericht fortgeschrieben wird, wurden die in verschiedenen Merkmalen enthaltenen Informationen über die soziale Situation in den verschiedenen Stadtbezirken in einer zusammenfassenden Messgröße, dem „Gesamtindex so-

³⁰ vgl. Herbert Jacobs: Die Einkommensverteilung in Frankfurt am Main. In: Pia Bolz: Frankfurter Sozialbericht Teil III: Wohnungsversorgung. Herausgegeben vom Dezernat für Soziales und Jugend der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt am Main 2001, S. 42-55.

³¹ Obwohl ausländische Haushalte größer sind als deutsche, bewohnen sie im Durchschnitt kleinere Wohnungen und haben eine höhere Mietbelastung als jene (vgl. Pia Bolz: Frankfurter Sozialbericht Teil III: Wohnungsversorgung. Herausgegeben vom Dezernat für Soziales und Jugend der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt am Main 2001, S. 36ff.).

³² 1999 gab es laut Mikrozensus rd. 155.000 Haushalte in Frankfurt, darunter rd. 82.000 Haushalte mit minderjährigen Kindern. Ende 1999 gab es rd. 23.000 Sozialhilfe-Bedarfsgemeinschaften, darunter knapp 6.000 mit minderjährigen Kindern.

³³ Die überdurchschnittliche Sozialhilfequote (und Betroffenheit von relativer Einkommensarmut) bei Kindern ist eine bundesweiten Erscheinung. Während früher eher alte Menschen sozialhilfebedürftig (und einkommensarm) waren, sind es in den letzten Jahren vor allem Kinder. Diese Entwicklung bezeichnet man auch als „Infantilisierung der Armut“ (vgl. Hauser, R.: Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik Deutschland - ein Überblick. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 31-32/1995, Seite 3-13; ders.: Armut, Armutsgefährdung und Armutsbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 216/4+5. Stuttgart 1997, Seite 524-548; Butterwegge, C. [Hg.]: Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen. Frankfurt am Main 2000).

³⁴ vgl. ebd., S. 298ff.

ziales Risiko“, gebündelt. Dieser Indexwert wurde anhand des Rangplatzes, den ein Stadtbezirk im Hinblick auf verschiedene sozialstrukturelle Merkmale einnimmt, errechnet. Beim „Gesamtindex soziales Risiko“ handelt es sich um einen aus Rangplätzen (bei der Sozialhilfebelastung, bei der Ausländerquote, bei Arbeitslosigkeit etc.) errechneten Mittelwert, der wiederum in eine Rangreihe (mit den Rängen 1 bis 111) gebracht wurde. Es zeigte sich, dass rund ein Viertel der Frankfurter Stadtbezirke eine starke Häufung sozialer Risiken aufwies. Am anderen Ende der Belastungsskala befand sich eine fast gleich große Zahl von Stadtbezirken, die durch geringe soziale Risiken charakterisiert waren.

In diesem Abschnitt soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit die Stadtbezirke ihre relative Benachteiligungsposition im Vergleich zum Ersten Frankfurter Sozialbericht verändert haben. Um die jetzigen und früheren relativen Benachteiligungspositionen der Stadtbezirke vergleichen zu können, musste ein ähnlicher Index berechnet werden wie im Ersten Frankfurter Sozialbericht. Hierzu wurde anhand der Merkmale Ausländerquote, Sozialhilfequote, Arbeitslosendichte und Wohnfläche je Einwohner ein Index für das relative Ausmaß der sozialen Benachteiligung eines Stadtbezirkes berechnet. Es handelt sich bei diesen Merkmalen um diejenigen, die heute noch aus der viel umfangreicheren Merkmalsliste, die im Ersten Frankfurter Sozialbericht ausgewertet wurden, zur Verfügung stehen. Hierbei wurde für jedes Merkmal der Rangplatz der einzelnen Stadtbezirke berechnet. Danach wurden die vier Rangplätze für jeden Stadtbezirk addiert und die sich hierbei ergebenden Summen wieder in eine Rangreihe gebracht. Um ihn vom „Gesamtindex soziales Risiko“ des Ersten Frankfurter Sozialberichts unterscheiden zu können, heißt der hier berechnete Index „sozialer Rang“ eines Stadtbezirks.

Hierbei ist die Berücksichtigung des Ausländeranteils und der Wohnfläche je Einwohner als Indikatoren des sozialen Rangs eines Stadtbezirks nicht unproblematisch. Betont werden muss, dass ein hoher Ausländeranteil nicht per se eine soziale Benachteiligung erkennen lässt. Vielmehr ist es so, dass es hier nur deshalb einen Zusammenhang gibt, weil Ausländer aufgrund ihrer Position auf dem Arbeitsmarkt, die wiederum mit ihrem im Durchschnitt geringen Bildungs- und Qualifikationsniveau zusammenhängt, häufig nur untere Plätze im bundesdeutschen Schichtgefüge einnehmen. Ausländer sind zudem, daran sei erinnert, häufiger arbeitslos als Deutsche. Sie sind i.d.R. aber nicht arbeitslos, weil sie keine Deutschen sind, sondern weil sie über Qualifikationen verfügen, die am Arbeitsmarkt weniger gefragt sind.³⁵ Ein geeigneter

³⁵ Die Tatsache, dass Arbeitsmigranten und ihre Nachkommen auf dem deutschen Arbeitsmarkt schlechter gestellt sind, ist in der Regel nicht auf Diskriminierung, sondern auf Bildungs- und Qualifikationsdefizite zurückzuführen (vgl. hierzu: Granato, N./ Kalter, f.: Die Persistenz ethnischer Ungleichheit auf dem deutschen Arbeits-

Indikator für den sozialen Rang eines Wohngebietes wäre der Ausländeranteil nur dann, wenn ein Wohngebiet unabhängig von der Schichtzugehörigkeit seiner Bewohner um so schlechter bewertet würde, je höher der Ausländeranteil ist. So plausibel eine solche Annahme auch sein mag, sie ist empirisch kaum zu überprüfen, da ethnische und soziale Segregation parallel verlaufen. Auch die Wohnfläche pro Kopf ist als Indikator des sozialen Rangs nicht unproblematisch. In größeren Haushalten ist die Wohnfläche pro Kopf geringer als in kleineren, ohne dass hiermit ein Weniger an Wohnqualität und Wohnraumversorgung verbunden sein muss.

In Anhang 4 ist der so errechnete „Soziale Rang“ für jeden Stadtbezirks aufgeführt. Rangplätze, das muss betont werden, geben nur ein Mehr oder Weniger wider. Sie sagen nicht, um wie viel die sozialen Risiken in einem Stadtbezirk höher sind als in einem anderen. Deshalb können Stadtbezirke mit sehr unterschiedlichen Rangplätzen (z.B. Rangplätze 53 und 31) sich ähnlicher sein als solche, die näher bei einander liegen (z.B. Rangplätze 53 und 62). Während die ursprünglichen Daten (z.B. die Sozialhilfequoten) auch Aussagen über die Relation der Sozialhilfebelastung in einem Stadtbezirk zuließen (mögliche Aussage: „Die Sozialhilfequote im Stadtbezirk X ist doppelt so hoch wie im Frankfurter Durchschnitt“), ist dies bei Rangplätzen nicht möglich. Man kann lediglich sagen, in wie vielen Stadtbezirken höhere oder niedrigere Rangplätze eingenommen wurden.³⁶

Zwischen dem hier entwickelten Index „sozialer Rang“ und dem „Gesamtindex soziales Risiko“ des Ersten Frankfurter Sozialberichts besteht ein sehr hoher statistischer Zusammenhang. Die (Rang-)Korrelation zwischen beiden Indices beträgt .88. Dies bedeutet, dass Stadtbezirke, die im Ersten Frankfurter Sozialbericht hohe soziale Risiken aufwiesen, dies mit hoher Wahrscheinlichkeit auch 1999 noch getan haben. Dieser Befund deutet auf eine hohe Konstanz des relativen Benachteiligungsgrades der verschiedenen Stadtbezirke hin. Bedacht

markt. Diskriminierung oder Unterinvestition in Humankapital? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, J. 53 (2001), S. 497-529.

³⁶ Die Vergabe von Rangplätzen ist eine Messoperation. Messen bedeutet die Zuordnung von Zahlen zu Beobachtungen. Das Messniveau gibt an, wie man diese Zahlen interpretieren darf, und damit auch, welche Operationen mit den Zahlen sinnvoll sind. Es werden vier Messniveaus unterschieden: Nominal-, Ordinal-, Intervall- und Verhältnis(oder Ratio)skala. Bei einer *Ordinalskala* drücken die Zahlen eine Rangfolge aus, aber sie sagen nichts über die Relationen der der Rangfolge zugrundeliegenden Eigenschaften. Gleiche Abstände zwischen den Zahlenwerten bedeuten also nicht gleiche Abstände „in der Realität“. Bei einem Wettrennen wissen wir, dass die oder der Erstplazierte schneller als die oder der Zweite, und diese(r) wiederum schneller als die oder der Dritte war; aber die Zahlen sagen nichts darüber aus, *um wie viel* schneller oder langsamer die Läufer im Vergleich zu den anderen waren. Bei einer *Intervallskala* geben die Zahlen Informationen über die Abstände zwischen den gemessenen Ausprägungen. Die Abstand zwischen 0 Grad Celsius und 10 Grad Celsius ist (physikalisch gesehen!) genauso groß wie der zwischen 10 und 20 Grad. Bei intervallskalierten Daten ist neben dem Median u.a. auch die Berechnung von arithmetischem Mittel und Varianz sinnvoll. Bei einer *Verhältnisskala* ist außerdem ein sinnvoll interpretierbarer Nullpunkt vorhanden. Daher kann man auch Verhältnisse zwischen verschiedenen Werten berechnen. Man kann dann sagen, dass eine Person, die 100 m in 10 Sekunden bewältigt, doppelt so schnell läuft wie eine, die dafür 20 Sekunden benötigt (während 20 Grad Celsius nicht doppelt so warm ist wie 10 Grad Celsius).

werden muss, dass die Rangplätze lediglich die relative Position der Stadtbezirke zu zwei verschiedenen Zeitpunkten bezeichnen, nicht aber die absolute Höhe der Risikobelastung. Daher kann ein gegenüber früher schlechterer Rangplatz mit einer absoluten Verbesserung der sozialen Situation einhergehen. Insgesamt sind ja die Sozialhilfe- und die Arbeitslosenquote in Frankfurt am Main von 1995 bis 1999 zurückgegangen.³⁷

2.5 Zusammenfassung

Die hier durchgeführten Analysen zeigen, dass sich die verschiedenen Frankfurter Stadtbezirke im Hinblick auf die untersuchten sozialstrukturellen Merkmale z.T. deutlich voneinander unterscheiden. Berechnet man Segregationsindices für Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Ausländer und verschiedenen Altersgruppen, dann zeigt sich, dass die Ungleichverteilung im Zeitraum von 1995 bis 1999 stabil geblieben ist, obwohl Frankfurt am Main durch starke Zu- und Wegzugsbewegungen innerhalb der Stadt als auch über die Stadtgrenzen hinweg gekennzeichnet ist und obwohl die räumliche Mobilität gegenüber der sozialen Mobilität die größere Chance bietet, die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung einer Stadt insgesamt wie einzelner Wohngebiete in kurzer Zeit zu verändern.³⁸ Das Niveau der Segregation ist von 1995 bis 1999 bei Personen unter 15 angestiegen, bei Sozialhilfeempfängern, Ausländern und Personen über 64 hingegen leicht gesunken und hat sich bei Arbeitslosen (auf der Ebene der Ortsteile) zwischen 1997 und 1999 kaum verändert. Die Befunde zeigen, dass von einer Zunahme der Polarisierung im Sinne einer stärkeren Segregation benachteiligter Personengruppen im betrachteten Zeitraum nicht die Rede sein kann.

Die Zusammensetzung der Frankfurter Bevölkerung ist zum großen Teil das Ergebnis von Wanderungsprozessen. Auch wenn die berechneten Segregationsindices für Frankfurt weit von ihrem möglichen Maximalwert entfernt sind und die untersuchten Bevölkerungsgruppen insgesamt nur auf mittlerem Niveau ungleich verteilt sind, so sind sie im Vergleich zum Umland z.T. deutlich über- (Ausländer, Sozialhilfeempfänger) bzw. unterrepräsentiert (Kinder und Jugendliche, Familien). Innerhalb des Stadtgebietes gibt es eine Gruppe von Stadtbezirken, in denen sich gleichzeitig (sehr) hohe Sozialhilfequoten und (sehr) hohe Arbeitslosen-

³⁷ Hierfür ein Beispiel: Sowohl 1995 als auch 1999 war der Stadtbezirk 491 der „Spitzenreiter“ bei der Sozialhilfequote. Während die Sozialhilfequote 1995 hier 16,2 % betrug, „reichten“ 1999 schon 14,2 %, um den ersten Platz einzunehmen. Trotz absoluter Verbesserung hat sich die Relative Position aber nicht verändert.

³⁸ In diesem Sinne kann man das Stadtgebiet vielleicht mit einem Zug vergleichen, in den zwar immer neue Passagiere einsteigen und den Platz der ausgestiegenen einnehmen, wobei aber die soziale Zusammensetzung der einzelnen Wagen der verschiedenen Wagenklassen sich im Zeitverlauf kaum verändert. Wie beim Bahnfahren und der Entscheidung, ob man erster oder zweiter Klasse fährt, hängt die Wahl des Wohnstandortes davon ab, was man sich leisten kann.

dichten finden. Es handelt sich hierbei in der Regel um Stadtbezirke, die schon im Ersten Frankfurter Sozialbericht als solche mit hohen „soziale Risiken“ identifiziert wurden. Hohe Sozialhilfequoten gehen oft mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Personen unter 15 einher. Im Allgemeinen sind Kinder und Jugendliche häufiger sozialhilfebedürftig als Angehörige anderer Altersgruppen. Hinzu kommt, dass die Lebensform Familie und eine frühe Familiengründung mehr und mehr die Sache unterer sozialer Schichten geworden sind.³⁹ So ist es nicht verwunderlich, wenn Stadtbezirke mit vielen Kindern hohe Sozialhilfequoten aufweisen.⁴⁰

Die Konzentration bestimmter Bevölkerungsgruppen wie z.B. Sozialhilfeempfänger, Ausländer oder Arbeitslose, wie sie auch in Frankfurt festzustellen ist, wird gewöhnlich negativ bewertet. Angestrebt wird eine „ausgewogene Bewohnerstruktur“, also eine möglichst hohe Gleichverteilung der verschiedenen sozialen und demographischen Merkmale (bzw. ihrer Träger) im Stadtgebiet, während das Entstehen sozial (und ethnisch) homogener Eigenheimsiedlungen meist weit weniger Besorgnis auf sich zieht. Für die soziale Mischung sprechen verschiedenen Dinge: die Möglichkeit, andere Lebensweisen zu erfahren, das Einüben von Toleranz durch die Begegnung mit andersartigen Menschen oder die Verhinderung der negativen Etikettierung eines Wohnviertels. Freilich stehen unter den gegebenen Bedingungen der angestrebten sozialen Mischung erhebliche Gegenkräfte entgegen. So gibt es Abgrenzungswünsche der Bewohner nach sozialem Status, Nachbarschaftskonflikte durch unterschiedliche Lebensweisen oder Vermarktungsschwierigkeiten bei Eigenheimen und Eigentumswohnungen, alles Dinge, die im Ergebnis die Bemühungen um soziale Mischung unterlaufen. Freilich ist der häufig gezogene Schluss vom Vorhandensein nicht ausgewogenen Bewohnerstrukturen auf soziale Probleme nicht zwingend. Es gibt sozial stabile Wohnquartiere, in denen überproportional viele Ausländer, Alte oder Familien wohnen, und ebenso gibt es Quartiere mit (rein statistisch gesehen) ausgewogenen Bewohnerstrukturen, in denen es starke Konflikte zwischen den Bewohnern gibt.

Trotz der hohen Zuzugs- und Wegzugszahlen ist das Ausmaß, in dem die untersuchten sozialstrukturellen Merkmale in den Stadtbezirken konstant geblieben sind, sehr hoch. Zunächst er-

³⁹ vgl. Bertram, H.: Die Stadt, das Individuum und das Verschwinden der Familie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B29-30/1994; Bertram, H./Kreher, S.: Lebensformen und Lebensverläufe in diesem Jahrhundert. In: In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 42/1996.

⁴⁰ Aufgrund des unzureichenden Familienlastenausgleichs sind auch Familien mit einem Alleinverdiener mit mittlerem Erwerbseinkommen überdurchschnittlich häufig von Einkommensarmut betroffen (vgl. Hanesch, W. u.a.: Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler Stiftung und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Reinbek bei Hamburg 2000, S. 150ff.).

höht ja jede Zuzugs- und Wegzugentscheidung die Wahrscheinlichkeit, dass sich die soziale Zusammensetzung eines Wohngebietes ändert. Wenn dies trotzdem nicht der Fall ist, dann muss dies auch etwas mit dem von Stadtbezirk zu Stadtbezirk unterschiedlichen Wohnungsangebot zu tun haben. Die räumliche Konzentration von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen in Stadtbezirken mit einem hohen Anteil von billigen Wohnungen ist nicht zufällig, sondern hängt ganz entscheidend mit der Kaufkraft der Betroffenen und den Verhältnissen im Wohngebiet zusammen.⁴¹ Letztlich können Haushalte mit niedrigem Einkommen sich nur auf einem bestimmten (Teil-)Wohnungsmarkt bewegen, während Haushalte mit höherem Einkommen Zugang zu fast allen (Teil-)Wohnungsmärkten haben.

Segregationsanalysen, wie die hier unternommene, untersuchen den Zusammenhang von sozialer, demographischer und räumlicher Ungleichheit. Auch wenn sie sich häufig vom Gleichverteilungspostulat leiten lassen, so haben sie doch selbst keine Maßstäbe, anhand derer gesagt werden könnte, ob ein bestimmtes Niveau der Segregation problematisch ist oder ist. Eine unausgewogene Bewohnerstruktur führt nicht in jedem Fall dazu, dass die soziale Stabilität eines Wohngebietes leidet. Die sozialen Belastungen, die in einer hohen Sozialhilfequote und einer hohen Arbeitslosendichte zum Ausdruck kommen, müssen daher als Risiken (im Sinne von Wahrscheinlichkeiten) für negative Entwicklungen verstanden werden. Es ist deshalb von besonderem Interesse, die Bedingungen zu erkennen, die trotz unausgewogener Bewohnerstruktur dazu beitragen, dass die soziale Stabilität eines Wohngebietes erhalten bleibt. Auch wenn die Konzentration von bestimmten Personengruppen in einem Wohngebiet es nicht erlaubt, auf das Vorhandensein sozialer Probleme zu schließen, so sind Problemgebiete in der Regel hochsegregierte, wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird.

⁴¹ Zwischen dem Anteil an Sozialwohnungen, der 1987 bestand, und der Sozialhilfequote besteht 1999 ein deutlicher statistischer Zusammenhang ($r = .41$). Der Zusammenhang war 1995 mit $r = .32$ deutlich geringer. Dies deutet auf einen Anstieg der Konzentration von Sozialhilfeempfängern in Stadtbezirken mit hohem Sozialwohnungsanteil hin. Schwächer ist der Zusammenhang der Sozialwohnungsquote mit der Arbeitslosendichte 1999 ($r = .28$). Auch wenn die 1987 vorhandenen Sozialwohnungen (neuere Daten liegen nicht vor) z.T. aus der Sozialbindung gefallen sind, dürfte es sich aufgrund der baulichen Gegebenheiten immer noch im relativ billigen Wohnraum handeln.

3. Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen

Die Analyse der Verteilung verschiedener Bevölkerungsgruppen in den *Stadtbezirken* von Frankfurt am Main ist nur bedingt in der Lage, Gebiete zu identifizieren, in denen besondere Anstrengungen zur Verbesserung der sozialen Situation und zur Stabilisierung der Bewohner unternommen werden müssen. Der Hauptgrund hierfür ist, dass die Stadtbezirke in sich eine zu große Heterogenität aufweisen und auch in ansonsten unauffälligen Stadtbezirken Problemgebiete liegen können, die nicht mehr auffallen, wenn man sich nur an der durchschnittlichen Ausprägung von Belastungsmerkmalen wie Sozialhilfequote oder Arbeitslosendichte in einem Stadtbezirk orientiert. Des Weiteren garantiert eine ausgewogene Bewohnerstruktur eines Stadtbezirks noch nicht, dass er auch sozial stabil ist.

Einen ersten Versuch, solche kleineren Quartiere mit besonderem Problemverdichtungen zu identifizieren, stellt die 1997 vom Dezernat für Soziales und Jugend vorgestellte Sozialraum-analyse⁴² dar. Die Einstufung eines Wohngebietes als problembelastet beruhte in der „alten“ Sozialraumanalyse auf Einschätzungen von Fachleuten aus den Sozialrathäusern. Die von ihnen benannten Gebiete wurden dabei einer Bewertung unterworfen, bei der objektive sozialstrukturelle Indikatoren wie die Sozialhilfedichte oder die Häufigkeit von Interventionen des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) herangezogen wurden. Erst diese objektiven Indikatoren erlaubten es, aus den benannten Gebieten die besonders problembelasteten herauszufiltern. Hierbei blieben 32 Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen übrig.

Bei der Fortschreibung der „alten“ Sozialraumanalyse standen drei Fragen im Mittelpunkt:

- Wie sieht es heute in den damals als Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen bezeichneten Quartieren aus? (Abschnitt 3.1)
- Und welche anderen Wohnquartiere fallen heute durch eine besondere Problemverdichtung auf? (Abschnitt 3.2)
- Welche Maßnahmen sind notwendig, um die Situation in den betreffenden Wohngebieten zu verbessern? (Abschnitt 3.4)

Die folgenden Darstellung beruht zum einen auf Einschätzungen der jetzigen Problembelastung in den verschiedenen Wohngebieten durch die Fachleute in den Sozialrathäusern. Zum anderen werden diese Einschätzungen - wie schon in der alten Sozialraumanalyse - ergänzt durch die Analyse sozialstruktureller Daten und von Leistungsdaten des Jugend- und Sozial-

⁴² Stelter, Hartmut; Hladjk. Helmut-Armin; Bär, Katharina; Schönheit, Hilde: Sozialraumanalyse der Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen, hrsg. vom Dezernat für Soziales und Jugend der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt am Main 1997.

amtes (Sozialhilfe- und ASD-Daten). Parallel zur Umfrage bei den Sozialrathäusern wurden Stadtteilarbeitskreise und Regionalräte mit Hilfe eines analog aufgebauten Fragebogens um ihre Einschätzung der Situation in den alten und um die Benennung neuer Problemgebiete gebeten. Durch diese Umfrage sollten die Einschätzungen der Sozialrathäuser validiert werden. Leider hat sich an dieser Umfrage nur ein geringer Teil der angeschriebenen Stadtteilarbeitskreise und Regionalräte beteiligt, so dass ihre Angaben hier nicht berücksichtigt wurden, sehr wohl aber den jeweiligen Sozialrathäusern zur Verfügung gestellt wurden, damit diese ihre Sicht auf die von ihnen bearbeiteten Sozialräume ggf. korrigieren können.

Die herangezogenen Daten sind in unterschiedlichem Maße geeignet, Problemverdichtungen aufzuzeigen. Die größte Objektivität haben die Bevölkerungszahlen und die aus ihnen errechneten Sozialhilfe- und Ausländerquoten. Diese Daten sind direkt vergleichbar mit den Quoten, die auf der Ebene der Stadtbezirke errechnet wurden. So wird es möglich, die besondere Position der untersuchten Wohngebiete in den Stadtbezirken, zu denen sie gehören, zu beschreiben. Wenn in einem Wohngebiet z.B. die Sozialhilfequote über dem Durchschnitt des zugehörigen Stadtbezirks liegt, dann kann man daraus ableiten, dass der Rest des Stadtbezirks eine deutlich niedrigere Sozialhilfequote haben muss als das untersuchte Wohngebiet und Aussagen über die Heterogenität innerhalb eines Stadtbezirks machen. Den selben Grad an Objektivität haben viele andere Daten nicht. So spiegelt die Häufigkeit von Fällen der Jugendgerichtshilfe nur bedingt die Kriminalitätsbelastung innerhalb eines Wohngebietes wider. Täter werden nur dann gerichtlich verfolgt, wenn sie bekannt sind und angezeigt werden. Bei vielen Straftaten sind die Täter aber unbekannt und können allein schon deshalb nicht gerichtlich verfolgt werden. Auch die Daten der Beratungen und Leistungen der Jugendhilfe sind kein eindeutiger Indikator für die Häufigkeit von Problemen. So gibt es vermutlich von Sozialrathaus zu Sozialrathaus und Mitarbeiter zu Mitarbeiter unterschiedliche Maßstäbe über die Schwere eines Falles und die Notwendigkeit bestimmter Hilfen. Die Unterschiedlichkeit der Maßstäbe dürfte in noch höherem Maße eine Rolle spielen, wenn Einschätzungen zu Problemen wie „Vandalismus“ oder „Gewalt in der Familie“ abgefragt werden, wie dies bei der Fortschreibung der „alten“ Sozialraumanalyse geschehen ist. Welche Maßstäbe den verschiedenen Einschätzungen zugrunde liegen, ist weitgehend offen. Was die einen noch als „normale Arbeit“ bewerten, mag anderen schon als ein besonderes Problem erscheinen. Die im Folgenden berichteten Einschätzungen haben nicht den Objektivitätsgrad von Daten, die mit standardisierten Erhebungsmethoden gewonnenen werden.⁴³ Es handelt sich vielmehr um die

⁴³ Im Hinblick auf viele der erhobenen Problembereiche sind standardisierte Erhebungsmethoden durchaus denkbar. So könnte man den Problembereich „Gewalt innerhalb der Familie“ z.B. unterteilen in die Bereiche „Gewalt gegen Frauen“ und „Gewalt gegen Kinder“ und für einen bestimmten Zeitraum alle Fälle zählen, in den

Problemsicht von Institutionen, eben der Sozialrathäuser, die mit der Bearbeitung von Problemen betraut sind.⁴⁴

3.1 *Jetzige Situation in den schon früher benannten Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen*

3.1.1 Sozialstrukturelle Merkmale und deren Veränderungen seit 1993

Die Entwicklung in den 32 Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen der „alten“ Sozialraumanalyse von 1993 bis 1999 wird im Folgenden dargestellt.⁴⁵ Hierbei wird, soweit dies möglich ist, die Situation immer im Vergleich zum gesamtstädtischen Durchschnitt betrachtet. Dies geschieht deshalb, weil es zum einen keine absoluten Grenzwerte gibt, die eine hohe oder niedrige Belastung eines Wohngebietes mit einem Merkmal anzeigen. Auch eine im gesamtstädtischen Vergleich unterdurchschnittliche Belastung mit einem Merkmal kann hoch sein, wenn man beispielsweise andere Großstädte oder das Bundesgebiet insgesamt zum Vergleich heranzieht. Zum anderen wird durch den Vergleich mit dem jeweiligen gesamtstädtischen Durchschnitt der Einfluss insgesamt gewandelter Problembearbeitung oder Nutzung von Angeboten, der sich in einem Sinken oder Steigen der Durchschnittswerte bemerkbar macht, ausgeglichen. Einen Überblick über die Situation in den 32 Wohngebieten gibt Tabelle 3.1. Hierbei wurden für jedes Merkmal die jeweilige Abweichung vom gesamtstädtischen Durchschnitt ausgewiesen.

Im Einzelnen ergibt sich folgendes Bild (siehe Anhang 5):

- In den 32 Wohngebieten lebten Ende 1993 45.270 Personen. Ihre Zahl war bis Ende 1999 auf 40.441 zurückgegangen. Dieser Rückgang geht zum großen Teil auf das Konto des benannten Wohngebietes im Bahnhofviertel, dessen Bewohnerzahl allein um mehr als 1.700 zurückging. Die Zahl der ausländischen Bewohner ging im selben Zeitraum von 19.683 am Jahresende 1993 auf 17.252 am Jahresende 1999 zurück. Trotz dieses absolu-

die Frauen eines Wohngebietes ein Frauenhaus aufgesucht haben, um sich vor Gewalt zu schützen, oder alle Fälle, in denen die Polizei bei Konflikten zwischen Ehepartnern zu Hilfe gerufen wurde. Schließlich könnte man auch alle Fälle zählen, die den Sozialrathäusern bekannt geworden sind. Zusätzlich wäre es denkbar, die Fälle nach der Schwere der Gewalt zu klassifizieren. Die Grenzen eines solches Verfahrens sind aber offensichtlich: Familiäre Gewalt spielt nur selten vor den Augen der Öffentlichkeit ab und nur physische Gewalt lässt sich im hier dargelegten Sinne „messen“.

⁴⁴ Zu beachten ist, dass soziale Probleme immer auch soziale Konstruktionen sind, die von der „Empfindlichkeit“ und den Werten derjenigen abhängen, die etwas als ein soziales Problem wahrnehmen (vgl. Groenemeyer, A.: Soziale Probleme. In: Hans-Uwe Otto und Hans Thiersch [Hrsg.]: Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik. 2. Auflage Neuwied 2001, S. 1693-1708).

⁴⁵ Eine genaue räumliche Abgrenzung der Wohngebiete sowie einige sozialstrukturelle Informationen über sie findet man in Anhang 5.

ten Rückgang stieg der Ausländeranteil im Durchschnitt aller 32 Stadtbezirke von 1993 bis 1999 leicht von 41,8 auf 42,3 % an und lag damit um rd. die Hälfte über dem Wert für die Gesamtstadt. In 13 der 32 Wohngebiete gab es einen Rückgang des Ausländeranteils und in 19 einen Zuwachs. Wohngebiete, die schon 1993 einen besonders hohen Ausländeranteil hatten, haben ihn auch 1999. Zwischen dem Ausländeranteil 1993 und 1999 besteht ein deutlicher statistischer Zusammenhang.⁴⁶ In den 32 Wohngebieten leben 10.570 Personen unter 21. Das entspricht einem Anteil an der Wohnbevölkerung von 26,1 % (Gesamtstadt: 18 %).

- Die Sozialhilfequote betrug Ende 1999 im Durchschnitt der 32 Wohngebiete 13,8 %, wobei der niedrigste Wert 6,24 % und der höchste 30,1 % betrug. Der Durchschnittswert von 13,8 liegt rd. zweieinhalbmal so hoch wie der gesamtstädtische Durchschnitt. Ein Vergleich mit der Sozialhilfeempfängerzahl von 1993 ist nicht möglich, da für 1993 die Sozialhilfequote aufgrund der Gesamtzahl aller Personen ermittelt wurde, die während des Jahres 1993 Sozialhilfe bezogen haben, während für 1999 nur ein Jahresendwert zur Verfügung steht. 1999 lag die Sozialhilfeempfängerquote in keinem der 32 Wohngebiete unter dem städtischen Durchschnitt und in 17 Wohngebieten war sie sogar mehr als doppelt so hoch wie in Frankfurt am Main insgesamt.
- Bei der Jugendgerichtshilfe liegt 1999 der Durchschnittswert der Hilfen auf 100 Jugendliche im jeweiligen Wohngebiet bei 12,9 und damit mehr als zweimal so hoch wie in der Gesamtstadt. Da in einigen Wohngebieten mit sehr wenigen Personen zwischen 14 und 20 Jahren vergleichsweise viele Fälle von Jugendgerichtshilfe zu verzeichnen waren, wird hier auf eine Darstellung der Wohngebiete mit dem höchsten und niedrigsten Anteil an solchen Hilfen verzichtet. In 6 der 32 Wohngebiete lag die Quote der Fälle von Jugendgerichtshilfe an der Wohnbevölkerung im Alter von 14 bis unter 21 unterhalb des gesamtstädtischen Durchschnitts, in 26 darüber, wobei in 12 Wohngebieten das Doppelte des städtischen Durchschnitts erreicht wurde. 1993 lag die Zahl der Wohngebiete mit unterdurchschnittlicher Quote an Fällen von Jugendgerichtshilfe noch bei 17. Insgesamt gibt es keinen statistischen Zusammenhang zwischen den Werten für 1993 und 1999. D.h., man kann nicht sagen, dass die Jugendgerichtshilfe-Quote 1999 in den Wohngebieten hoch (bzw. niedrig) war, in denen sie schon 1993 hoch (bzw. niedrig) war. Man sollte diesen Nicht-Zusammenhang allerdings nicht überinterpretieren. Auf jedes Wohngebiet kamen

⁴⁶ Die Korrelationskoeffizient zwischen beiden Merkmalen beträgt .79.

rd. ein Dutzend Fälle von Jugendgerichtshilfe. Schon ein oder zwei Fälle mehr oder weniger ziehen starke Verschiebungen in den Quoten nach sich.

- Die Zahl der Leistungen der Jugendhilfe sank von 1.034 auf 975 Fälle. Die durchschnittliche Quote (Fälle pro Personen im Alter von 0 bis 20) stieg aber in den 32 Wohngebieten wegen des Bevölkerungsrückgangs von 8,7 (1993) auf 9,6 % (1999). Zum Vergleich: 1999 lag die Quote für dieser Hilfen im Durchschnitt aller Stadtbezirke bei 4,4 %. In 10 der 32 Wohngebiete lag die Quote der Leistungen der Jugendhilfe 1999 mindestens doppelt so hoch wie im gesamtstädtischen Durchschnitt, während sie in 7 Wohngebieten unter dem Durchschnitt lag.

Tabelle 3.1: Häufigkeit, mit der sozialstrukturelle Merkmale vom gesamtstädtischen Durchschnitt abweichen, in den „alten“ Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen in den Jahren 1993 und 1999.

	Ausländerquote 1993	Ausländerquote 1999	Sozialhilfequote 1999	Quote der Fälle von Jugendgerichtshilfe 1993	Quote der Fälle von Jugendgerichtshilfe 1999	Quote der Leistungen der Jugendhilfe auf 1999
unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt	5	2	0	17	6	7
bis zum Doppelten des gesamtstädtischen Durchschnitts	24	28	15	7	14	15
mehr als das Doppelte des gesamtstädtischen Durchschnitts	3	2	17	8	12	10

Fasst man diese Daten zusammen, dann zeigt sich, dass die in der „alten“ Sozialraumanalyse betrachteten Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen insgesamt immer noch hohe Problemverdichtungen aufweisen. Allerdings können es nicht die sozialstrukturellen und in Quoten objektivierbaren Daten allein gewesen sein, die die Einstufung eines Quartiers als Wohngebiet mit verdichteten sozialen Problemlagen begründen. Vielmehr müssen noch andere Kriterien hinzukommen, die in der Befragung der Sozialrathäuser zugrunde gelegt wurden.

Wenn der Erfolg von Bemühungen der Stadtverwaltung und/oder anderen Institutionen um die soziale Stabilisierung von Wohngebieten daran festgemacht wird, dass die jeweiligen Anteile von Sozialhilfeempfängern, Ausländern, Fällen von Jugendgerichtshilfe etc. sich dem gesamtstädtischen Durchschnitt angleichen, dann sind diese Bemühungen in der überwiegenden Zahl der 32 Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen weitgehend gescheitert. Allerdings werden diese Anteile auch von jeweils individuellen Entscheidungen darüber beeinflusst, ob man in einem bestimmten Wohngebiet bleibt oder wegzieht bzw. ob man sich in einem bestimmten Wohngebiet niederlässt oder nicht. Die Bemühungen um Stabilisierung von Wohngebieten und eine „ausgewogene Bewohnerstruktur“ können daher durch individuelle Entscheidungen über die Wahl des Wohnstandortes in ihr Gegenteil verkehrt werden. Der Wechsel in ein Wohngebiet mit geringeren Problemverdichtungen ist oft nur denjenigen möglich, die eine höhere Mietbelastung tragen können, also zu den Erfolgreicheren unter den Bewohnern zählen. Bei der Beurteilung der Entwicklung eines Wohngebietes wird häufig unterstellt, dass es sich immer um dieselben Menschen handelt. Tatsächlich hat sich die Bewohnerschaft im Zeitraum von 1993 bis 1999 durch Zu- und Wegzüge, Geburten und Sterbefälle deutlich verändert.⁴⁷ Allerdings hat die räumliche und soziale Mobilität der Bewohner, sofern letztere denn stattgefunden hat, die soziale Zusammensetzung der betreffenden Wohngebiete kaum nachhaltig verbessert. Wenn denn die Erfolgreicheren gegangen sind, dann sind weniger Erfolgreiche für sie „nachgerückt“.

3.1.2 Problembelastungen aus der Sicht der Sozialrathäuser

Die oben berichteten sozialstrukturellen Daten sind nicht in jedem Fall verlässliche Indikatoren dafür, dass etwas in einem Wohnquartier „nicht stimmt“. Konzentrationen von bestimm-

⁴⁷ Immerhin hat die Wohnbevölkerung deutlich verändert. Während sie in 6 Wohngebieten um zusammen 265 Personen zunahm, verringerte sie sich in 26 Wohngebieten um 5.094 Personen. Berücksichtigt man noch, dass Kinder, die 1999 unter 6 Jahre alt waren, 1993 noch nicht gelebt haben, dann hat sich die Bevölkerung in den 32 Wohngebieten seit 1993 um mindestens 15 % verändert. Wechselt man die Perspektive und fragt, wie viele derjenigen, die 1999 zu den Bewohnern der 32 Wohngebiete zählen, 1993 hier noch nicht gewohnt haben, dann sind

ten Bevölkerungsgruppen wie Sozialhilfeempfänger oder benachteiligte Jugendliche gehen häufig, aber nicht immer, mit „sozialen Auffälligkeiten“ wie Nachbarschaftskonflikten, Schul- oder familiären Problemen einher. Um die Wohngebiete anhand solcher „weichen“ Kriterien zu charakterisieren, wurden die Sozialrathäuser gebeten, einen entsprechenden Fragebogen zu beantworten.

Zunächst ging es hierbei um die Frage, ob sich die Wohngebiete, die sich in der Sozialraumanalyse von 1997 als besonders problembelastet erwiesen haben, heute noch ebenso belastet sind wie früher, oder ob sich die Situation zum Besseren gewandelt hat. Nur in drei Wohngebieten ist die Problembelastung niedriger als bei der ersten Sozialraumanalyse, während sie in 19 Wohngebieten gleich geblieben ist und in 8 sogar höher ist. Für zwei Wohngebiete gibt es zu dieser Frage keine Angabe bzw. das zuständige Sozialrathaus hielt eine Einschätzung über die Entwicklung der Problembelastung nicht für möglich. Hier decken sich die Einschätzungen der Sozialrathäuser mit der Analyse der sozialstrukturellen Daten im vorangegangenen Abschnitt: Auch hier zeichnete sich eher eine Konstanz der Problembelastung denn eine Abnahme ab.

Des Weiteren sollten die Sozialrathäuser angeben, welche Probleme die Wohngebiete in welchem Ausmaß heute belasten. Hierbei war eine Liste von Problemen vorgegeben. Diese Liste wurde vorab mit den Experten eines Sozialrathauses auf ihre Relevanz hin überprüft. Das Ausmaß der Belastung konnte mit den Kategorien „spielt keine Rolle“ bis „sehr starke Belastung“ angegeben werden. Wenn eine Einschätzung nicht möglich war, konnte dies ebenfalls vermerkt werden. Die Ergebnisse sind in Tabelle 3.2 zusammengefasst.

Es ist in der Regel nicht möglich, die Einschätzungen durch die Sozialrathäuser durch Einschätzungen von Dritten oder gar die Bewohner selbst auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen („validieren“). Genau zu diesem Zweck sind ja die Regionalräte und Stadtteilarbeitskreise angeschrieben worden und um ihre Einschätzungen gebeten worden. Diese Umfrage stieß nur auf sehr geringe Resonanz, so dass ein systematischer Vergleich der Einschätzungen der Sozialrathäuser und der von Regionalräten und Stadtteilarbeitskreisen nicht möglich ist. Anders sieht die Situation am Frankfurter Berg aus. Hier führte der Regionalrat Frankfurter Berg im Jahre 2000 eine Bürgerumfrage durch. An dieser Umfrage beteiligten sich 324 Personen, von denen 34 % aus der „Hochaussiedlung“ (Julius-Brecht-Str.; Berkersheimer Weg; Heinrich-Plett-Str.) stammten, also aus dem Gebiet, in dem das Problemgebiet 209 liegt. Die Bürgerumfrage umfasste drei zentrale Themenbereiche: Einschätzungen zur Wohnbevölkerung am

dies mindestens 7 % der Bewohner. Durch Zu- und Wegzüge seit 1993 dürfte der Bevölkerungsaustausch in den

Frankfurter Berg, Einschätzungen des Quartiers Frankfurter Berg und Bewertung und Anforderungen an die Infrastruktur des Frankfurter Bergs. Von den Befragten aus der Hochhaus-siedlung würden nur 46,7 % „nochmal an den Frankfurter Berg ziehen“ (alle Befragten: 61,2 %) und 28,9 % nicht (alle Befragten: 22,3 %). 37,8 % der Bewohner der Hochhaussiedlung schätzen das Bedrohungspotential am Frankfurter Berg als hoch ein (alle Befragten 35,5 %). Die Befragten aus Hochhaussiedlung gehen ebenso häufig wie alle Befragten davon aus, dass der Frankfurter Berg von Außenstehenden als sozialer Brennpunkt wahrgenommen wird (46,8 % gegenüber rd. 45 % bei allen Befragten). Als problematisch wird von vielen Befragten die „kulturelle Zusammensetzung“ der Bewohner des Frankfurter Berg wahrgenommen (35,6 % der Befragten der Hochhaussiedlung und 36,8 % aller Befragten). Im Hinblick auf die Bewertung dieser Ergebnisse muss darauf hingewiesen werden, dass absolute Zahl der Befragten aus der Hochhaussiedlung so gering war (110 Personen), dass Verallgemeinerungen auf alle Bewohner der Siedlung kaum möglich sind.⁴⁸

32 Wohngebieten aber noch viel größer ausgefallen sein.

⁴⁸ Gerade in der Hochhaussiedlung scheint sich in letzter Zeit eine Entwicklung zum Positiven abzuzeichnen. Die Wohnungen hier sollen an Privatleute verkauft werden, was zum Teil schon geschehen ist. Käufer waren überwiegend ehemalige Mieter, nicht Kapitalanleger. Hierdurch hat sich das Verhältnis vieler Bewohner zu ihrem Haus geändert (vgl. Frankfurter Rundschau vom 15.11.2001: „Der Stadtteil Frabnkfurt Berg ist im Aufwind“).

Tabelle 3-2: Art und Ausmaß der Problembelastung in den „alten“ Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen. Einschätzung durch die Sozialrathäuser im Jahr 2000. Absolute Werte.

Ausmaß der Belastung	Gewalt innerhalb der Familie	Gewalt außerhalb der Familie	Vandalismus	Jugendkriminalität	Integrationsprobleme; Nationalitätskonflikte	Arbeitslosigkeit von Erwachsenen	Jugend Arbeitslosigkeit	drohender Verlust der Wohnung	Überschuldung (ohne Mietrückstände)	Sucht	Schulprobleme	Erziehungshilfen	psychische Probleme	familiäre Probleme
spielt keine Rolle	1	0	8	0	0	0	1	1	1	0	0	0	0	0
ist vorhanden	20	15	9	17	17	12	11	16	11	11	11	14	15	12
starke Belastung	7	10	9	8	7	10	8	5	12	12	11	11	10	12
sehr starke Belastung	2	3	2	4	5	8	8	2	3	5	5	5	5	6
keine Angabe	2	4	4	3	3	2	4	8	5	4	2	2	2	2

Festzuhalten ist, dass die vorgegebenen Problembereiche in vielen Wohngebieten eine „starke“ oder „sehr starke“ Belastung darstellen.⁴⁹ So spielt Vandalismus in 8 der 32 Wohngebiete keine Rolle, stellt dafür aber in 9 Wohngebieten eine „starke“ und in 2 eine „sehr starke Belastung“ dar. In jedem zweiten der 32 Wohngebiete stellen Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und Erwachsenen, Sucht, Schulprobleme, Erziehungshilfen und psychische Probleme und familiäre Probleme eine „starke“ oder „sehr starke Belastung“ dar.

Die einzelnen Problembereiche sind in den 32 Wohngebieten unterschiedlich stark ausgeprägt (siehe Anhang 6). Unabhängig davon, wo die Belastungen liegen, soll jetzt der Frage nachgegangen werden, wie häufig „starke“ oder „sehr starke“ Belastungen in den 14 abgefragten Problembereichen vorkommen. Im Durchschnitt von 30 Wohngebieten, über die Einschätzungen der Sozialrathäuser vorliegen, wurden 6,7-mal „starke“ oder „sehr starke“ Belastungen in den 14 Problembereichen angegeben. Vergleichsweise geringe Problembelastungen wurden für die Gebiete mit den Nummern 101, 1101, 1103 und 1104 berichtet.⁵⁰ Das Gebiet 101 kann aufgrund der Tatsache, dass in ihm nach Einschätzung des Sozialrathauses die Problembelastung insgesamt in den letzten Jahren zurückgegangen ist, aus dem Kreis der Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen ausgeschlossen werden.

Tabelle 3.3: Häufigkeit „starker“ oder „sehr starker“ Belastungen in den „alten“ Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen

Nr.	Gebiet	Häufigkeit
101	Wittelsbacherallee 16-26; Jakob-Karl Junior Str.	1
202	Niedwiesenstr.	_*
203	An der Fischweide 2; Niederbornstr. (ganz); Senefelderweg 1, Sigmund-Freud-Str. 91a-212 und 70-94	7
205	Sigmund-Freud-Str. 43-91	4
208	Wegscheidstr. (ganz); Jaspertstr. 1-87	12
209	Julius-Brecht-Str. 1-6, 8; Berkersheimer Weg 8; Heinrich-Plett-Str. 2	7
302	Auf dem Schafberg 15-45	5
303	Kiefernstr. (ganz)	5
304	Wilhelmshavener Str. (ganz); Emdener Str. (ganz)	2
305	Ahornstr. 101-107, 104-130; Froschhäuser Str. 14-20	12

⁴⁹ Die Einschätzung der Sozialrathäuser, dass ein Problem in einem Wohngebiet „vorkommt“, ist wenig aussagefähig. Es dürfte auch unter den sozial stabilen Wohngebieten kaum eines geben, in dem es nicht zu Gewalt in der Familie, Jugendkriminalität oder anderen problematischen Verhaltensweisen kommt.

⁵⁰ Die letzten drei Wohngebiete liegen alle in der Wohnsiedlung am Bügel im Zuständigkeitsbereich des gleichnamigen Sozialrathauses und spiegeln möglicherweise mehr die spezifische Einstellung zu sozialen Problemlagen in diesem Sozialrathaus als eine im Vergleich zu den anderen Wohngebieten objektiv geringere Problembelastung wider.

Nr.	Gebiet	Häufigkeit
306	Anspacher, Schloßborner, Wallauer Str.	_*
307	Am Hauptbahnhof (ger. Nr.); Moselstr.; Kaiserstr.	6
308	Gutleutstr. 100-200; Rottweiler Str.; Schönstr.	3
402	Zentmarkweg (ganz); Wolf-Heidenheim-Str. (g.)	10
501	Dortelweilerstr.	3
601	Mailänder Str. 10, 12, 14, 16; Tucholskystr. 77-93	7
702	Hermann-Brill-Str.; Küferstr.	12
705	Carl-Sonnenschein-Str. 1 bis Ende; Otto-Brenner	13
706	Robert-Dißmann-Str.	12
708	Bolongarostr. 101-Ende; Adolf Hauserstr.	12
709	Sieringstr. 1-Ende	9
803	Langweidenstr. (ganz)	5
804	Am Niddatal (ganz)	5
805	Hausener Obergasse (ganz)	6
902	Birsteiner Str. 67-Emnde	11
903	Max-Eyth-Str. ganz	4
904	Merseburger Str. (ganz); Gründerseestr. 31-35	5
1001	Im Mainfeld 3-21	12
1002	Im Heisenrath 1-17 und 10-18; Am Kiesberg5-11	8
1101	Homburger Landstr. 725, Th.-Thomas-Str.8	1
1103	Friedrich-Stampfer-Str. (ganz)	1
1104	Ben-Gurion-Ring2-100A, 102-170, 172-186	1

* Einschätzung des Sozialrathauses liegt nicht vor.

Schließlich sollten die Sozialrathäuser einschätzen, ob und in welchem Ausmaß bestimmte Merkmale die Wohnsituation in den Wohngebieten prägen (siehe Tabelle 3.4). Nur in sieben der 32 Wohngebiete gibt es nicht sanierte Altbauten. Hochhäuser sind hingegen in der Hälfte der Wohngebiete vorhanden oder prägen die Wohnsituation stark bzw. sehr stark. In knapp der Hälfte der Wohngebiete gibt es schlecht ausgestattete Wohnungen, in mehr als der Hälfte trifft man auf ein ungepflegtes Wohnumfeld und eine hohe Fluktuation der Bewohner.

Tabelle 3.4: Ausmaß, in dem bestimmte Merkmale die Wohnsituation prägen in den „alten“ Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen. Einschätzung durch die Sozialräthäuser im Jahr 2000. Absolute Werte.

Ausmaß der Belastung	nicht sanierte Altbauten	Hochhaussiedlung	hohe Abgas- oder Lärmbelästigung	Überbelegung	schlechte Verkehrsanbindung (Bus, Bahn)	schlechte Wohnungsausstattung	ungepflegtes Wohnumfeld	hohe Fluktuation
spielt keine Rolle	12	15	8	7	19	10	8	7
ist vorhanden	6	5	11	9	4	12	9	7
prägt stark	0	3	3	5	2	2	5	4
prägt sehr stark	1	5	2	0	3	0	5	4
Einschätzung nicht möglich/ keine Angabe	3	4	8	11	4	8	5	8

3.2 Von den Sozialrathäusern im Jahre 2000 erstmals benannte Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen

Die Sozialrathäuser wurden nicht nur gebeten, die heutige Situation in den „alten“ Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen einzuschätzen, sondern hatten auch die Gelegenheit weitere Problemgebiete zu benennen und in ähnlicher Weise zu beurteilen wie die „alten“ (siehe Tabelle 3.4). Im Folgenden werden 13 der von den Sozialrathäusern benannten Wohngebiete dargestellt. Die Zahl der insgesamt genannten Wohngebiete lag deutlich höher. Einige können hier nicht berücksichtigt werden, weil sie z.T. nur einzelne Häuser, aber keine *Wohngebiete* bezeichnen.⁵¹ In der folgenden Darstellung der neu benannten Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen wurden nur solche berücksichtigt, deren Einwohnerzahl Ende 2000 mindestens 500 Personen und deren Sozialhilfequote mindestens 5 % betragen. Legt man diese Kriterien zu Grunde, dann bleiben 13 Wohngebiete mit 20.710 Einwohner übrig.⁵²

3.2.1 Sozialstrukturelle Merkmale

In den 13 erstmals benannten Problem-Wohngebieten lebten Ende 2000 20.710 Personen, mehr als ein Fünftel (20,8 %) davon allein in der Platensiedlung in Ginnheim. Ein knappes Drittel (31,7 %) der Bewohner dieser 13 Wohngebiete war Ausländer (siehe Anhang 7). Der Ausländeranteil liegt damit nur wenig über dem Frankfurter Durchschnitt, aber weit unter dem der „alten“ Problem-Wohngebiete (Ende 1999: 42,3 %). Die Ausländerquoten in den 13 Wohngebieten schwanken zwischen 20,9 und 51,6 % aller Bewohner der 13 Wohngebiete waren Ende 2000 unter 21 Jahre alt (Gesamtstadt: 18 %). Der Anteil junger Menschen liegt damit etwas über dem der „alten“ Problemgebiete (Ende 1999: 26,1 %). 2.132 Einwohner der 13 Wohngebiete sind Sozialhilfeempfänger. Dies entspricht einem Anteil von 10,3 %

⁵¹ So wurde aus die Zahl der ursprünglich von den Sozialrathäusern gemeldeten Zahl von Problemgebieten deutlich reduziert. So wurden vom Sozialrathaus Bockenheim im Gebiet zwischen Schlossstraße und Gremppstraße eine ganze Reihe von einzelnen Häusern als Problemgebiete benannt. Als einzelne Häuser stellen diese aber keine *Wohngebiete* dar. Es bleibt abzuwarten, welche Entwicklung dieser Bereich Bockenheims nehmen wird. Andere benannte Wohngebiete wie z.B. in Sossenheim der Bereich Katharina-Petri- und Johann-Klohmannstraße unterschreiten die kritische Grenze von 500 Personen und werden in dieser Darstellung nicht berücksichtigt.

⁵² Auf den ersten Blick sieht es so aus, als habe sich die Zahl der Problemgebiete und ihrer Bewohner gegenüber der alten Sozialraumanalyse deutlich erhöht. Dieser Eindruck ist aber nicht ganz richtig. Zum einen konnten zwei Wohngebiete (die Edwards-Siedlung [Berkersheim/Frankfurter-Berg] und die Platensiedlung [Ginnheim]) vorher nicht genannt werden, da sie 1993 noch nicht der Frankfurter Bevölkerung zur Verfügung standen. Zum anderen fallen drei der neuen Problemgebiete, nämlich die Gebiete mit den Nummern 723, 724 und 905, weitgehend mit Wohngebieten zusammen, die schon im Rahmen der alten Sozialraumanalyse von den zuständigen Sozialrathäusern als Problemgebiete benannt wurden, aber ebenso wie mehr als ein Dutzend andere Wohngebiete von der Planungsgruppe des Jugend- und Sozialamtes damals als eher gering belastet eingestuft und nicht in die Liste der Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen aufgenommen wurden (vgl. Stelter, Hartmut; Hladjk, Helmut-Armin; Bär, Katharina; Schönheit, Hilde: Sozialraumanalyse der Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen, hrsg. vom Dezernat für Soziales und Jugend der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt am Main 1997, S. 9ff.).

(Gesamtstadt: 5,8 %). Die Sozialhilfeempfängerquote liegt damit deutlich unter der in den „alten“ Problemgebieten; hier lag die Sozialhilfequote Ende 1999 bei 13,8 %. Die neu benannten Wohngebieten insgesamt haben damit eine leicht überdurchschnittliche Ausländerquote, eine stark überdurchschnittliche Sozialhilfequote und einen stark überdurchschnittlich hohen Anteil von Personen unter 21 und Familien mit Kindern. Im Vergleich zu den alten Problemgebieten haben sie weniger deutsche und mehr junge Einwohner und weisen weniger Sozialhilfeempfänger auf.

3.2.1 Problembelastungen aus der Sicht der Sozialräthäuser

Stark oder sehr stark belastet ist, so die Einschätzung der Experten aus den Sozialräthäusern, die Hälfte der Wohngebiete jeweils durch Gewalt in der Familie, Gewalt außerhalb der Familie, Jugendkriminalität, Integrationsprobleme/Nationalitätskonflikte, drohender Verlust der Wohnung, Überschuldung, Schulprobleme und Erziehungsprobleme. Gewalt innerhalb und außerhalb der Familie, Integrationsprobleme/Nationalitätskonflikte Suchtprobleme, psychische und familiäre Probleme sind in fast jedem der 13 Wohngebiete anzutreffen (siehe Tabelle 3.5). Zehn der 13 Wohngebiete haben in drei oder mehr der 14 Problembereiche eine „starke“ oder „sehr starke“ Belastung. Das liegt ungefähr auf dem Niveau der „alten“ Problem-Wohngebiete. Hier sind es 23 von 32.⁵³

⁵³ Wie die einzelnen „neuen“ Wohngebiete im Hinblick auf die Problembereiche eingeschätzt wurden, kann Anhang 8 entnommen werden.

Tabelle 3.5: Art und Ausmaß der Problembelastung in 13 neu benannten Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen. Einschätzung durch die Sozialräthäuser im Jahre 2000. Absolute Werte.

Ausmaß der Belastung	Gewalt innerhalb der Familie	Gewalt außerhalb der Familie	Vandalismus	Jugendkriminalität	Integrationsprobleme; Nationalitätskonflikte	Arbeitslosigkeit von Erwachsenen	Jugendarbeitslosigkeit	drohender Verlust der Wohnung	Überschuldung (ohne Mietrückstände)	Sucht	Schulprobleme	Erziehungshilfen	psychische Probleme	familiäre Probleme
spielt keine Rolle	0	1	2	1	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0
ist vorhanden	6	5	4	2	3	6	3	4	4	7	2	4	9	3
starke Belastung	6	7	3	4	5	2	4	3	6	4	9	5	2	5
sehr starke Belastung	1	0	2	2	3	3	1	3	0	0	2	4	2	5
Einschätzung nicht möglich/ keine Angabe	0	0	2	4	1	1	4	2	2	1	0	0	0	0

Die einzelnen Problembereiche sind in den 13 Wohngebieten unterschiedlich stark ausgeprägt. Unabhängig davon, wo die Belastungen liegen, soll hier der Frage nachgegangen werden, wie häufig „starke“ oder „sehr starke“ Belastungen in den 14 abgefragten Problembereichen vorkommen. Im Durchschnitt wurden in 7,2 der 14 Problembereiche „starke“ oder „sehr starke“ Belastungen angegeben (alte Gebiete: 6,7) Vergleichsweise geringe Problembelastungen wurden für die Heinrich-Lübke-Straße, die Raiffeisenstraße und die Edwards-Siedlung angegeben.

Tabelle 3.6: Häufigkeit „starker“ oder „sehr starker“ Belastungen in den verschiedenen Problembereichen in 13 neu benannten Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen

Nr.	Gebiet	Häufigkeit
121	Sandweg 1-41; Baumweg 1-42; Elkenbachstr. 16-40	5
221	Platensiedlung	8
222	Ginnheimer-Landstr. 160-176	9
321	Mainzer Landstr. 478-598	5
721	Mumm-von-Schwarzensteinstr., Werner-Bockelmannstr.	5
723	Lenzenbergstr., Pfortengartenweg	11
724	Dunantring, Schaumburgerstr.	10
726	Cheruskerweg	10
821	Heinrich-Lübke-Str. 2-64	2
922	Diethesheimerstr. 3, 7, 11 und ger. Hausnummern	13
923	Atzelbergstr.; Atzelbergplatz	9
924	Raiffeisenstr.	3
1121	Edwards-Siedlung	3

Im Jahre 2000 führte der Regionalrat Frankfurter Berg eine Bürgerumfrage durch. An dieser Umfrage beteiligten sich 324 Personen, von denen 18 % aus der Edwards-Siedlung (Gebiet 1121) stammten. Die Edwards-Siedlung erstreckt sich über den Stadtbezirk 492 (Frankfurter Berg) und 500 (Berkersheim). Die Befragten wohnten in beiden Stadtbezirken. Die Bürgerumfrage umfasste drei zentrale Themenbereiche: die Einschätzungen zur Wohnbevölkerung am Frankfurter Berg, die Einschätzungen des Quartiers Frankfurter Berg durch die Befragten und die Bewertung der und Anforderungen an die Infrastruktur des Frankfurter Bergs. Von den Befragten aus der Edwards-Siedlung würden immerhin 64,3 % „nochmal an den Frankfurter Berg ziehen“ (alle Befragten: 61,2 %) und 21,4 % nicht (alle Befragten: 22,3 %). Während von allen Befragten 35,5 % das Bedrohungspotential am Frankfurter Berg als hoch ein-

schätzten, waren es von den Befragten aus der Edwards-Siedlung nur 18,5 %. Die Befragten aus der Edwards-Siedlung gehen deutlich seltener davon aus, dass der Frankfurter Berg als sozialer Brennpunkt wahrgenommen wird (38,6 % gegenüber rd. 47 % bei Befragten aus anderen Wohngebieten). Der unterstellten negativen Wahrnehmung des Frankfurter Bergs durch Außenstehende steht gegenüber, dass 60 % aller Befragten den Frankfurter Berg selber als „naturnah und freundlich“ einschätzten. Als problematisch wird von vielen Befragten die „kulturelle Zusammensetzung“ der Bewohner des Frankfurter Bergs wahrgenommen (34,6 % der Befragten der Edwards-Siedlung und 36,8 % aller Befragten). Im Hinblick auf die Bewertung dieser Ergebnisse muss darauf hingewiesen werden, dass die absolute Zahl der Befragten aus der Edwards-Siedlung so gering war (58 Personen), dass Verallgemeinerungen auf alle Bewohner der Siedlung kaum möglich sind. Deshalb relativieren die Ergebnisse auch nicht die Einschätzung des Sozialrathauses, dass es sich bei der Edwards-Siedlung um ein Wohngebiet mit verdichteten sozialen Problemlagen handelt. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Sozialhilfequote hier um die Hälfte höher als in Frankfurt insgesamt liegt (9,3 % gegenüber 5,8 %).

Auch für die neuen Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen sollten die Sozialrathäuser die Merkmale bestimmen, die die Wohnsituation in besonderer Weise prägen (vgl. Tabelle 3.7). Während in einem Drittel der „alten“ Wohngebieten Hochhäuser wenigstens vorhanden waren, finden sie sich in den neu benannten Wohngebieten nur in einem Fall. Wenn es bei den neuen Wohngebieten überhaupt ein Merkmal gibt, dass die Wohnsituation prägt, dann ist es ein ungepflegtes Wohnumfeld und eine hohe Fluktuation. Alle anderen Merkmale tauchen nur bei einer Minderheit der neu benannten Wohngebiete auf.

Tabelle 3.7: Ausmaß, in dem bestimmte Merkmale die Wohnsituation in 13 neu benannten Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen prägen. Einschätzung durch die Sozialrathäuser im Jahre 2000. Absolute Werte.

Ausmaß der Belastung	nicht sanierte Altbauten	Hochhaussiedlung	hohe Abgas- oder Lärmbe-lästigung	Überbelegung	schlechte Ver-kehrsanbin-dung (Bus, Bahn)	schlechte Woh-nungsausstat-tung	ungepflegtes Wohnumfeld	hohe Flukтуа-tion
spielt keine Rolle	9	11	7	10	9	10	6	4
ist vorhanden	1	0	3	1	3	2	3	4
prägt stark	1	0	2	0	0	1	1	2
prägt sehr stark	0	1	1	0	1	0	3	2
Einschätzung nicht möglich/ keine Angabe	2	1	0	2	0	0	0	1

3.3 Soziale Benachteiligung in den zugehörigen Stadtbezirke

Lässt man das Wohngebiet 101 unberücksichtigt, dann liegen die 44 alten und neu von den Sozialrathäusern benannten Wohngebiete in 32 verschiedenen Stadtbezirken. Im Abschnitt 2.1 wurden 26 Stadtbezirke mit hohen bzw. sehr hohen Sozialhilfequoten und Arbeitslosendichten identifiziert. In 15 dieser 26 Stadtbezirke (58 %) gibt es ein oder mehrere Wohngebiete mit verdichteten Problemlagen. In den 85 Stadtbezirken mit niedrigeren Sozialhilfequoten und Arbeitslosendichten sind es 17 (20 %), in denen eines oder mehrere dieser Wohngebiete liegen. Die Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen befinden sich damit überdurchschnittlich häufig in Stadtbezirken mit hohen Ausprägungen der beiden Benachteiligungsmerkmale Sozialhilfequote und Arbeitslosendichte. Die durchschnittliche Sozialhilfequote beträgt in den 32 Stadtbezirken mit Problemgebiet 7,4 % und die Arbeitslosendichte 6,2 %, während in den Stadtbezirken ohne Problemgebiet die Sozialhilfequote im Durchschnitt bei 5,1 % und die Arbeitslosendichte bei 5,2 % liegt.⁵⁴ So hat zwar nicht jeder Stadtbezirk mit hohen Benachteiligungswerten ein oder mehrer Wohngebiet mit verdichteten sozialen Problemlagen, aber je höher die Benachteiligungsmerkmale Arbeitslosendichte und Sozialhilfequote in einem Stadtbezirk ausgeprägt sind, um so höher ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass man auf ein Wohngebiet mit verdichteten sozialen Problemlagen trifft.⁵⁵

3.4 Notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Situation aus Sicht der Sozialrathäuser

Die Sozialrathäuser wurden auch gebeten, die Maßnahmen zu benennen, die aus ihrer Sicht am besten geeignet sind, die Situation in den verschiedenen Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen zu verbessern. Es sollten die drei wichtigsten Maßnahmen genannt werden. Lässt man das Gebiet 101 unberücksichtigt, das nicht mehr als Problemgebiet eingestuft werden kann, dann liegen für 42 Wohngebiete (29 „alte“ und 13 „neue“) entsprechende Empfehlungen aus den Sozialrathäusern vor. Da es sich um eine offene Frage handelte, mussten die Antworten zu Kategorien zusammen gefasst werden. Es ergibt sich folgendes Bild:

⁵⁴ Deutliche Unterschiede gibt es ebenfalls bei der durchschnittlichen Wohnfläche je Einwohner. Sie beträgt in den Stadtbezirken mit Problemgebiet(en) 33,7 qm, während sie in den Stadtbezirken ohne Problemgebiet bei 36,4 qm liegt. Hierin kommt deutlich der höhere Anteil von jungen Menschen (und Familien) in diesen Stadtbezirken zum Ausdruck. Der Anteil von Personen unter 15 Jahren beträgt in den Stadtbezirken mit Problemgebiet(en) im Durchschnitt 14,4 %, während er in den Stadtbezirken ohne Problemgebiet lediglich bei 11,5 % liegt.

⁵⁵ Das Gebiet 1121 (Edwards-Siedlung) liegt teilweise im Stadtbezirk 492 (Frankfurter-Berg), der einen sehr hohen Benachteiligungswert hat, und teilweise im Stadtbezirk 500 (Berkersheim), der einen unterdurchschnittlichen Benachteiligungswert hat.

Tabelle 3.8: Maßnahmen, die aus der Sicht der Sozialrathäuser notwendig sind, um die Situation in 42 „alten“ und „neuen“ Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen zu verbessern. (Mehrfachnennungen möglich)

<i>vorgeschlagene Maßnahme</i>	<i>Häufigkeit</i>
Einrichtungen für Vorschulkinder (Krabbelstube, Kindergarten)	12
Einrichtungen für Kinder über 6 und Jugendliche (Hort, Kinderhaus, Jugendtreff)	9
Angebote für Kinder	13
Stadtteilsozialarbeit (Streetwork, Quartiersmanagement, Vernetzung)	20
Schulsozialarbeit	8
Durchmischung, andere Belegungspraxis	5
Sanierung, Verbesserung des Wohnumfeldes	5
Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten	3
sonstige Maßnahmen	14

Fasst man die Antworten weiter zusammen, dann zeigt sich, dass in 25 der 42 Wohngebiete empfohlen wird, die Angebote für Kinder oder Jugendliche auszubauen oder Einrichtungen für sie zu schaffen.⁵⁶ Der zweite große Block umfasst Maßnahmen, die mehr die Ausrichtung der Arbeit der Sozialrathäuser betreffen: In 20 der 42 Wohngebiete werden verstärkte, auf das jeweilige Wohnquartier bezogene sozialarbeiterische Aktivitäten empfohlen. Diese reichen vom Streetworker, über die aufsuchende Sozialarbeit bis hin zur Konfliktregulierung und zum Quartiersmanagement. Letzteres gibt es im Rahmen des Projekts „Soziale Stadt“ schon in den Wohngebieten 208 (Karl-Kirchner-Siedlung), 221 (Platen-Siedlung) 705 (Carl-Sonnenschein-Siedlung), 902 (Birsteiner Str. in Fechenheim), 1002 (Im Heisenrath/ Am Kiesberg), 1101, 1103 und 1104 (Wohnsiedlung am Bügel) (siehe Abschnitt 4.2).

Im Folgenden sollen die 15 der 45 „alten“ und „neuen“ Wohngebiete betrachtet werden, in denen die Einrichtung von institutionellen Angeboten für Kinder im Vorschulalter und/oder ältere Kinder vorgeschlagen wurde. Es handelt sich um Empfehlungen, die ggf. einen erheblichen Investitionsbedarf nach sich ziehen. Diese Empfehlungen werden zunächst im Rahmen der Kindertagesstätten-Entwicklungsplanung hinsichtlich ihrer Angemessenheit und Dringlichkeit bewertet, bevor die finanziellen Voraussetzungen ihrer Umsetzung geklärt werden.

⁵⁶ Zu beachten ist, dass z.T. Mehrfachnennungen vorliegen. Für einige Wohngebiete sind Einrichtungen *und* Angebote für Kinder gleichzeitig vorgeschlagen worden.

Tabelle 3.10: Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen, in denen von den Sozialrathäusern die Einrichtung von institutionellen Angeboten für Kinder im Vorschulalter und/oder ältere Kinder und Jugendliche empfohlen wurde. (0 = nein; 1 = ja)

Nr.	Gebiet	Empfehlung einer Einrichtung für Vorschulkinder (Kindergarten, Krabbelstube)	Empfehlung einer Einrichtung für ältere Kinder und/oder Jugendliche (Hort, Kinderhaus oder Jugendtreff)
203	An der Fischweide; Niederbornstr. Etc.	1	1
209	Julius-Brecht-Str. 1-6, 8; Berkersh. Weg 8; H.-Plett-Str. 1-2	1	0
221	Platensiedlung	0	1
302	Auf dem Schafberg 15-45	0	1
305	Ahornstr. 101-107, 104-130; Froschhäuser Str. 14-20	1	0
601	Mailänder Str. 10, 12, 14, 16; Tucholskystr. 77-93	1	1
721	Mumm-von-Schwarzensteinstr., Werner-Bockelmannstr.	1	1
723	Lenzenbergstr., Pfortengartenweg	1	1
821	Heinrich-Lübke-Str. 2-64	1	1
904	Meersburger Str. (ganz); Gründenseestr. 31-35	1	1
1001	Im Mainfeld 3-21	0	1
1002	Im Heisenrath 1-17 und 10-18; Am Kiesberg 5-11	1	0
1101	Homburger Landstr. 725, Th.-Thomas-Str.8	1	0
1103	Friedrich-Stampfer-Str. (ganz)	1	0
1104	Ben-Gurion-Ring 2-100A, 102-170, 172-186	1	0

Im Zusammenhang mit der Einführung des Rechtsanspruchs wurde für den Kindergartenbereich ein gesamtstädtisches Versorgungsziel von 85 % (stadtteilbezogen: 80 – 85 %) bezogen auf 4 Altersjahrgänge festgelegt. Für den Hortbereich gibt es seit Beginn der 90er Jahre einen gesamtstädtischen Orientierungswert von 30 % bezogen auf 6,5 Altersjahrgänge (Klassen 1 bis 6). Dieser Orientierungswert wird jedoch nicht schematisch für die Angebotsplanung auf Stadtteilebene zu Grunde gelegt. Vielmehr wird der kleinräumige Bedarf an Hortangeboten zusätzlich zur Zahl der Kinder auch aus der konkreten Nachfrage, aus bestimmten Merkmalen der Sozial- und Familienstruktur des Stadtteil und unter Berücksichtigung anderer Betreuungsangebote abgeleitet, so dass ein ungedeckter Bedarf auch bei einem rechnerisch überdurchschnittlichen Versorgungsgrad bestehen kann. Wenn im Folgenden Versorgungsquoten im Hortbereich berichtet werden, dann beziehen sich diese auf Kinder im Grundschulalter. Kleinräumige Versorgungsquoten werden für die Grundschulbezirke und für die Kita-Planungsbezirke, die in der Regel mehrere Schulbezirke umfassen, berechnet (Stand November

2000). Die Kita-Angebotsplanung orientiert sich damit an größeren Gebietseinheiten als den Stadtbezirken. Im Hinblick auf den Hortbereich ist außerdem zu beachten, dass viele Eltern das (kostenlose) Angebot eines Kinderhauses dem (kostenpflichtigen) Angebot eines Hortes vorziehen. Ursprünglich als reine freizeitpädagogische Einrichtungen geplant, bieten viele Kinderhäuser heute zusätzlich Mittagessen und Schulaufgabenbetreuung an und haben sich dem Angebot der Horte angenähert.

Betrachten wir diese Wohngebiete im Einzelnen:

- Gebiet 203 (Stadtbezirk 461, Eckenheim): Versorgungsgrad für Kindergartenkinder liegt im Einzugsbereich der Münzenbergschule bei nur 58 %. Hier wird das Versorgungsziel für Kindergartenkinder deutlich unterschritten. Im Hortbereich ist die Nachfrage größer als das Angebot. Durch Inbetriebnahme des Kita-Neubaus in der Gederner Straße wurden befristete Projekte abgelöst und dadurch das Kindergarten- und Hortangebot stabilisiert bzw. in geringem Umfang ausgebaut.
- Gebiet 209 (Stadtbezirk 492, Frankfurter-Berg): Die Einrichtung einer Krabbelstube ist geplant, so dass der hier angemeldete Bedarf künftig befriedigt werden wird. Darüber hinaus soll dort gleichfalls ein Jugendtreff geschaffen werden. Für die Versorgung der derzeit entstehenden Wohnungen ist der Neubau einer Kindertageseinrichtung (5 Gruppen) verbindlich geplant.
- Gebiet 221 (Stadtbezirk 441, Ginnheim): Gefordert werden hier vom Sozialrathaus Hortplätze. Mit dem Bau einer weiteren Kindertageseinrichtung in der Platenstraße (Baubeginn 12/2001) wird das wohnungsnahе Kita-Angebot noch einmal erweitert. Außerdem ist ein Jugendhaus geplant.
- 302 (Stadtbezirk 541, Griesheim): Hier werden vom Sozialrathaus Einrichtungen für Kinder und Jugendliche gefordert. Im Hortbereich besteht ein Versorgungsgrad von 23 % (Boehleschule), womit schon der Orientierungswert von 30 % nicht erreicht wird. Freizeitpädagogische Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sind im Stadtteil vorhanden
- 305 (Stadtbezirk 552, Griesheim): Die Errichtung einer Krabbelstube ist geplant, so dass der hier angemeldete Bedarf künftig befriedigt werden wird.
- 601 (Stadtbezirk 323, Sachsenhausen-Süd): Gefordert wird vom Sozialrathaus „Kinderbetreuung vor Ort. Diese Situation ist dadurch gekennzeichnet, dass im Bereich der Martin-Buber-Schule die Versorgung mit Kindergartenplätzen bei nur 61 % und die Hortplätzen bei 23 % liegt, während im Bereich der angrenzenden Willemerschule die Situation deut-

lich besser ist (Versorgungsquote Kindergarten: 128 %; Versorgungsquote Hort: 58 %). Die Situation kann eventuell durch die erfolgte Ausweitung des schulischen Betreuungsangebots an der Martin-Buber-Schule entschärft werden. Außerdem können etwas weiter entfernt liegende Betreuungseinrichtungen genutzt werden.

- 721 (Stadtbezirk 562, Nied): Ein Kinderhaus und Kindergartenplätze werden gefordert. In Nied gibt es ein Kinderhaus, so dass hier von einer Unterversorgung eigentlich nicht ausgegangen werden kann. Demgegenüber sind im Kindergartenbereich (Versorgungsgrad 57 %) und im Hortbereich (Versorgungsgrad 21 %) noch Lücken vorhanden. Wenn der Hortbereich ausgebaut werden sollte, muss überprüft werden, ob ein Bedarf nach einem Kinderhaus noch besteht, da viele Eltern das Kinderhaus als (kostenlose) Alternative zum Hort nutzen.
- 723 (Stadtbezirk 612, Zeislheim): Kinderhaus und Kindergartenplätze werden gefordert. Hier ist der Neubau eines Jugendhauses und einer Krabbelstube in konkreter Planung, so dass die Versorgungslücken bald geschlossen sein dürften.
- 821 (Stadtbezirk 422, Praunheim): Hier werden ausreichend Kita-Plätze gefordert. Die Versorgungsquote bei den Kindergartenkindern beträgt 58 %, die der Hortkinder 35 %, so dass insbesondere im Kindergartenbereich Verbesserungen notwendig sind. Konkrete Planungen hierfür gibt es z.Z. nicht. Demgegenüber wird es hier bald eine sog. Teenietreff (Altersgruppe 12-15) geben.
- 904 (Stadtbezirk 520, Fechenheim): Das Gebiet ist in das Projekt „Soziale Stadt“ aufgenommen worden. Empfohlen werden vom Sozialrathaus „ausreichende Betreuungsplätze“ oder ggf eine Ganztagschule. Für Kindergartenkinder liegt die Versorgungsquote bei 67 % und im Hortbereich bei 16 %. Hier besteht also ein objektiver Versorgungsbedarf. Für Fechenheim-Süd stehen inzwischen weitere 40 Hortplätze zur Verfügung. Der Bau einer weiteren Kindertageseinrichtung (4 Gruppen) ist in Planung.
- 1001 (Stadtbezirk 371, Niederrad): Hier wird vom Sozialrathaus eine Kinderkrippe empfohlen. Der Versorgungsgrad für die Kinder im Alter von einem bis unter drei Jahren liegt bei 21 %. Ein Bedarf ist also durchaus vorhanden. Planungen für eine Verbesserung der Versorgungssituation gibt es z.Z. nicht. Die Jugendhilfe- und Sozialplanung ist in Verbindung mit dem zuständigen Fachteam bemüht, Räumlichkeiten für ein entsprechendes Angebot zu finden.

- 1002 (Stadtbezirk 532 Schwanheim): Das Gebiet ist in das Projekt „Soziale Stadt“ aufgenommen worden. Das Sozialrathaus empfiehlt eine Kinderkrippe. Auch aufgrund des Versorgungsgrades von lediglich knapp 10 % in Schwanheim ist ein Bedarf zu erkennen. Planungen für eine entsprechende Einrichtung gibt es aber z.Z. nicht.
- 1101, 1103 und 1104 (Stadtbezirke 491 und 670, Bonames und Nieder-Eschbach): Hier wird eine Krabbelstube gefordert. Der Versorgungsgrad im Planungsbereich Bonames/Nieder-Eschbach, zu dem die drei Wohngebiete gehören, liegt bei 10 %. Ein Bedarf ist also durchaus vorhanden. Planungen für eine Verbesserung der Versorgungssituation gibt es z.Z. nicht.

Es zeigt sich damit, dass es für einen Teil der genannten Wohngebiete in absehbarer Zeit Verbesserungen geben wird: Die gewünschten Einrichtungen sind in Planung und stehen in absehbarer Zeit zur Verfügung.

4. Maßnahmen in Wohngebieten mit besonderem sozialem und baulichem Entwicklungsbedarf

Wohngebiete, die im Hinblick auf ihre Sozialstruktur, den baulichen Bestand, das Arbeitsplatzangebot, die soziale Infrastruktur und/oder die Verkehrssituation erhebliche Defizite aufweisen, sind besonders bedroht, sozial abgewertet zu werden und ins soziale Abseits zu geraten. Oftmals treffen hier, wie die vorangegangenen Analysen gezeigt haben, die Verlierergruppen des Strukturwandels und anderweitig Marginalisierte (Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Ausländer mit geringer Qualifikation, alte Menschen mit geringen Renten) aufeinander. Alteingesessene Bewohner fühlen sich in dieser Situation überfordert oder sogar im Stich gelassen. Die Folgen sind oft Resignation und soziale Konflikte bis hin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen unter den Bewohnern. In dieser Situation wandern diejenigen aus den betroffenen Wohngebieten ab, die es sich finanziell leisten können, der Konzentration von Problemen und sozialen Spannungen zu entfliehen.

Die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik reagierte auf diese Gefährdung und folgt hierbei der Leitidee der „Sozialen Stadt“.⁵⁷ Um die Teilhabemöglichkeiten der Bewohner zu sichern und eine weitere Abwertung von Wohnquartieren zu verhindern, werden vielerorts Maßnahmen zur Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation in Stadtgebieten mit besonderem sozialen und baulichen Entwicklungsbedarf durchgeführt. In Frankfurt am Main geschieht dies z.Z. in sieben Wohnquartieren. Eines dieser Stadterneuerungsprojekte (in Unterliederbach-Ost, Siedlung Engelsruhe) ist Teil des bundesweiten Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarfs - die soziale Stadt“, bei dem die Kosten anteilig von Bund, Ländern und Gemeinden getragen werden.⁵⁸ Die anderen werden in städtischer Eigenregie durchgeführt.

Unabhängig davon, ob diese Projekte nun im Rahmen des Bund-Länder-Programms oder im rein städtischen Programm angesiedelt sind, verfolgen sie doch das gemeinsame Ziel, der sozialen und räumlichen Polarisierung in der Stadt entgegenzuwirken. Hierzu sind verschiedene „Bausteine“ entwickelt worden, die es zu realisieren gilt:

- Aktivierung der Bewohnerschaft, Verbesserung der Bürgermitwirkung und des Stadtteilens;

⁵⁷ vgl. Hanesch, W.: Krise und Perspektiven der sozialen Stadt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 50/1996, S. 21-31; Häußermann, H.: Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 10-11/2000, S. 13-21;

⁵⁸ Informationen zum Bundesprogramm „Soziale Stadt“ finden sich im Internet unter: <http://www.soziale-stadt.de>.

- Stärkung der lokalen Wirtschaft; Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie Beschäftigungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene; Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der Bewohner;
- Verbesserung des sozialen und kulturellen Lebens;
- Städtebauliche Stabilisierung des Stadtteils, wobei der Sanierung des Wohnungsbestandes durch die Wohnungswirtschaft besondere Bedeutung zukommt;
- Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen.

4.1 Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ (Beitrag des Stadtplanungsamtes - 61.A31)

Mit der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS) ist ein Aktionsprogramm ins Leben gerufen worden, das eine nachhaltige Entwicklung in Stadtteilen mit besonderen sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Problemen unterstützen will. Ein Vorläufer hierzu war bereits die Initiative „Hessisches Projektnetz Wohngebiet- und Stadtteilmanagement“ (HEPNEST), die gegründet wurde, um an verschiedenen Standorten in Hessen modellhaft Programme zur Förderung tarifentlohnter Arbeit, Wohnungsmodernisierung, Wohnumfeldsanierung und Gemeinwesen zu verknüpfen.

Träger von HEGISS sind neben dem Land und den Kommunen die örtliche Wirtschaft, die Wohnungswirtschaft, die sozialen Träger, die Träger von Beschäftigungsmaßnahmen sowie die Bevölkerung im Stadtteil. Dabei gilt es, die Ressourcen und Mittel aus den verschiedenen Handlungsfeldern auf Landesebene als auch auf kommunaler Ebene zu bündeln und gezielt in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zum wirksamen Abbau von städtebaulichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und geschlechtsspezifischen Benachteiligungen einzusetzen.

Neben den investiven Maßnahmen der Stadterneuerung sollen gleichzeitig auch Maßnahmen und Projekte zur Verbesserung der Beschäftigung und der gesellschaftlichen Teilhabe der Bevölkerung sowie zur nachhaltigen Stabilisierung der sozialen Verhältnisse und des nachbarschaftlichen Zusammenlebens im Quartier unterstützt werden. Insbesondere gilt es, vorhandene Potenziale und ungenutzte Ressourcen im Stadtteil zu entdecken und zu fördern.

Einen Beitrag zur Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt leistet das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, an dem sich der Bund mit 1/3 der Kosten beteiligt, die übrigen 2/3 teilen sich das Land und die Kommu-

nen. Das Programm übernimmt dabei die Funktion eines Leitprogramms für die gesamte Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt sowie die Funktion des Investitionsprogramms für den Bereich der Stadterneuerung.

Als Leitprogramm dient es der Gesamtkoordination aller Maßnahmen und Akteure und folgt dabei den Prinzipien:

- Stadtteil als Aktionsraum
- Förderung der Gesamtmaßnahme
- Integration von sektoralen Handlungsfeldern im Sinne der Nachhaltigkeit (sozial-kulturell, ökonomisch, ökologisch)
- Einbindung der örtlichen Akteure und der Bürgerschaft.

Als Investitionsprogramm erfüllt das Programm Soziale Stadt wesentliche städtebauliche Aufgaben der Stadtteilentwicklung, insbesondere

- als Beitrag zur Beseitigung städtebaulich/baulicher Missstände und Mängel im Bereich des Wohnumfeldes, der Gebäude sowie bei Infrastruktur- und Ordnungsmaßnahmen,
- als Klammer für die Einbindung/Bündelung anderer Investitionsprogramme, z.B. durch Übernahme sanierungsbedingter Mehrkosten oder der Kosten für Vor- und Zwischenfinanzierung.

Die Förderung bedarf im Rahmen des bereitgestellten Bund-Länder-Programms nachdrücklich der Ergänzung und Unterstützung durch Bündelung aller für die Gebietsverbesserung in Betracht kommenden Ressourcen und Programme, insbesondere in den Bereichen Arbeits- und Ausbildungsförderung, Soziales, Jugend- und Sozialhilfe, Integration der zugewanderten Bevölkerung, Frauen, Sicherheit, Schule und Kultur, Wirtschaft und Umwelt, Wohnungsbau und Verkehr.

4.1.1. Das Quartier „Engelsruhe“

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.1998, § 3331 (M 180) wurde die Siedlung Engelsruhe als Gebiet „Einfache Stadterneuerung Frankfurt am Main – Unterliederbach-Ost“ förmlich festgelegt und mit Bescheid des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 22.03.1999 in das Landesprogramm Einfache Stadterneuerung aufgenommen. Auf städtischen Antrag hin wurde das Gebiet mit Bescheid des Mi-

nisteriums vom 13.12.1999 in das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ überführt.

Lage und Gebietsbeschreibung

Das Quartier „Engelsruhe“ liegt im Westen der Stadt Frankfurt am Main im östlichen Stadtbezirk (622) von Unterliederbach, unmittelbar südlich der Autobahn A 66 Frankfurt – Wiesbaden, an der Anschlussstelle Frankfurt – Höchst. Südlich an das Gebiet grenzt der Frankfurter Stadtteil Höchst an. Nördlich der A 66 beginnt die Gemarkung Sulzbach (Main-Taunus-Kreis) und das überregional bedeutsame Main-Taunus-Zentrum. Das Projektgebiet ist entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.1998 begrenzt durch die Königsteiner Straße im Westen, den Sossenheimer Weg im Süden, den Friedhof Höchst im Osten und die A66 im Norden. Es ist eine von zahlreichen Siedlungen, die um die Stadt Frankfurt am Main herum entstanden sind. Das Quartier umfasst eine Gebietsgröße von ca. 36 ha. Es liegt am Rande der freien Landschaft und ist insgesamt von großzügigen Freiflächen durchzogen.

Das Gebiet war bis zum Ende des zweiten Weltkrieges nur geringfügig bebaut mit Einfamilienhäusern entlang des Sossenheimer Weges und der Königsteiner Straße. In den 20er Jahren entstanden die Eigenheime zwischen Königsteiner Straße und Rondell, in den 30er Jahren die „Sozialsiedlungen“ im Alemannen- und Markomannenweg. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde im Osten des Gebietes am Teutonenweg eine Wohnsiedlung für amerikanische Besatzungsangehörige gebaut.

In den fünfziger und sechziger Jahren wurden von gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften weitere Gebäude in zeittypischer Zeilenbauweise errichtet, die das Gebiet im wesentlichen heute noch prägen. In den siebziger Jahren wurde die siebengeschossige Schallschutzbebauung entlang der Autobahn gebaut, die in dem Gebiet ein unverwechselbares Zeichen gesetzt hat. Nördlich der Autobahn entstand in den sechziger Jahren mit dem Main-Taunus-Zentrum das erste große Shopping-Center in Deutschland nach amerikanischem Muster, das ständig quantitativ und qualitativ ausgebaut wurde. Von diesem Einkaufszentrum wird das Gebiet weitgehend mitversorgt.

Der größte Teil der Wohnungen im Quartier befindet sich im Besitz von Wohnungsbaugesellschaften. Bei dem älteren Wohnungsbestand handelt sich meist um Klein- und Kleinstwohnungen, die in mancher Hinsicht dem heutigen Ausstattungsstandard nicht mehr gerecht werden.

Bevölkerungsstruktur

In der Engelsruhe leben ca. 3.300 Einwohner mit Hauptwohnsitz (Stand 31.12.1998), der Ausländeranteil im Quartier liegt bei 27 %. Die spezifische Arbeitslosendichte (Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung mit Hauptwohnung im erwerbsfähigen Alter) beträgt in Gesamt-Unterliederbach 7,1 % (Gesamtstadt: 6,7 %). Sie ist unter der ausländischen Bewohnerschaft mit 7,7 % etwas höher als bei den deutschen BewohnerInnen (6,9 %). Der Anteil an Langzeitarbeitslosen liegt mit 36,4 % über dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 33,3 %. Der Anteil an Sozialhilfeempfängern in Unterliederbach-Ost beträgt 9,8 % (Gesamtstadt: 6,2 %). Er ist bei den ausländischen BewohnernInnen mit 8,8 % etwas niedriger als der städtische Durchschnitt (9 %). Die Gruppe der Kinder bis unter 15 Jahre ist mit 15,2 % die am stärksten betroffene Bewohnerschaft, bei den deutschen Kindern bis unter 15 Jahre beträgt der Anteil sogar 18,8 %.

Problembeschreibung

- **Strukturwandel:** Wie viele Siedlungsgebiete im Westen Frankfurts hat sich Unterliederbach-Ost im Laufe seiner Entstehung zum reinen Wohnquartier entwickelt. Entscheidend für diese Entwicklungsrichtung war u.a. die Gründung der Farbwerke Höchst, die im Westen Frankfurts einen massiven Industrialisierungsschub auslöste, mit dem ein kontinuierlich steigender Bedarf an Arbeiterwohnungen einherging. Daher ist das Quartier vom Abbau der industriellen Arbeitsplätze durch den Strukturwandel stark betroffen. Seit 1987 nahm die Zahl der Beschäftigten der ehemaligen Hoechst AG, heute Aventis, von 27.000 auf 18.000 im Jahr 2000 ab.
- **veränderte Bevölkerungsstruktur:** Bedingt durch den Zuzug vieler nichtdeutscher BewohnerInnen und vieler sozialer Problemfamilien hat sich die Bevölkerungs- und Sozialstruktur in Unterliederbach-Ost in den letzten zehn Jahren erkennbar verändert. Es hat sich eine Gruppe der „Alteingesessenen“ und eine Gruppe der „Hinzugezogenen“ gebildet. Aufgrund der ethnischen Vielfalt und der unterschiedlichen Lebensmuster treten einerseits Konflikte auf, andererseits entsteht auch durch die Isolation einzelner BewohnerInnen und Bevölkerungsgruppen ein hohes Maß an Gleichgültigkeit. Weitere Konsequenz ist eine hohe Bewohnerfluktuation.
- **Arbeitslosigkeit:** Ein großes Belastungsmoment stellt die anhaltende Arbeitslosigkeit und die sich abzeichnenden Folgen von Resignation dar. Fortbildungs- bzw. Ausbil-

dungsmöglichkeiten werden nicht wahr genommen, die Perspektivlosigkeit führt zu Vernachlässigung von eigenen Strukturen, Zielsetzungen und einem geregelten Tagesablauf und hat schlechte Vorbildfunktion für die Kinder und Jugendlichen.

- **hoher Anteil an Kindern und Jugendlichen, sehr beengte Verhältnisse, fehlende berufliche Orientierung:** Im Stadtbezirk Unterliederbach-Ost leben überdurchschnittlich viele Kinder. Jedes siebte Kind lebte Ende 1999 von der Sozialhilfe. Die Befragung des Sozial- und Jugendamtes hat ergeben, dass die Situation vieler deutscher und nichtdeutscher Kinder und auch Jugendlicher gekennzeichnet ist durch beengte Wohnverhältnisse, viele Geschwister und vom Alltag überlastete Eltern. Zu den schwierigen Wohnverhältnissen kommt für viele Kinder die problematische Lebenssituation ihrer Eltern, bedingt durch Arbeitslosigkeit, Sozialhilfeabhängigkeit, Schuldenprobleme, Suchtprobleme, psychosoziale Defizite. Die Kinder müssen sehr früh Verantwortung übernehmen und bleiben mit ihren Problemen allein. Erschwerend für die nichtdeutschen Familien kommt hinzu, dass ihnen hier der Rahmen der Großfamilie fehlt. Zum Teil wirkt sich fehlende Unterstützung seitens der Eltern nachteilig auf die schulischen Leistungen der Kinder und Jugendlichen aus. Jugendarbeitslosigkeit ist die Folge. Im Rahmen der Ausbildungsvermittlung werden mangelhafte schulische Leistungen als Haupthindernis beobachtet.
- **hoher Anteil an älteren Bewohnern:** Im Erneuerungsgebiet leben überdurchschnittlich viele ältere Menschen, vor allem alleinstehende Frauen, über 75 Jahre. Diese leiden besonders darunter, dass im Gebiet Treff- und Einkaufsmöglichkeiten fehlen. Viele hiervon zählen zu der Gruppe der „Alteingesessenen“ und sind stark mit ihrem Wohnort verwurzelt. Hier kommt es oft zu Konflikten mit den anderen Quartiersbewohnern, insbesondere auch durch die vielfältigen kulturellen Unterschiede.⁵⁹
- **reines Wohnviertel, keine entsprechende Infrastruktur:** Die wenigen ursprünglich örtlichen Versorgungseinrichtungen sind im Zuge der Konzentration des Handels im Main-Taunus-Zentrum und im Zusammenhang mit der zunehmenden Verbreitung des Autos verschwunden. Sport- und Freizeitangebote vor Ort fehlen ebenso wie Aufenthalts- und Treffmöglichkeiten.
- **fehlende Vernetzung:** Städtebaulich betrachtet bestehen die Stadtteile einerseits aus einer nicht integrierten Addition von einzelnen Siedlungen, die geschlossen konzipiert wur-

⁵⁹ Der Anteil von Personen mittleren Alters an der Wohnbevölkerung ist im Quartier Engelsruhe unterdurchschnittlich. Ende 1998 lag der Anteil von Personen im Alter von 21 bis 59 Jahren mit 53,3 % um mehr als 6 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Wert für Frankfurt insgesamt (Anmerkung von Herbert Jacobs).

den und einheitlich bewirtschaftet werden, andererseits aus sukzessiv und gestalterisch unkoordiniert gewachsenem Gebiet individueller Einfamilienhäuser und Einzelparzellen. Diese Siedlungsteile sind untereinander und mit der Landschaft nur schwach vernetzt.

- **teilweise starke Mängel in der Bausubstanz:** Die Wohnungen im Bereich der älteren Siedlungsteile genügen den heutigen Wohnanforderungen nicht mehr. Der heutige Wohnungsbestand der AG Hellerhof im Bereich des Alemannen- und Markomannenweges bedarf einer grundlegenden Erneuerung, die bei dem schlechten bautechnischen Zustand der Häuser, den kleinen Wohnungsgrößen (37qm) und problematischen Grundrissorganisationen nicht wirtschaftlich ist. Hier ist ein Abbruch und Neubau - primär im sozialen Wohnungsbau - vorgesehen. Andere Bestände bedürfen einer grundlegenden Modernisierung mit einer Umgestaltung der Hauseingangsbereiche/Erdgeschosszonen und einer Aufwertung der wohnungs- und hausbezogenen Freiflächen.
- **Parkplatzdruck und Verkehrssituation:** Der öffentliche Raum der Straßen und Plätze ist von einer Zunahme der Autos, die in der heutigen Menge ursprünglich nicht abzusehen waren, geprägt und in seiner Aufenthaltsqualität eingeschränkt. Die Gestalt- und Aufenthaltsqualität müssen verbessert werden.
- **mangelhafte Grünflächengestaltung:** Die Siedlung ist quantitativ gut mit Grünflächen versorgt. Es fehlt jedoch vielerorts an Qualität und nutzungsspezifischen Zuordnungen - große Bereiche zwischen den Hauszeilen sind ungenutzt. Es fehlt an wohngebietsnahen Spiel- und Aufenthaltsflächen für unterschiedliche Altersgruppen, sowie an funktional eindeutig für bestimmte Nutzergruppen zugewiesenen Freiflächen, an Treffpunkten und Rückzugsbereichen für Jugendliche, Erwachsene und Senioren und an Flächen zur Deckung spezieller Bedürfnisse, z.B. für das Wochenendgrillen ausländischer BewohnerInnen. Darüber hinaus gibt es kaum Grünverbindungen zu den nahegelegenen Grünräumen.

Vorgehensweise / Stand des Projektes

Grundlage ist eine nachhaltige integrierte Stadtentwicklung. Sie ist gekennzeichnet durch eine Vorgehensweise, die die verschiedenen Ämter und Institutionen sowie alle Akteure vor Ort und die Bewohnerschaft gleichermaßen einbezieht und städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Aufgaben mit sozialen und arbeitsmarktpolitischen Effekten verbindet.

Als Instrumentarium wird ein integriertes Stadtteilentwicklungsprogramm erarbeitet, das ziel- und handlungsorientiert, ganzheitlich, offen und prozesshaft sein muss und sich durch eine

hohe Akzeptanz bei den beteiligten Akteuren auszeichnet. Dieses orientiert sich an folgenden Bausteinen:

- Aktivierung und Verbesserung der Chancengleichheit der BewohnerInnen, Verbesserung der Bürgermitwirkung und des Stadtteillebens
- Stärkung der lokalen Wirtschaft, Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie Beschäftigungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene, Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der BewohnerInnen
- Verbesserung des sozialen und kulturellen Lebens im Stadtteil
- Städtebauliche Stabilisierung und Entwicklung des Stadtteils
- Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen

Um einerseits diese verschiedenen Handlungsansätze effektiv miteinander verknüpfen und koordinieren und andererseits alle verfügbaren Ressourcen auf das Erneuerungsgebiet bündeln zu können, wurde für das Projektgebiet Unterliederbach-Engelsruhe eine fachübergreifende Projektgruppe unter Federführung des Stadtplanungsamtes gebildet. Diese setzt sich zusammen aus verschiedenen Dezernaten und Ämtern der Stadtverwaltung und anderen Institutionen, wie Jugend- und Sozialamt, Frauenreferat, Amt für multikulturelle Angelegenheiten, Amt für Wohnungswesen, Wirtschaftsförderung, den Vertretern der Wohnungswirtschaft vor Ort, sowie Caritas, LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V., Nassauischen Heimstätte GIP und Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen GmbH.

In der Projektgruppe wurden Arbeitsgruppen gebildet, die zu den o.g. Bausteinen jeweils ihren Fachbeitrag für das zu entwickelnde integrierte Stadtteilentwicklungsprogramm erarbeitet haben. Hierbei sind insbesondere die aktivierende Befragung des Jugend- und Sozialamtes und der Entwurf des städtebaulichen Rahmenplans zu nennen, die der Bewohnerschaft vor Ort im Rahmen einer Bürgeranhörung vorgestellt wurden. Daneben wurden von verschiedenen Akteuren bereits Einzelmaßnahmen und Projekte vorbereitet und zum Teil durchgeführt. Genannt seien hier beispielhaft die Einrichtung eines Jugendclubs, eines Bewohnertreffs und eines SeniorInnentreffs, der Aufbau einer Sozialen Kontakt- und Vermittlungsstelle und eines Hilfenetzes im Stadtteil sowie einer Service- und Kontaktstelle des Frauenreferates, verschiedene Festveranstaltungen sowie diverse Kursangebote, wie z.B. Alphabetisierungskurse, Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Frauen, Deutsch für den Beruf, etc.. In Vorbereitung befinden sich die Einrichtung eines Beratungsbüros vor Ort, der Schulwegsicherungs-

plan „bike im trend“, die Einrichtung eines Werkhofes/ Fahrradwerkstatt und einer Produktionsschule sowie der Neubau einer Kindertagesstätte.

Weiteres Vorgehen

Das Stadtteilentwicklungsprogramm wird der Stadtverordnetenversammlung und dem Ortsbeirat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Für dessen Weiterentwicklung und weitere Umsetzung bedarf es einer qualifizierten Projektsteuerung vor Ort. Die Projektsteuerung ist die lenkende Stelle der Kommune für das Quartier, angesiedelt zwischen einem Quartiersmanagement und den verschiedenen Fachstellen. Sie steuert den Erneuerungsprozess sowie die Bündelung aller Ressourcen. Aufgrund der Vielschichtigkeit und der komplexen Zusammenhänge ist beabsichtigt, diese Leistung extern zu vergeben. Daher wird zur Zeit ein entsprechendes Verhandlungsverfahren für die Auftragsvergabe vorbereitet. Eine EU-weite Veröffentlichung hierzu ist bereits erfolgt.

Grundlage für ein beteiligungsorientiertes Erneuerungsverfahren unter intensiver Einbeziehung der Bewohner ist eine umfassende Wahrnehmung und Vertretung der Quartiersinteressen. Hierbei ist die Einsetzung eines Quartiersmanagements als Motor, Initiator und Moderator der Bewohnerbeteiligung notwendig. Dieses ist Ansprechpartner, Vermittler und Berater der BewohnerInnen vor Ort in einem Stadtteilbüro. Diese Leistungen sollen, auch wegen möglicherweise auftretender Interessenskonflikte unabhängig von der Projektsteuerung, ebenfalls vergeben werden.

Angestrebt wird auch hier die Vergabe der Leistungen im Verhandlungsverfahren. Eine entsprechende EU-weite Bekanntmachung zur Eröffnung des Verhandlungsverfahren ist bereits erfolgt.

Zeitraumen

Der Förderzeitraum des Programms Soziale Stadt beträgt maximal zehn Jahre. Nach Ablauf des fünften Förderjahres ist dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung eine Zwischenbilanz vorzulegen. Von dem Ergebnis dieser Zwischenbilanz wird die Fortführung der Förderung bis zum maximalen Förderzeitraum abhängig gemacht.

4.1.2 Das Gallusviertel

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.03.2001, § 7990 (M 15) wurde das Gallusviertel förmlich als Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf im Sinne der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS) festgesetzt. Parallel hierzu wurde beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung ein Aufnahmeantrag für das Gallusviertel in das Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ gestellt, über den im November 2001 positiv entschieden wurde.

Lage und Gebietsbeschreibung

Das Gallusviertel liegt im westlichen Kernbereich der Stadt Frankfurt am Main und ist mit einer Gesamtfläche von 430 ha einer der größten Ortsteile und umfasst 7 Stadtbezirke. Es ist gekennzeichnet durch seine historisch gewachsene Lage zwischen den Eisenbahnflächen (Güterbahnhof im Norden, Hauptbahnhof im Süden), die den Stadtteil von den Entwicklungen des übrigen Stadtgebietes abriegeln. Das Projektgebiet ist begrenzt durch das Gleisvorfeld des Hauptbahnhofes im Süden, durch die Kleingartenanlage an der BAB 5 im Westen, durch die Anlagen des ehemaligen Hauptgüterbahnhofes im Norden und durch die Düsseldorfer Straße im Osten. Durch seine Lage und die daraus folgende Ansiedlung von Industrien im 19. Jahrhundert entwickelte sich das Gallusviertel zu einem eigenständigen Arbeiterstadtteil.

Die Baustruktur weist eine große Bandbreite auf. Sie reicht von Gründerzeitquartieren, Industrieflächen und -brachen, Siedlungen der 20er und 50er Jahre (Friedrich-Ebert-Siedlung, Siedlung Hellerhof), bis hin zu aktuellen Bebauungen aus den 90er Jahren. Ein Teil der Wohnungen befindet sich im Besitz von Wohnungsbaugesellschaften. Der Wohnungsbestand zeichnet sich durch einen hohen Anteil an kleinen Wohnungen mit einfacher Ausstattung und durch einen hohen Instandhaltungs- und Modernisierungsbedarf aus.

Bevölkerungsstruktur

Im Gallusviertel leben ca. 26.000 Einwohner (Stand 31.12.1998), der Ausländeranteil liegt bei 48,5 %. Zum Stichtag 30.06.1998 waren 2.093 BewohnerInnen des Gallusviertel arbeitslos gemeldet, davon 1.052 ausländische MitbürgerInnen (50,3%). 208 der Arbeitslosen waren unter 25 Jahre. Der Arbeiteranteil liegt bei den Arbeitslosen über 72%. 605 BewohnerInnen (28,9 %) sind von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Die spezifische Arbeitslosendichte liegt

bei 10,9 % (Gesamtstadt: 6,7 %). Der Anteil an Sozialhilfeempfängern liegt mit 2.385 bei 9,2 % (Gesamtstadt: 6,2 %). Er ist unter den ausländischen BewohnerInnen mit 8,6 % geringer als bei den deutschen MitbewohnerInnen mit 9,7 %.

Problembeschreibung

- **Strukturwandel:** Vom Strukturwandel und vom Abbau der industriellen Arbeitsplätze ist das Gallusviertel stärker als andere Stadtviertel betroffen. Allein zwischen 1970 und 1987 nahm die Zahl der Beschäftigten im industriellen Sektor um 2/3 von 25.000 auf 10.000 ab und ist seitdem nochmals schneller abgebaut worden.
- **Bevölkerungsstruktur, Arbeitermilieu:** Die Bewohnerstruktur des Gallusviertel ist deutlich vom gewachsenen Arbeitermilieu geprägt. Hinzu kommt ein wachsender Zustrom ausländischer BewohnerInnen. Beide Gruppen sind aufgrund ihrer Qualifikation auf gewerbliche Arbeitsplätze angewiesen und konkurrieren daher sehr stark miteinander. Verstärkt werden die Konflikte zusätzlich durch die ethnische Vielfalt und die unterschiedlichen Lebensmuster. Durch Isolation entsteht ein hohes Maß an Gleichgültigkeit in Bezug auf das Umfeld.
- **Arbeitslosigkeit:** Die erhöhte Arbeitslosigkeit im Gallusviertel (die höchste in den Frankfurter Stadtteilen) stellt ein großes Belastungsmoment dar. Sie ist gekennzeichnet durch einen hohen Anteil an gering qualifizierten, ausländischen Arbeitssuchenden, Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Resignation und Perspektivlosigkeit sind die Folgen.
- **hoher Anteil an Kindern und Jugendlichen, beengte Verhältnisse, fehlende berufliche Orientierung, erhöhte Jugendkriminalität:** Viele Kinder und Jugendliche im Gallusviertel sind von der Arbeitslosigkeit der Eltern betroffen und leben von der Sozialhilfe. Die Sozialhilfequote der Personen unter 18 betrug Ende 1999 26,7 % (Gesamtstadt: 11,2 %). Die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch. Die spezifische Arbeitslosendichte der 15 bis unter 25-jährigen Personen war im Gallusviertel mit 5,6 % mehr als anderthalb mal so hoch wie in Frankfurt am Main insgesamt. Die Quote der Fälle von Jugendgerichtshilfe lag 1999 mit 6,6 % leicht über dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 5,7 %.
- **Infrastruktur:** Es gibt kein ausgeprägtes, echtes Stadtteilzentrum. Der Stadtteil ist gekennzeichnet durch unzureichende Betreuungseinrichtungen für alle Bewohner- und Altersgruppen. Auch gibt es im gesamten Stadtteil keine weiterführende Schule.

- **Aufbrechung der isolierte Lage, Chancen und Gefahren:** Das Gallusviertel liegt isoliert zwischen den Gleisfeldern des Güter- und Hauptbahnhofes, die den Stadtteil von den Entwicklungen des übrigen Stadtgebietes abriegelt haben. Durch die Aufgabe des Hauptgüterbahnhofes und den Bau des geplanten Europaviertels in unmittelbarer Nähe ergeben sich Chancen, aber auch erhebliche Gefahren für die Stadtteilentwicklung.
- **teilweise starke Mängel in der Bausubstanz:** Der Wohnungsbestand zeichnet sich durch einen hohen Anteil an kleinen Wohnungen mit einfacher Ausstattung aus. Meist sind die Wohneinheiten aufgrund der geringen Wohnfläche und der wirtschaftlichen Situation der BewohnerInnen überdurchschnittlich belegt. In den Gründerzeitquartieren und in den Siedlungen liegt ein erhöhtes Maß an Instandhaltungs- und Modernisierungsrückstand vor.
- **Parkplatzdruck und Verkehrssituation:** Das Gallusviertel leidet besonders stark unter dem Verkehrsdruck einpendelnder Arbeitnehmer. Eine Reihe von Straßen und ganz besonders die Mainzer Landstraße sind für Fußgänger nur schwer zu überwinden und belasten die angrenzenden Wohnungen.
- **Mangelhafte Grünflächenversorgung:** Es herrscht ein ausgesprochenes Grünflächendefizit, was zusammen mit der hohen Verkehrsbelastung die klimatische Situation äußerst negativ beeinflusst. Spiel- und Aufenthaltsflächen für die unterschiedlichen Alters- und Nutzergruppen fehlen ebenso wie Verbindungen zu nahegelegenen Grünräumen.

Vorgehensweise / Stand des Projektes

Wie bereits in Unterliederbach-Ost im Gebiet „Engelsruhe“ soll auch im Gallusviertel mittels des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ eine nachhaltiger Stadtentwicklungsprozess eingeleitet werden. Entsprechend den Leitlinien der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt wird auch hier ein integriertes Stadtteilentwicklungsprogramm erarbeitet werden. Die Umsetzung kann in erster Linie nur in Kooperation mit den örtlichen Akteuren – BewohnerInnen, Gewerbetreibende, Grundeigentümer, Vertreter der Bahn, der Wohnungswirtschaft, der örtlichen Institutionen, Initiativen und Sozialen Träger – erfolgen.

Um die im Gebiet vorhandenen Kompetenzen und Potenziale entsprechend zu aktivieren und zu stärken und eine umfassende und projektbegleitende Bürgerbeteiligung frühzeitig sicherzustellen, wurde unter Federführung des Stadtplanungsamtes gemeinsam mit VertreterInnen verschiedener stadtteilbezogener Initiativgruppen ein Runder Tisch „Soziale Stadt – Gallus“

ins Leben gerufen. Hier finden sich die örtlichen Akteure, die Vertreter der Projektentwicklung und Grundstückseigentümer des benachbarten Europaviertels, sowie VertreterInnen verschiedener städtischer Ämter zusammen, um aktuelle Problemstellungen der Stadtteilentwicklung und die daraus abzuleitenden Maßnahmen gemeinsam zu erörtern.

Zur Unterstützung der Zusammenarbeit und zur Steuerung der Planung und Durchführung der Maßnahmen ist eine feste Organisationsstruktur vor Ort erforderlich. Hierzu ist ebenso wie für die Siedlung „Engelsruhe“ beabsichtigt, entsprechende Leistungen zur Projektsteuerung und zum Quartiersmanagement extern zu vergeben. Parallel hierzu werden bereits jetzt Sofortmaßnahmen aufgegriffen, die den Zielsetzungen des Programms entsprechen. Hierunter fallen

- bewohnerorientierte Modernisierung und Instandsetzung von Wohnhäusern in den Siedlungen entlang der Mainzer Landstraße bzw. im Stadtteil
- Instandsetzung von Fußwegen und Grünflächen in der Hellerhof- und Friedrich-Ebert-Siedlung
- Einrichtung eines Beratungs- und Informationsbüro im Stadtteil
- Maßnahmen im öffentlichen Raum, z.B. die Erneuerung des Gustavsburgplatzes mit Beteiligung von Jugendlichen aus dem Stadtteil.

4.1.3 Förderung des Wohnungsbaus und der Wohnumfeldverbesserung in anderen Wohnquartieren

Im städtischen Haushalt 2000/2001 wurden unter dem Titel „Soziale Stadt“ jeweils 10 Mio. DM Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus zweckgebunden für die Sanierung des Wohnungsbestandes und der Wohnumfeldverbesserung in Frankfurter Siedlungen bereitgestellt. Priorität haben dabei die Friedrich-Ebert-Siedlung, die Hellerhofsiedlung und die Siedlung Riederwald. Diese zweckgebundenen Wohnungsbaumittel sollen vorrangig in den festgelegten Gebieten „Soziale Stadt“ des Bund-Länder-Programms eingesetzt werden. Die Vergabekriterien für diese Mittel mit dem Titel „Soziale Stadt Frankfurt am Main. Förderungsgrundsätze zur Vergabe von Wohnungsbaumitteln zur Sanierung des Wohnungsbestandes und Wohnumfeldverbesserung“ hat der Magistrat der Stadt Frankfurt am 09.03.2001 beschlossen.

4.2 Das städtische Programm „Frankfurt – Soziale Stadt – neue Nachbarschaften“

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt hat Ende des Jahres 1999 den Beschluss gefasst, ein Projekt mit dem Titel „Frankfurt – Soziale Stadt – neue Nachbarschaften“ durchzuführen, und hierfür vier Millionen DM für einen Zeitraum von zwei Jahren zur Verfügung gestellt. Ziel dieses Programms ist es, die Wohn- und Lebenssituation in „Quartieren mit besonderem Entwicklungs- und Sanierungsbedarf“ durch eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Ziel ist es Stadtgebiete mit dichter Wohnbebauung mit überwiegendem Bestand an öffentlich geförderten Wohnraum unter Berücksichtigung der sozioökonomischen Zusammensetzung der Bewohnerschaft und ihrer sozialen Infrastruktur baulich und räumlich zu modernisieren, um ihre bewohnertragende zukünftige Entwicklung als sozialer Stadtraum sicherzustellen. Die Mittel dienen der Konzepterstellung für Projekte zur sozialen Stadterneuerung, zur Entwicklung der sozialen Infrastruktur und zur Integration von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem Bereich und der Begleitung des Gesamtverfahrens einschließlich der Implementierung und der Moderation von Projektsteuerungs-/Lenkungsgruppen. Hierbei soll die vorhandene Infrastruktur im Hinblick auf den aktuellen und den zukünftigen Bedarf überprüft werden. Im Rahmen des Programms sollen zur Stabilisierung der Wohn- und Lebenssituation in den Wohnquartieren mit den dort Wohnenden zusammen Konzepte entwickelt und realisiert werden, die zufriedenes Wohnen und gute nachbarschaftliche Beziehungen ermöglichen, stärken und zukunftsfest machen. Hierbei sollen die Bewohner selbst Akteure der Quartiersentwicklung werden. Deshalb kommt der Förderung der Kommunikation im Quartier zwischen der Bewohnerschaft und allen anderen Akteuren besondere Bedeutung zu. Die Aktivierung der Bewohnerschaft und die Stärkung von Selbsthilfepotentialen werden durch Quartiersmanager unterstützt. Für jedes Quartier wird mit einem Träger der Freien Wohlfahrtspflege ein Vertrag über die Durchführung eines Quartiersmanagements geschlossen. Schon bislang sind die Träger der Sozial- und Jugendhilfe seit Jahren in gefährdeten Stadtteilen tätig und haben Kenntnis von den sozialräumlichen Strukturen und Prozessen vor Ort. Das Quartiersmanagement stellt eine Weiterentwicklung dieser klassischen Methode der Sozialarbeit dar.

Für das Programm wurden in einem ersten Schritt Wohnquartiere in vier Frankfurter Ortsteilen ausgewählt (s.u.). Im Juni 2000 wurden mit vier Trägern der Freien Wohlfahrtspflege Verträge über die Durchführung des Quartiersmanagement geschlossen. Bei der Auswahl der Träger wurde das Prinzip verfolgt, dass diese nicht schon Träger einer wichtigen Einrichtung

in dem betreffenden Wohnquartier sein durften.⁶⁰ Die Träger verpflichteten sich mit dem Vertrag, einen Quartiersmanager einzustellen und vor Ort ein niedrighschwelliges Informations- und Beratungsbüro mit regelmäßigen Öffnungszeiten einzurichten.

Die Aufgaben der Quartiersmanager beinhalten u.a.

- die Aktivierung und Stärkung der im Stadtteil vorhandenen Kompetenzen und Potenziale;
- die Verbesserung der Kommunikation der Bewohner im Sinne positiver Nachbarschaft;
- die Schaffung selbsttragender Bewohnerorganisationen und nachbarschaftlicher Hilfen;
- die Initiierung von Aktivitäten zur Verbesserung der individuellen und familiären Wohnsituation;
- die enge Kooperation mit Bewohnern, Wohnungsbaugesellschaften, Gewerbetreibenden und städtischen Ämtern.

Die Tätigkeit der Quartiersmanager in den benannten Wohngebieten wurde mit Vertragsbeginn aufgenommen. Innerhalb von sechs Monaten sollte ein mit den Bewohnern und anderen Akteuren vor Ort abgestimmtes Rahmen- oder Handlungskonzept vorgelegt werden.

Im Rahmen des Projekts wurde auch ein Nachbarschaftspreis ausgeschrieben, mit dem jährlich das Engagement von Bewohnerinitiativen ausgezeichnet werden soll. Teilnahmeberechtigt sind Gruppen und Einzelpersonen, die sich für ihr Wohngebiet und ihre Nachbarschaft engagieren. Der Wettbewerb wurde in zwei Kategorien ausgeschrieben. Kategorie 1 richtet sich an bereits bestehende Gruppen- und Einzelinitiativen, die bereits seit Längerem bestehen und positive Entwicklungen nachweisen können. Kategorie 2 richtet sich an Gruppenaktivitäten oder -initiativen, die sich in Planung und im Aufbau befinden. Die Preissumme umfasst 5.000 DM. Im Februar 2001 wurden erstmals verschiedene Initiativen und Aktivitäten ausgezeichnet. Die Preisverleihung erfolgte im Rahmen einer Feierstunde im Römer.

⁶⁰ Für die Carl-Sonnenschein-Siedlung wurde mit der Arbeiterwohlfahrt Frankfurt e.V. ein Vertrag über die Durchführung eines Quartiersmanagements geschlossen, für das Wohngebiet Im Heisenrath/Am Kiesberg mit dem Internationalen Bund, für die Karl-Kirchner-Siedlung mit dem Diakonischen Werk Frankfurt am Main im Evangelischen Regionalverband und für die Wohngebiete in Fechenheim mit dem Caritasverband Frankfurt e.V.

4.2.1 Sozialstrukturelle Merkmale der ausgewählten Wohngebiete

Für dieses Projekt wurden zunächst Wohngebiete in vier Ortsteilen ausgewählt. Es handelt sich um drei mehr oder weniger geschlossene Wohngebiete in den Stadtteilen Sossenheim (Carl-Sonnenschein-Siedlung), Goldstein (Im Heisenrath/Am Kiesberg) und Preungesheim (Karl-Kirchner-Siedlung) und vier Quartiere in Fechenheim-Nord und -Süd. Von den Wohnquartieren in Fechenheim liegen drei in Fechenheim-Süd (Konstanzer, Bregenzer, Mersburger und einige angrenzende Straßen) und eines in Fechenheim-Nord (Teile der Wächtersbacher und der Birsteiner Straße). Auch wenn die genauen Grenzen sich nicht decken, so handelt es sich doch um Wohngebiete, die schon in der 1997 veröffentlichten Sozialraumanalyse als Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen beschrieben wurden.⁶¹ Bei der Auswahl für das städtische Programm spielten die in der Sozialraumanalyse von 1997 nicht berücksichtigte bauliche Situation in den Quartieren und die Bereitschaft der Wohnungsbaunternehmen zur Sanierung der Siedlungen eine wichtige Rolle.

Im Jahre 2001 sind zwei weitere Wohnquartiere hinzugekommen. Es handelt sich zum einen um die Wohnsiedlung Am Bügel (Bonames/Nieder-Eschbach) und die ehemalige Platen-Siedlung (Ginnheim). Aus dem Wohngebiet Am Bügel sind schon in der alten Sozialraumanalyse verschiedene Straßen als Problemgebiete benannt worden. Die Platen-Siedlung wurde bei der Umfrage bei den Sozialrathäusern als neues Problemgebiet benannt.

Die folgende Darstellung beschränkt sich auf die vier im Jahre 2000 ins Projekt „Frankfurt - Soziale Stadt - Neue Nachbarschaften“ aufgenommenen Wohngebiete. In diesen Gebieten arbeiten bereits Quartiersmanager. Zu den Aufgaben der Freien Träger, die das Quartiersmanagement übernommen haben, gehört eine detaillierte Quartiersbeschreibung, in deren Rahmen auch jeweils Experten- und Bewohnerbefragungen durchgeführt worden sind.

In den Wohngebieten konzentrieren sich bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Kinder, Ausländer oder Sozialhilfeempfänger, wie Tabelle 4.1 zeigt. Der Ausländeranteil, die Sozialhilfequote aller Einwohner und die Sozialhilfequote der Kinder bis 13 Jahre liegt in allen vier Gebieten deutlich über dem Frankfurter Durchschnitt. Innerhalb der Stadtbezirke, zu denen sie gehören, stellen die ausgewählten Wohnquartiere Gebiete mit deutlicher Problemverdichtung dar. In Abschnitt 2.4 wurden die Stadtbezirke nach Ähnlichkeit in vier Gruppen eingeteilt. Die vier ausgewählten Gebiete liegen (wegen der Gebiete in Fechenheim-Nord und -Süd) in

⁶¹ Es handelte sich damals um die Wohngebiete mit den Nummern 207 (in Preungesheim), 705 (in Sossenheim), 902, 903, 904 (in Fechenheim) und 1002 (in Goldstein).

fünf Stadtbezirken (470, 510, 520, 532 und 632). Ein Blick auf die in Anhang 1 aufgeführten sozialstrukturellen Merkmale dieser Stadtbezirke zeigt, dass sich die für das Projekt Soziale Stadt ausgewählten Gebiete von den Stadtbezirken, in denen sie liegen, unterscheiden. Während im Stadtbezirk 532 (Goldstein-West) die Sozialhilfeempfängerquote mit 6,4 % nahe am städtischen Durchschnitt liegt, sind es im Wohngebiet Im Heisenrath / Am Kiesberg 15,7 %.

Tabelle 4.1: Sozialstrukturelle Merkmale der vier im Jahre 2000 ins Projekt „Frankfurt - Soziale Stadt - Neue Nachbarschaften“ aufgenommenen Wohngebiete Ende 1999

	Fechenheim (alle vier Gebiete)	Im Heisenrath/ Am Kiesberg	Karl-Kirchner- Siedlung	Carl-Sonnen- schein-Sied- lung	Frankfurt am Main insge- samt
Einwohner*	3.789	1.417	3.346	2.396	620.791
Ausländer*	1.755	672	1.149	975	179.961
Einwohner 0- 13 Jahre*	774	336	507	467	74.978
Sozialhilfe- empfänger ins- gesamt	458	222	519	208	37.789
Sozialhilfe- empfänger 0- 13 Jahre	144	58	114	63	9.448
<i>Ausländerquote</i>	<i>46,3</i>	<i>47,4</i>	<i>34,3</i>	<i>40,7</i>	<i>29,0</i>
<i>Quote Einwoh- ner 0-13 Jahre</i>	<i>20,4</i>	<i>23,7</i>	<i>15,2</i>	<i>19,5</i>	<i>12,1</i>
<i>Sozialhilfe- quote alle Ein- wohner</i>	<i>12,1</i>	<i>15,7</i>	<i>15,5</i>	<i>8,7</i>	<i>6,1</i>
<i>Sozialhilfe- quote 0-13 Jahre</i>	<i>18,6</i>	<i>17,3</i>	<i>22,5</i>	<i>13,5</i>	<i>12,6</i>

* nur Personen mit Hauptwohnsitz in Frankfurt am Main

Ähnlich extrem sind die Relationen zwischen den anderen Wohngebieten und den Stadtbezirken, in denen sie liegen. Da die Wohngebiete aber in die Quoten der Stadtbezirke mit eingehen, heißt dies, dass die bezeichneten Wohngebiete in ganz besonderer Weise zu den hohen Sozialhilfequoten in ihren Stadtbezirken beitragen und dass die Sozialhilfequoten in den Teilen der betrachteten Stadtbezirke, die nicht zu den ausgewählten Wohngebieten des Projekts

„Soziale Stadt“ gehören, deutlich unter dem Durchschnittswert liegen müssen, der für den jeweiligen Stadtbezirk ausgewiesen wurde. Die ausgewählten Quartiere stellen also deutlich identifizierbare „Inseln der Benachteiligung“ in Stadtbezirken dar, die (bis auf den Stadtbezirk 632) an sich schon durch überdurchschnittliche Sozialhilfequoten gekennzeichnet sind. Eine Sonderstellung nimmt das Wohngebiet „Im Heisenrath/Am Kiesberg“ ein. Während hier die Sozialhilfequote fast dreimal so hoch ist wie im gesamtstädtischen Durchschnitt, weicht die Sozialhilfequote im zugehörigen Stadtbezirk 532 nur leicht vom städtischen Durchschnitt ab.

4.2.2 Problemwahrnehmung durch Experten und Bewohner

Im Folgenden sollen anhand der Karl-Kirchner-Siedlung und des Wohngebietes „Im Heisenrath/ Am Kiesberg“ die besonderen Probleme der Quartiere aufgezeigt werden, die für das Projekt „Soziale Stadt“ ausgewählt worden sind. Die folgenden Ausführungen stützen sich hierbei u.a. auf Ausarbeitungen, die im Rahmen des Projekts Soziale Stadt von den für das Quartiersmanagement zuständigen Kooperationspartnern in Auftrag gegeben oder selbst erstellt wurden und auf die Problemsicht von Bewohnern und Mitarbeitern von Einrichtungen, die im Wohngebiet tätig sind (Experten).⁶²

Beispiel 1: Die Karl-Kirchner-Siedlung

Das für das Projekt „Soziale-Stadt“ ausgesuchte Gebiet geht über die engere Karl-Kirchner-Siedlung hinaus und umfasst außer der Jaspert- und der Wegscheidestraße die Obere Kreuzäckerstraße und die an die Karl-Kirchner-Siedlung anschließenden Bereiche der Weilbrunnstraße und der Homburger Landstraße. Jaspert- und Wegscheidestraße waren schon in der ersten Sozialraumanalyse als Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen identifiziert worden. Die Karl-Kirchner-Siedlung ist eine Siedlung des sozialen Wohnungsbaus und in den 60er Jahren gebaut worden. Die Wohnhäuser sind meist viergeschossig. Es gibt aber auch zwei Hochhäuser. Alle Wohnungen im engeren Bereich der Karl-Kirchner-Siedlung gehören der Wohnheim GmbH. In der Jaspert-, der Wegscheid- und der Weil-

⁶² vgl. Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung Dr. Ulla Kleemann/ Dr. Wiltrud Merz/ Doris Jindra-Süss: Frankfurt - Soziale Stadt. Karl-Kirchner-Siedlung (Stadtteil Preungesheim). Vorbereitende Untersuchung im Auftrag des Diakonischen Werkes für Frankfurt am Main im Evangelischen Regionalverband. Frankfurt am Main, im Januar 2001; dies.: Frankfurt - Soziale Stadt. Wohngebiet „Im Heisenrath / Am Kiesberg“ (Stadtteil Schwanheim) Befragung von Bewohnerinnen und Bewohnern im Auftrag des Internationalen Bundes Frankfurt am Main. Frankfurt am Main, im Januar 2001; Internationaler Bund (IB), Frankfurt unter Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung: Frankfurt „Soziale Stadt -neue Nachbarschaften“. Handlungskonzept „Im Heisenrath / Am Kiesberg“. o.J.

brunnstraße 10-12 sind das 1.156 Wohnungen. Zu diesen 1.156 Wohnungen gehören auch 44 Appartements in einem Männerwohnheim (Jaspertstraße 9). Hinzu kommen 81 Wohnungen in einer Altenwohnanlage (Jaspertstraße 11). Die Wohnungen haben bis zu fünf Zimmer. Ein Teil der Wohnungen ist saniert. Bei einem anderen Teil geschieht dies gerade. Es gibt allerdings auch noch nicht sanierte Wohnungen, in denen die Bewohner gezwungen sind, mit Einzelöfen zu heizen. Die Mieten liegen zwischen 5,71 DM pro Quadratmeter für nicht sanierte und 11,16 DM pro Quadratmeter für sanierte Wohnungen. Der äußeren Teilung des Wohngebietes in sanierte und noch nicht sanierte Häuser korrespondiert mit einer Einteilung der Bewohner. Diese teilen das Gebiet in zwei Bereiche ein und berichten, dass in dem einen Teil die „Besseren“ und in dem anderen Teil die „Schlechteren“ wohnen.

Die Anteile jüngerer und ausländischer Bewohner sind in der Karl-Kirchner-Siedlung höher als in der Gesamtstadt. Ende 1999 betrug die Arbeitslosendichte im Stadtbezirk 470, zu dem die Karl-Kirchner-Siedlung gehört, 8,8 %. In der Karl-Kirchner-Siedlung dürfte sie noch höher gelegen haben. Besonders die Jugendarbeitslosigkeit wird von Mitarbeitern von Einrichtungen in der Karl-Kirchner-Siedlung, die um ihre Einschätzung der Situation im Wohngebiet gebeten wurden, als besonders ausgeprägt wahrgenommen. Die Sozialhilfequote ist, wie oben schon erwähnt wurde, mit 15,5 % am Jahresende 1999 fast dreimal so hoch wie in Frankfurt am Main insgesamt. Fast jedes vierte Kind unter 14 Jahren lebt hier von Sozialhilfe.

Im Rahmen des Projekts „Soziale Stadt“ wurden die Quartiersmanager und die für die wissenschaftliche Begleitung Zuständigen gebeten, einen Fragebogen zu beantworten, der dieselben Fragen umfasst wie die Fragebögen, die im Rahmen der Fortschreibung der Sozialraumanalyse vom Jugend- und Sozialamt an die Sozialrathäuser, Stadtteilarbeitskreise und Regionalräte verschickt worden waren. Eine weitere Frage bezog sich auf Probleme, die die jeweiligen Wohngebiete besonders belasten. Wie die befragten Einrichtungen und der Quartiersmanager die Situation in der Karl-Kirchner-Siedlung einschätzen, zeigt Tabelle 4.2.

Die Tabelle 4.2 zeigt zum einen eine hohe Übereinstimmung zwischen den Einschätzungen der Quartiersmanagerin und den ebenfalls um ihre Einschätzung gebetenen Einrichtungen und zum anderen in vielen Dimensionen hohe bis sehr hohe Belastungen. Lediglich bei der Einschätzung des Ausmaßes der Jugendkriminalität gibt es deutlichere Differenzen. In fast allen hier erfassten Dimensionen liegt, hier stimmen die verschiedenen Einschätzungen der Quartiersmanagerin und der befragten Mitarbeiter von Einrichtungen überein, eine „starke“ bis „sehr starke Belastung“ vor. Diese eher negativen Einschätzungen finden sich auch in den Er-

gebnissen einer ebenfalls durchgeführten Bewohnerbefragung wieder. Im Rahmen dieser Befragung wurden 32 Personen um Auskunft gebeten.

Tabelle 4.2: Probleme, die die Karl Kirchner-Siedlung belasten. Einschätzung durch Mitarbeiter von Einrichtungen im Wohngebiet.

	Einschätzung durch die Quartiersmanagerin	Einschätzung durch Mitarbeiter von Einrichtungen im Wohngebiet (arithmetisches Mittel)
Gewalt innerhalb der Familie	2-3	1,9
Gewalt außerhalb der Familie	2	1,9
Vandalismus	2	2,1
Jugendkriminalität	1	1,9
Integrationsprobleme; Nationalitätskonflikte	2	1,9
Arbeitslosigkeit von Erwachsenen	2	2,4
Jugendarbeitslosigkeit	3	2,7
drohender Verlust der Wohnung	0	0,6
Überschuldung (ohne Mietrückstände)	2	1,9
Sucht	3	2,3
Schulprobleme	2	2,4
Erziehungshilfen	3	2,0
psychische Probleme	2	2,1
familiäre Probleme	3	2,4
Sonstige Probleme:	Bandenkriminalität	Verständigungsproblematik Verwahrlosung Bandenkriminalität Leben im Getto
Der folgende Schlüssel sollte verwendet werden: 0 = nicht vorhanden/spielt keine Rolle; 1 = ist vorhanden; 2= starke Belastung; 3 = sehr starke Belastung; X = eine Einschätzung ist nicht möglich		

Sind die Mietpreise auch niedrig bis moderat, so beklagen Bewohner, die um Auskunft über ihre Wohnsituation gebeten wurden, in den nicht sanierten Wohnungen Mängel wie undichte Fenster, das Fehlen einer Zentralheizung und den schlechten Zustand der Balkone. Bewohner der beiden Hochhäuser berichten, dass die Fahrstühle häufig ausfallen. Unzufrieden waren

viele Befragte damit, dass andere Bewohner Müll herumliegen lassen, mit dem insgesamt ungepflegten Erscheinungsbild der Häuser. Insbesondere die Treppenhäuser wurden als verreckt beschrieben. Diese Urteile werden auch durch die Einschätzung des Quartiersmanagerin bestätigt (Tabelle 4.3). Negativ sind auch die hohe Fluktuation und die schlechte Anbindung an den ÖPNV. Allerdings weisen die Antworten des Quartiersmanagers auch auf Vorteile der Karl-Kirchner-Siedlung hin, insbesondere die geringe Belastung durch Verkehrsemissionen.

Tabelle 4.3: Merkmale, die die Wohnsituation der Karl-Kirchner-Siedlung prägen. Einschätzung des Quartiersmanagers

nicht sanierte Altbauten	2
Hochhausbebauung	1
hohe Abgasbelastung	0
Überbelegung	0
schlechte Verkehrsanbindung (Bus, Bahn)	1 (abends)
schlechte Wohnungsausstattung	2
ungepflegtes Wohnumfeld	2-3
hohe Fluktuation	2
sonstige Merkmale	Lärmbelästigung innerhalb der Wohnhäuser
Der folgende Schlüssel sollte verwendet werden:	
0 = nicht vorhanden/spielt keine Rolle;	
1 = ist vorhanden; 2= starke Belastung;	
3 = sehr starke Belastung;	
X = eine Einschätzung ist nicht möglich	

Die befragten Mitarbeiter der Einrichtungen sehen die Karl-Kirchner-Siedlung als ein räumliches und soziales Getto mit Clanstrukturen und eigener Subkultur. Wer nicht dazu gehört, zieht weg oder ist unzufrieden. Dazu gehörig fühlten sich, so die Einschätzung der befragten Experten, Personen, die als klassische Bewohnerschaft von sog. „sozialen Brennpunkten“ wahrgenommen werden. Dieser Personenkreis ist gekennzeichnet durch eine Versorgungshaltung und die Unfähigkeit zur Einbindung in Arbeitsstrukturen. Viele ausländische, aber auch deutsche Eltern und Kinder beherrschen die deutsche Sprache nur unzureichend. Auch gibt es, so die befragten Mitarbeiter, kaum Vorstellungen darüber, was denn eine angemessene

sene Erziehung ist.⁶³ Das Aggressionspotential ist hoch. Zwischen einzelnen Bewohnergruppen gibt es Sprach- und Kommunikationsprobleme und soziale Vorurteile. Als größtes Problem wird die Jugendarbeitslosigkeit angesehen. Wenn es denn eine amtliche Jugendarbeitslosigkeitsquote für die Wohnsiedlung gäbe, wäre sie nicht realistisch, da viele Jugendliche erst gar nicht zum Arbeitsamt gehen.

Diese Sicht der Dinge wird im Großen und Ganzen durch die Ergebnisse der Bewohnerbefragung bestätigt. Die Bewohner betrachten den herumliegenden Müll als Zeichen der Verslumung ihres Wohngebietes. Hinzu kommen Vandalismus, der öffentliche Konsum von Alkohol, Kriminalität und Drogen und rücksichtsloses Verhalten von Einzelnen oder Gruppen von Erwachsenen und Jugendlichen. Bei einigen Bewohnern ist eine resignative Grundstimmung wahrzunehmen („Hier lässt sich nichts ändern“). Freilich gibt es auch viele positive Aspekte des Lebens in der Karl-Kirchner-Siedlung, auf die die befragten Bewohner hinweisen. Über vier Fünftel der befragten Bewohner sagten, dass es gegenseitige Hilfen und Gefälligkeiten gibt, d.h. dass das Sich-gegenseitig-Helfen in der Siedlung eine Selbstverständlichkeit zu sein scheint. Die Verbundenheit der Bewohner mit ihrem Wohngebiet ist groß.

Verbesserungen der Wohnsituation versprechen sich die befragten Mitarbeiter von Einrichtungen von folgenden Maßnahmen (in Klammern die Häufigkeit der Nennung und der Wortlaut der Antworten):

- Verbesserung des Sportangebotes (6) (genannt wurden z.B. Vereinsgründungen, betreute sportliche Freizeitaktivitäten, Schaffung von Sportstätten, Fußballplatz);
- Initiierung von Selbsthilfe (5) (genannt wurden z.B. Einbeziehung der Bewohner in Entscheidungen, Bürgerinitiative zur Verschönerung der Siedlung, Bau eines halboffenen Treffs für Jugendliche);
- Angebote an funktionierender Jugendarbeit (5);
- Verbesserung der Infrastruktur (5) (z.B. Ärzte, Geschäfte, direkte Verkehrsanbindung zur Stadt);
- Verbesserung beruflicher Perspektiven und Beschäftigungsprojekte, Beratung durch das Arbeitsamt im Wohngebiet (4);
- Erweiterung der Beratungsangebote (3) (z.B. für ältere Menschen, zum Abbau von Aggressionen);

⁶³ Vermutlich haben diese Eltern sehr wohl Vorstellungen darüber, was eine „angemessene Erziehung“ ist. Diese Vorstellungen decken sich aber nicht mit denen der befragten Experten.

- Ganztagschulen (2);
- Alphabetisierungskampagne für junge Mütter (1);
- Einschaltung der Mütter ins Geschehen (1);
- Vorschulische Förderung (1);
- Wohnungssanierung (1);
- Anhebung der Mieterstruktur durch politische Entscheidungen (1).

Die genannten Maßnahmen gehen das Problem des Mülls, das von den Einwohnern als bedeutsam empfunden und Zeichen der Verslumung gedeutet wird, höchstens indirekt an. Vielleicht steckt dahinter die Annahme, dass die Bewohner um so pfleglicher mit ihrem Wohnumfeld umgehen, je wirksamer die Maßnahmen zur sozialen Stabilisierung sind. Ob die befragten Mitarbeiter von Einrichtungen dies tatsächlich so sehen, muss offen bleiben.

Beispiel 2: Das Wohngebiet „Im Heisenrath / Am Kiesberg“

Das Projektgebiet liegt im Südwesten Frankfurts im Stadtteil Goldstein. Das Wohngebiet im engeren Sinne umfasst die Häuser „Im Heisenrath“ Nr. 1-18 und „Am Kiesberg“ Nr. 5-13. Sie sind in den 60er Jahren entstanden. Im Gebiet befinden sich 6 Hochhäuser (zwischen 9 und 16 Geschossen) und sechs drei- und vierstöckige Zeilenbauten mit je zwei Hauseingängen. Das Gebiet umfasst 411 Wohneinheiten, von denen die überwiegende Zahl sich im Eigentum der Wohnheim GmbH befindet. Alle Wohnungen sind öffentlich geförderte Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus.

Die Bewohner des Gebietes sind deutlich jünger als die Bewohnerschaft der Gesamtstadt. Der Anteil der unter 25-Jährigen lag Ende 1999 mit 43,8 % fast doppelt so hoch wie in Frankfurt mit 22,8 %. Fast jeder zweite Bewohner des Gebietes ist ausländischer Nationalität. Bei den jüngeren Bewohnern sind die ausländischen Bewohner sogar leicht in der Überzahl. Was die Wohndauer angeht, so unterscheiden sich deutsche und ausländische Mieter deutlich. Nur unter den deutschen Mietern gibt es einen beträchtlichen Anteil, der in den ersten 10 Jahren des Bestehens der Häuser eingezogen ist (35,3 % der deutschen Mieter, aber nur 6,2 % der türkischen Mieter, die einen großen Teil der ausländischen Mieter ausmachen). In den letzten fünf Jahren sind 32,4 % der jetzigen Bewohner zugezogen (29,4 % der deutschen, aber 50,8 % der türkischen Mieter). Die Sozialhilfequote der Bewohner ist mit 15,7 % fast dreimal so hoch wie in der Gesamtstadt. Mehr als jedes fünfte Kind (23,6 %) unter 6 Jahren lebte

Ende 1999 von Sozialhilfe (Gesamtstadt 11,8 %). Die Sozialhilfequote ist auch deutlich höher als im Stadtbezirk, zu dem das Wohngebiet gehört.

Auch in diesem Wohngebiet wurde eine Experten- und eine Bewohnerbefragung durchgeführt. Die befragten Experten, es waren 26, arbeiten in verschiedenen Einrichtungen, die im Wohngebiet liegen oder deren Einzugsbereich das Wohngebiet umfasst. Auf die Frage, was positiv am Leben im Wohngebiet Im Heisenrath/ Am Kiesberg ist wurden von den Experten vor allem der oftmals gute Familienzusammenhalt und die nachbarschaftliche Unterstützung genannt. Als positiv wurden ferner die Spielmöglichkeiten für Kinder in der Siedlung angesehen. Die gute räumliche Aufteilung der Wohnungen und das relativ grüne Wohnumfeld wurden als Qualitäten des Wohngebietes herausgestellt. Auch gibt es ein Selbsthilfeprojekt, zu dessen Mitgliedern Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung sowie Vertreter der vor Ort arbeitenden Träger, Mitarbeiter des Sozialrathauses, Vertreter der Wohnheim GmbH, die Kinderbeauftragte, das Kinderbüro und seit Kurzem der Quartiersmanager gehören. Erwähnt wurden auch die Kinder- und Jugendeinrichtungen vor Ort sowie die Sportvereine, die einen wesentlichen Beitrag zur Integration von Kindern und Jugendlichen leisten.

Negativ schlagen hingegen Konflikte im Zusammenleben (häufig zwischen Angehörigen verschiedener Nationalitäten) zu Buche. Die Kommunikation zwischen verschiedenen Bewohnergruppen wurde von den Experten als unzureichend und polarisierend charakterisiert. Durch unterschiedliche Werte, Normen und Lebensgewohnheiten werde ein harmonisches Zusammenleben in den Hausgemeinschaften erschwert. Bemängelt wurde außerdem der hohe Sanierungsbedarf in den Häusern, zu wenig Platz in den Wohnungen und zu wenig Treffpunkte draußen sowie die Gestaltung der Außenanlagen. Einige Experten beschrieben die Stimmung im Wohngebiet als resignativ. Manche Familien lebten schon in der dritten Generation von Sozialhilfe. Auch würden die Bewohner des Wohngebiets im umgebenden Goldstein auf Vorurteile stoßen. Schließlich wurden schlechte Deutschkenntnisse, Drogenkonsum, Kampfhunde und die Tatsache, dass viele Kindern zu früh sich selbst überlassen werden, erwähnt.

Auch bei der Bewohnerbefragung kamen negative wie positive Seiten des Lebens im Wohnquartier zur Sprache. Befragt wurden 30 Personen, in deren Haushalten 110 Personen wohnen. Für die Einschätzung der Wohnsituation sind verschiedene Faktoren verantwortlich. Bewohner von Hochhäusern kritisierten häufiger als andere Befragte den Zustand des Eingangsbereichs ihres Wohnhauses. Hierfür sind sowohl das Verhalten der Bewohner als auch die Instandhaltung durch das Wohnungsunternehmen verantwortlich. Hochhausbewohner bemängelten zersprungenes Glas an der Eingangstür, schlechte Anstriche, nicht funktionierende

Sprechanlage oder unzureichende Beleuchtung. Die Treppenhäuser in den Hochhäusern sind häufiger durch Schmierereien verunziert. Auch kommt es vor, dass Personen (wohl Kinder und Jugendliche) in die Treppenhäuser urinieren. An der Müllsituation werden ähnliche Dinge kritisiert wie von den Bewohnern der Karl-Kirchner-Siedlung: Müll wird nicht korrekt getrennt und die Müllcontainerplätze sind verschmutzt.

Unzufrieden mit den Grün- und Spielflächen äußern sich Eltern von kleinen Kindern. Bei den niedrigeren Häusern gibt es Interessengegensätze zwischen Familien mit kleinen Kindern und älteren Mitbewohnern. Letzteren ist die Einhaltung der Ruhezeiten wichtig. An einzelnen Häusern - auch an den Hochhäusern - fehlen Spielangebote für kleinere Kinder. Der Spielsand ist zudem durch Glasscherben und Hunde- und Katzenkot verunreinigt.

Mit der Nachbarschaft im Haus zufrieden sind zwei Drittel der Befragten, wobei der Anteil in den niedrigeren Häusern höher und in den Hochhäusern niedriger ist. Die Anlässe, sich über Nachbarn zu ärgern, sind Kinderlärm, Müll im gemeinsamen Flur oder unterschiedliche Sauberkeitsvorstellungen. Häufig werden sie von den Befragten an kulturellen und sprachlichen Unterschieden festgemacht. Es zeigen sich aber ebenso auch unterschiedliche Bedürfnisse und Standards bei jüngeren und älteren Bewohnern.

Fast alle Befragten haben jemanden im Wohngebiet, auf den sie sich im Notfall verlassen können. Knapp die Hälfte der Befragten hat überwiegend Kontakte zu Bewohnern der eigenen Nationalität. Fast genauso groß ist die Gruppe derjenigen, die gleich viele Kontakte zu deutschen wie zu nichtdeutschen Bewohnern hat. Die Hälfte der Befragten bewertet das Zusammenleben von deutschen und ausländischen Bewohnern als positiv, während die andere Hälfte sagt, es gehe so. Die Bewertung scheint, so die Einschätzung durch das Quartiersmanagement, mehr von der eigenen Einstellung als von Erfahrungen getragen zu sein. Sowohl Befragte, die das Zusammenleben als positiv einschätzen, als auch solche, die dies nicht tun, berichten von Abgrenzungen zwischen deutschen und ausländischen Bewohnern und zwischen den stärker vertretenen Nationalitätengruppen.

4.3.3 Maßnahmen des Quartiersmanagement und geplanter Projektverlauf

Maßnahmen des Quartiersmanagements haben gewöhnlich zwei Ziele: erstens die Aktivierung der Bevölkerung zur Stabilisierung der sozialen Verhältnisse und der Nachbarschaft im Wohngebiet und zweitens die umfassende Beteiligung der Bewohner bei allen Entscheidungen. Einerseits sollen die Bewohner zur Selbsthilfe befähigt werden, andererseits sollen sie als

„Partner“ Mitspracherechte bei quartiersrelevanten Entscheidungen haben. Im Vordergrund eines Aktivierungsprozesses steht demnach die Rückgewinnung der eigenen Handlungsfähigkeit und die Stärkung der Artikulationsmöglichkeiten der Bewohner. Die Aktivierung ist damit Voraussetzung für die weiterreichende Beteiligung der Betroffenen an Entscheidungsprozessen. Beide Prozesse gehen in einander über, bedingen und verstärken sich im günstigsten Fall gegenseitig.

Das Quartiersmanagement hat in den ausgesuchten Wohngebieten ein breites Spektrum von Projekten, Aktionen und Maßnahmen entwickelt. Sie reichen von der Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten durch Deutsch- und Alphabetisierungskurse für ausländische Frauen über die Vermittlung in Nachbarschaftskonflikten und die Umgestaltung von Spielplätzen im Wohnumfeld und die Umgestaltung der Eingangsbereiche der Hochhäuser bis hin zur Moderation und Abstimmung von Angeboten der sozialen Träger im Wohngebiet. Die erwähnten Experten- und Bewohnerbefragungen gehören ebenfalls zum Aufgabenspektrum des Quartiersmanagements. Am Ende der Laufzeit wird eine Evaluation des Projekts vorgenommen und eine schriftliche Auswertung des Projekts vorgelegt.

Für ein erfolgreiches Quartiersmanagement ist das Aufspüren von und Ansetzen an Potenzialen und Ressourcen der Betroffenen von entscheidender Bedeutung. So gibt es in der Karl-Kirchner-Siedlung ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl, welches besonders bei Kindern und Jugendlichen und den ausländischen Bevölkerungsgruppen stark ausgeprägt ist. Die Bewohner sind z.T. sehr kontakt- und kommunikationsfreudig. Nachbarschaftliche Hilfen und Gefälligkeiten sind in einigen Wohnhäusern selbstverständlich. Nachbarschaftliche Konflikte werden bis zu einem gewissen Grad untereinander geregelt. Allerdings sind die Bewohner durch solche Konflikte in besonderem Maße gefordert. Von daher ist eine Unterstützung in diesem Bereich erforderlich.

Für die Maßnahmen des Quartiersmanagements ist im Programm „Frankfurt – Soziale Stadt – neue Nachbarschaften“ ein Zeitraum von zwei Jahren vorgesehen. Dieser enge zeitliche Rahmen erfordert eine genaue Zeit- und Ablaufplanung. In der Wohnsiedlung Im Heisenrath / Am Kiesberg sieht z.B. folgendermaßen aus (Gesamtzeitraum 24 Monate):

- Gespräche mit Mitarbeitern von Einrichtungen im Wohngebiet und mit Bewohnern: 1. bis 3. Monat

- Vorbereitungsphase für die Nachbarschaftskonfliktvermittlung: 2. bis 7. Monat; Schulung und Start der Nachbarschaftsvermittlung: 9. bis 12. Monat
- Kinderaktionen zur Spielplatzgestaltung: 3. bis 5. Monat
- Die Bewohnerbefragung beginnt im 4. Monat und erstreckt sich bis in den 6. Monat.
- Deutschkurse für ausländische Frauen: 5. bis 12. Monat; Deutschkurse für verschiedene Zielgruppen: ab 13. Monat
- Hausversammlungen: 8. und 9. Monat
- Erste Bauphase der Spielplätze: 10. und 11. Monat; zweite Bausphase 13. und 14. Monat; dritte Bausphase: 22. Monat
- Umgestaltung des Eingangsbereichs der Häuser: ab 10. Monat

Herausragende Bedeutung hat für das Quartiersmanagement die Nachbarschaftskonfliktvermeidung. Die häufigsten Konfliktauslöser sind Lärm, störendes Kinderspiel, Müll, Vandalismus, Nichteinhaltung der Hausordnung, rassistische Diffamierung, Differenzen zwischen Mietern und Wohnungsbaugesellschaften und Missverständnisse (Sprach- bzw. Verständigungsprobleme). Das Wohngebiet Im Heisenrath/ Am Kiesberg ist ein klassisches Wohngebiet der 60er und 70er Jahre. Seine architektonisch-städtebauliche Konzeption macht ein Aufeinanderprallen verschiedener Gruppen und Lebensstile auf engem Raum unvermeidlich. Hieraus entstehen fast zwangsweise Konflikte. Häufig werden bei Konflikten dieser Art die Wohnungsbaugesellschaften, aber auch Polizei und Gerichte eingeschaltet. Wer immer bei diesen Auseinandersetzungen gewinnt, „Sieger“ und „Verlierer“ müssen meist weiter in unmittelbarer Nachbarschaft zusammenleben. In Anlehnung an ein Modell aus den Niederlanden soll eine in der Wohnsiedlung verankerte Konfliktvermittlung durch die Bewohner aufgebaut werden. Kernidee ist, dass nicht von außen kommende Mediatoren eingesetzt werden, sondern Konfliktvermittler in der Wohnsiedlung selber ansässig sein sollen. Damit sie ihre Aufgabe erfüllen können, müssen sie entsprechend ausgebildet und zunächst auch begleitet werden. Die Erfahrungen mit diesen ehrenamtlichen Konfliktvermittlern sollen später dokumentiert und evaluiert werden.

5. Schluss

In Frankfurt am Main leben Menschen verschiedenster Herkunft, Bildung und sozialer Schicht auf engstem Raum zusammen. Wie in anderen Städten auch verteilen sich junge und alte Menschen, Deutsche und Ausländer, Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose nicht gleichmäßig im Stadtgebiet. Vielmehr konzentrieren sich Menschen mit gleichen Merkmalen in bestimmten Wohnquartieren, während sie in anderen unterrepräsentiert sind. Das Ausmaß der Segregation von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen ist in den letzten Jahren nicht merklich gewachsen, sondern eher stabil geblieben. Demgegenüber hat die Segregation von Deutschen und Ausländern in den letzten Jahren abgenommen, während die Segregation von Kindern (und Familien) gewachsen ist.

In Frankfurt am Main gibt es nach Einschätzung der Sozialrathäuser mehr als 40 „Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen“. In diesen Wohngebieten leben rd. 10 % der Frankfurter Bevölkerung. Dass es Wohngebiete gibt, in denen sich ausgegrenzte oder von Ausgrenzung bedrohte Menschen konzentrieren, stellt eine Herausforderung für die „Soziale Stadt“⁶⁴ dar. Zur Idee der „Sozialen Stadt“ gehört, dass alle Bewohner einer Stadt gleichen Zugang zu sozialen Infrastruktureinrichtungen haben, dass der Wohnstandort nicht über Lebenschancen entscheidet und dass keine - wie man früher sagte - „sozialen Brennpunkte“ entstehen, die das Wohlergehen ihrer Bewohner beeinträchtigen. Allerdings geht, wie die empirischen Befunde für Frankfurt am Main zeigen, eine Konzentration von bestimmten Personen mit Benachteiligungsmerkmalen wie Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit in bestimmten Stadtbezirken nicht in jedem Fall mit einer Häufung von sozialen Problemen einher. „Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen“ sind in der Regel zwar hochsegregiert, aber nicht alle Stadtbezirke mit unausgewogener Bewohnerstruktur weisen auch solche Problemgebiete auf.

Das Ausmaß der Segregation zwischen Deutschen und Ausländern ist in Frankfurt am Main in den letzten Jahren zurückgegangen.⁶⁵ Trotzdem gibt es eine ganze Reihe von Stadtbezirken mit stark überdurchschnittlichen Ausländeranteilen. Hierbei geht die Segregation zwischen Deutschen und Ausländern mit einer sozialen Segregation einher. Ausländer verfügen meist

⁶⁴ vgl. Hanesch, W.: Krise und Perspektiven der sozialen Stadt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 50/1996, S. 21-31; Häußermann, H.: Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 10-11/2000, S. 13-21.

⁶⁵ Zusammen mit anderen Befunden spricht dies dafür, dass sich in Frankfurt am Main das Maß der Integration von Ausländern verbessert hat (vgl. hierzu Straßburger, G.: Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main. Studie zur Erforschung des Standes der Integration von Zuwanderern und Deutschen in Frankfurt am Main am Beispiel ausgewählter Stadtteile im Auftrag des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main. Bamberg 2001).

über geringere Einkommen und haben schlechtere Bildungsabschlüsse und berufliche Qualifikationen als Deutsche. Ausländer, die solche Benachteiligungsmerkmale aufweisen, leben mit Deutschen zusammen, die überdurchschnittlich häufig ähnliche soziale Merkmale haben.⁶⁶

Der Ausländeranteil an sich lässt keinen gesicherten Schluss darauf zu, ob sich in einem Stadtbezirk problematische Verhaltensweisen häufen oder nicht. Es gibt eine ganze Reihe von Stadtbezirken mit einem hohen Ausländeranteil, die keine Problemgebiete aufweisen. Vor diesem Hintergrund muss das Ziel einer „ausgewogenen Bewohnerstruktur“ neu diskutiert werden. Während früher vor allem die Nachteile ethnischer Segregation herausgestellt wurden, werden heute auch ihre Vorteile gesehen.⁶⁷ So stärkt die Bildung ethnisch homogener Wohnquartiere die In-group-Kontakte und fördert eine multikulturelle Identität gegenüber den Einheimischen.⁶⁸ Hier finden Migranten am ehesten die Unterstützung, die sie brauchen, um in der Aufnahmegesellschaft zurecht zu kommen. Segregation verringert das Entstehen sozialer Konflikte aufgrund unterschiedlicher Lebensweisen und kultureller Werte, sie stabilisiert die Identität durch ein vertrautes Umfeld. Diese Vorteile der Segregation gehen freilich verloren, wenn sie mehr als das unmittelbare Wohnumfeld betrifft und zur ethnischen und sozialen Homogenisierung ganzer Stadtgebiete führt. Hierdurch wird eine Gruppierung zur Mehrheit und dominiert ein ganzes Quartier.⁶⁹

⁶⁶ Auf der Ebene der Stadtbezirke erreicht die Korrelation zwischen der Sozialhilfequote der Deutschen und der Ausländer ein mittleres Niveau ($r = .34$). Zudem ist die Sozialhilfequote der Deutschen in den Stadtbezirken mit hohem Ausländeranteil besonders hoch (vgl. Abschnitt 2.3).

⁶⁷ vgl. Bremer, P.: Arbeitsmigranten und die nachfolgenden Generationen zwischen Integration und Ausgrenzung. Zur Situation von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund der internationalen Debatte um Exklusion und Urban Underclass. Oldenburg 1999, S. 146ff. (<http://www.bis.uni-oldenburg.de/dissertation/brearb99/inhalt.html>); Schubert, H.: Soziale Segregation in der Stadt - Signale zur Jagd auf einen Mythos der Sozialplanung. In: Verein für Sozialplanung e.V. in Zusammenarbeit mit der Stadt München - Sozialreferat (Hrsg.): Soziale Stadtgestaltung und Wohnraumversorgung. Kommunen zwischen Versorgungsauftrag und ausgewogenen Bewohnerstrukturen in Stadtgebieten mit Wohnungs(neu)-bau. Speyer 1999, S. 7-23.

⁶⁸ Auch wenn es in Frankfurt am Main keine Stadtbezirke gibt, die im Hinblick auf die ausländische Bevölkerung ethnisch homogen sind, so gibt es doch Stadtbezirke, in denen sich Angehörige bestimmter Nationalitäten konzentrieren (siehe Anhang 3).

⁶⁹ Um eine solche Dominanz zu verhindern, plädiert Schubert (a.a.O.) für eine „segregative Mischung“. Eine segregative Mischung sei durch homogene Wohnbereiche und eine Verbindung dieser zu heterogenen Quartieren gekennzeichnet. Ihr Vorteil bestehe in der Anerkennung ähnlicher Lebensstile und Alltagskulturen in der Nachbarschaft, einem höheren Sicherheitsgefühl und einem geringeren Angstniveau, einer Stärkung lokaler Strukturen und der Förderung von Selbsthilfenetzwerken. Schwierig dürfte es allerdings sein, dieses neue Leitbild, wenn man es denn für sinnvoll hält, zu erreichen. Schubert setzt bei der Realisierung der angestrebten „segregativen Mischung“ auf eine Abkehr vom undifferenzierten Standardangebot der Wohnungswirtschaft und auf eine Öffnung der Märkte für alle Milieus (benachteiligte Milieus mit Belegungsrechtsbedarf, Milieus mit Eigentumsorientierung, Milieus mit besonderen Wohnungsanforderungen), auf die Förderung neuer Wohnformen (kleine Genossenschaften, integriertes Wohnen von Alt und Jung, Erbbaurecht für Familien mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen, Wohnen und Arbeiten auf dem Grundstück) und auf eine Nutzungsmischung (kleingliedrige Parzellenstruktur, Vernetzung von Wohnen, Handel, Gewerbe, Dienstleistungen).

Wenn es das Ziel ist, die Integration von Menschen ausländischer Nationalität zu fördern, dann ist die Durchmischung nur ein *Mittel* neben anderen, nicht das Ziel selber. Um die Konzentration von Personen mit Benachteiligungsmerkmalen in einzelnen Wohngebieten zu verhindern, muss man sich auf die defizitären Lebensbereiche konzentrieren, nicht aber auf die Staatsangehörigkeit der Betroffenen. Wenn Frankfurter mit ausländischem Pass häufiger arbeitslos und sozialhilfebedürftig sind als andere, dann müssen die Bemühungen darauf zielen, die Menschen zu befähigen, auf eigenen Füßen zu stehen. Hier sind vor allem Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote gefragt. Über die späteren Lebenschancen wird allerdings schon sehr früh entschieden. Deshalb dürfen Bemühungen zur Sicherung der Chancengleichheit nicht erst einsetzen, wenn die Betroffenen in das Schul- und Ausbildungssystem eintreten. Es ist unumgänglich, Familien, die von sozialer Ausgrenzung betroffen oder bedroht sind, im Hinblick auf die Erziehung der Kinder besonders zu unterstützen. Ansonsten haben die jungen Menschen die Chancen nie gehabt, die sie, wie man ihnen später vorhalten wird, nicht ergriffen haben.

Angesichts der Tatsachen, dass es in Frankfurt am Main Regionen im Stadtgebiet gibt, in denen der Anteil bestimmter Bevölkerungsgruppen im gesamtstädtischen Vergleich hoch ist, darf nicht vergessen werden, dass die Situation in Frankfurt insgesamt auch das Ergebnis von übergreifenden segregativen Prozessen ist. So ist die Frankfurter Bevölkerung anders zusammengesetzt als die der Umlandgemeinden. Die Anteile einzelner Bevölkerungsgruppen, die in Frankfurt „normal“ (sprich: durchschnittlich) sind, sind dies im Bezug auf größere räumliche Einheiten ganz und gar nicht. Es gibt z.B. in Frankfurt am Main im Vergleich zum Bundesgebiet insgesamt überdurchschnittlich viele Sozialhilfeempfänger, Ausländer, Ein- und Zweipersonenhaushalte. Während deutsche Mittelschichtsfamilien - auch aus Gründen des Eigentumserwerbs - ins Umland abwandern, bleiben ausländische Haushalte eher in der Stadt.⁷⁰

⁷⁰ Viele Menschen, die in Frankfurt arbeiten, haben ihren Lebensmittelpunkt woanders. Von den rd. 458.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Jahresende 1998 hatten nur rd. 221.000 ihren Wohnsitz in Frankfurt am Main selber. In keiner anderen deutschen Großstadt ist der Anteil der Einpendler größer. Ende 1999 waren in der Stadt neben 620.701 Personen mit Hauptwohnsitz 48.564 Personen mit Nebenwohnsitz gemeldet. Zudem leben viele Menschen nur für beschränkte Zeit in der Stadt. (vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2000, Tabellen 2.6).

Allein 1999 gab es 47.219 Zuzüge nach und 46.044 Wegzüge aus Frankfurt (vgl. ebenda Tabelle 2.28). Die hohe Zahl der Zu- und Wegzüge hat dazu beigetragen, dass sich im Laufe der Zeit die Bevölkerungszusammensetzung entscheidend verändert hat. Insbesondere Familien mit Kindern drängen ins Frankfurter Umland (vgl. Dobroschke, W.: Frankfurter Wegzugsbefragung 1998. In: Frankfurter Statistische Berichte 2/3'99, S. 131-155, hier S. 134). Dementsprechend ist der Anteil von Einpersonenhaushalten in Frankfurt vergleichsweise hoch und betrug 1998 50,6 %, während er beispielsweise im angrenzenden Wetteraukreis lediglich bei 30,1 % lag. In 76,9 % aller Frankfurter Haushalte lebten zu diesem Zeitpunkt keine Kinder. Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug 1999 in Frankfurt am Main 1,83 und im Wetteraukreis 2,29 Personen (vgl. Hessisches Statistisches Landesamt:

Die räumliche und soziale Segregation einzelner Bevölkerungsgruppen und die Konzentration von Problemgruppen wie Sozialhilfeempfänger in bestimmten Stadtgebieten und Wohnquartieren spiegelt auf räumlicher Ebene die Struktur der sozialen Ungleichheit der Bewohner der Stadt wider. Arbeitslosigkeit und insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit sind Ausdruck einer gescheiterten Anpassung (von Beschäftigten wie Betrieben) an wirtschaftliche Modernisierungsprozesse. Das Tempo des Wandels ist so groß, dass einige „auf der Strecke bleiben“ und dem Tempo des Wandels nicht mehr folgen können. Soziale und räumliche Polarisierung haben damit häufig ihre Ursache in der Dynamik des Arbeitsmarktes. In Frankfurt am Main sind hier vor allem zwei Tendenzen von herausragender Bedeutung: die Expansion des Dienstleistungssektors verbunden mit einer beträchtlichen Zunahme an hochqualifizierten Arbeitsplätzen einerseits und eine massive Deindustrialisierung verbunden mit einem enormen Abbau an Vollzeit Arbeitsplätzen insbesondere für angelernte und ungelernete Tätigkeiten andererseits.⁷¹ Die Folge ist, dass es in Frankfurt am Main wie auch in vielen anderen Städten in westlichen Industrieländern neben hochqualifizierten Arbeitsplatzinhabern eine nicht unerhebliche Zahl von Menschen gibt, die nicht von den Entwicklungen auf dem Weltmarkt bzw. dem Strukturwandel profitieren und deshalb an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Diese Entwicklungsprozesse können langfristig, so befürchten manche Beobachter, auf eine Zweiteilung der Städte in einen in ökonomischer Hinsicht „funktionstüchtigen“ und einen „marginalisierten“ Bevölkerungsanteil hinauslaufen.

Statistische Berichte. Bevölkerung. Erwerbsbeteiligung, Haushalte und Familien in Hessen 1995 bis 1999 nach Regionaleinheiten. Regionalisierte Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-Stichprobe. Wiesbaden 2000, S. 21 und 27). Was für Familien gilt, gilt auch für Personen mit hohem bis sehr hohem Einkommen. Insbesondere die an Frankfurt angrenzenden Gemeinden im Vordertaunus wie Kronberg oder Bad Homburg sind zum bevorzugten Wohnstandort besser verdienender Haushalte geworden, während der Arbeitsstandort häufig Frankfurt (geblieben) ist. Die Neigung einkommensstarker Haushalte, sich nicht in Frankfurt niederzulassen, spiegelt sich in der Einkommenssteuerstatistik. Während 1995 in Frankfurt am Main die Einkünfte je Steuerpflichtigen im Durchschnitt 63.961 DM betragen und damit etwa auf dem Niveau von Hanau (62.333 DM) und über dem von Offenbach (58.828 DM) lagen, waren es in Bad Homburg 97.369, in Kronberg 100.962 DM und im gesamten Hochtaunuskreis 88.818 DM. Umgekehrt betrug der Anteil der häufig einkommensschwachen Ausländer an der Wohnbevölkerung in Frankfurt am Main Ende 1999 29,0 % und war damit der höchste aller deutschen Großstädte. Demgegenüber lag die Ausländerquote in Bad Homburg bei 16,8 und in Kronberg lediglich bei 7,8 % (vgl. Hessisches Statistisches Landesamt: Ausgewählte Daten über Gemeinden [<http://www.hsl/DYN/gemeinde/Gemeindedaten3.asp>]).

⁷¹ Die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe ging in Frankfurt am Main von 1980 bis 1999 von rd. 109.000 auf rd. 53.000 zurück. Ende 1998 arbeiteten 16,2 % der in Frankfurt am Main Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (Verarbeitendes Gewerbe: 12,5 %) und 15,7 % im Kredit- und Versicherungsgewerbe. Der Anteil von Arbeitsplätzen mit mittlerem und unterem Qualifikationsniveau ist im Verarbeitenden Gewerbe in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich gesunken. Auch deshalb war im Arbeitsamtsbezirk Frankfurt (nicht identisch mit dem Gebiet der Stadt Frankfurt am Main) die Arbeitslosenquote der Arbeiter 1998 mit 15,7 % mehr als doppelt so hoch wie die der Angestellten. Verlierer der Arbeitsmarktentwicklung waren - wie anderswo auch - gering qualifizierte Arbeitnehmer, unter denen sich überdurchschnittlich viele ausländische Erwerbspersonen befinden (vgl. hierzu Neubäumer, R.: Frankfurter Sozialbericht. Risiken und Chancen des Frankfurter Arbeitsmarktes, hrsg. vom Dezernat für Soziales und Jugend der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt am Main Februar 2000).

Wenn man übergreifende Prozesse betrachtet, die die Zusammensetzung der Frankfurter Bevölkerung insgesamt und in den einzelnen Stadtbezirken und Wohnquartieren beeinflussen, dann gehört die wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere die auf dem Arbeitsmarkt ebenso dazu wie die schon erwähnten Wanderungsbewegungen innerhalb der Stadt und über ihre Grenzen hinaus, die häufig selber arbeitsmarktinduziert sind. Viele Menschen ziehen nach Frankfurt, weil sie hier eine Arbeit gefunden haben, wollen aber häufig nur „auf Zeit“ in der Stadt bleiben. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist durch eine nachhaltige Verknappung von Arbeitsplätzen für gering qualifizierte Erwerbspersonen gekennzeichnet. Die Ursachen hierfür sind im Abbau solcher Arbeitsplätze im produzierendem Gewerbe zu suchen, ein Abbau, dem kein entsprechender Ausbau von Arbeitsplätzen des selben Qualifikationsniveaus im Dienstleistungssektor gegenübersteht. Die Arbeitslosenzahlen für diese Erwerbspersonengruppe sprechen eine deutliche Sprache. Arbeitsplätze für gering Qualifizierte im Dienstleistungssektor sind häufig schlechter bezahlt als entsprechende Tätigkeiten im produzierenden Gewerbe. Selbst wenn es künftig wegen des Bevölkerungsrückganges eine erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften gibt, heißt dies nicht, dass diejenigen, die jetzt zu den Verlierern des Strukturwandels gehören, davon profitieren und aus der Arbeitslosigkeit oder einem prekären Arbeitsverhältnis auf einen gesicherten Arbeitsplatz wechseln können. Zur Zeit sieht es eher so aus, als ob sich die Spaltung in Modernisierungsgewinner und -verlierer noch vertieft.⁷² Zudem werden sich die Unternehmen immer stärker aus einem nicht durch nationale Grenzen beschränkten Arbeitskräftereservoir bedienen. Bei hoch qualifizierten Fachkräften ist dies schon jetzt der Fall. Fasst man diese hier skizzierte Entwicklung zusammen, dann spricht vieles dafür, dass die Lohneinkommen künftig eine stärkere Spreizung zeigen werden als früher.⁷³ Eine stärkere Spreizung kommt im Übrigen auch dadurch zustande, dass es auch mehr gut bezahlte Dienstleistungstätigkeiten gibt als früher und merkliche Beschäftigungsgewinne

⁷² vgl. hierzu Schumann, M.: Sozialstrukturelle Ausdifferenzierung und Pluralisierung der Solidarität. In: WSI Mitteilungen 9/2001, S. 531-537. Schumann unterscheidet sechs „Sozialgruppierungen“, die in unterschiedlicher Weise von Modernisierung betroffen sind. Am oberen Ende der sozialen Hierarchie verortet er die „globale Klasse“ der Inhaber von Spitzenpositionen und die „Modernisierungsmacher“, die vor allem aus „Wissensarbeitern“ mit exklusiven Ausbildungswegen und Kompetenzen bestehen. Am unteren Ende stehen die Gruppe der „Modernisierungsverlierer“, d.h. die aus dem Erwerbssystem unfreiwillig Ausgegrenzten. Dazwischen befinden sich die „Modernisierungsbedrohten“, meist Prekärbeschäftigte, „Modernisierungsausgesparte“ mit gesicherten Arbeitsplätzen, aber stark belastenden Arbeitsbedingungen und die „Modernisierungsmitgestalter“, die in ihrem Lösungswegen nicht formalisierbare Aufgaben erfüllen und über Fach- und Sozialkompetenz, Flexibilität und Improvisationsvermögen verfügen müssen.

⁷³ Untersuchungen zeigen, dass schon in der Vergangenheit die Arbeitseinkommen von Vollzeitbeschäftigten auseinander entwickelt haben. Während es mehr Arbeitnehmer mit niedrigen und hohen Löhnen gibt, haben Arbeitnehmer mit mittleren Löhnen an Boden verloren (vgl. Schäfer, C.: Niedrige Löhne - bessere Welten? In: WSI Mitteilungen 8/2000, S. 534-551). Umstritten ist, ob eine Fortsetzung dieses Trends zu mehr Beschäftigung für gering Qualifizierte führt und ob man diese Entwicklung durch Lohnsubventionen wie z.B. einen „Kombilohn“ unterstützen soll (vgl. Deutsche Bundesbank: Zur Entwicklung der Arbeitseinkommen seit Anfang der neunziger

vor allem im Bereich einfacher und eher schlecht bezahlter Dienstleistungstätigkeiten zu erzielen sein dürften.⁷⁴

Die Einkommensposition von Personen und Haushalten hängt nicht allein von den Markteinkommen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen) ab. Vielmehr wird die primäre Einkommensverteilung durch das Steuersystem und durch Transferleistungen wie Renten, Arbeitslosen- oder Kindergeld „überlagert“. Die extremen Ungleichverteilungen der Markteinkommen werden hierdurch gemildert. Allerdings hat die Ausgleichwirkung des Steuer- und Transfersystems in den letzten Jahren nachgelassen.⁷⁵ Es spricht wenig dafür, dass sich diese Tendenz umkehren wird. Vielmehr ist zu erwarten, dass die Ausgleichwirkung des Steuer- und Transfersystems weiter schwindet.⁷⁶ Eine wesentlicher Grund hierfür ist, dass auch die Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit einem Wandel vollzogen haben. Während früher die Verteilungs- und Bedarfsgerechtigkeit im Vordergrund stand, wird heute - nicht nur in Deutschland - die Chancengerechtigkeit stärker betont.⁷⁷ Der deutsche („konservative“) Wohlfahrtsstaat macht Anleihen beim amerikanischen („liberalen“) Wohlfahrtsstaat. Dem versorgenden Sozialstaat der Vergangenheit wird der „aktivierende“ Sozialstaat gegenübergestellt. Wenn es Aufgabe staatlicher Politik ist, Chancen zu eröffnen, dann liegt es, so die neue Diktion, an den

Jahre. In: Monatsbericht Oktober 1997, S. 19-32; Scharpf, F.W.: Subventionierte Niedriglohnbeschäftigung statt bezahlte Arbeitslosigkeit? In: Zeitschrift für Sozialreform, 41. Jg. [1995], S. 65-82).

⁷⁴ Der im internationalen Vergleich geringe Ausbau des Dienstleistungssektors in Deutschland, die hohe Arbeitslosigkeit von gering Qualifizierten, die hohe Langzeitarbeitslosigkeit und der geringe finanziellen Ertrag einer Erwerbsaufnahme bei vielen gering qualifizierten arbeitslosen Empfängern von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und -hilfe gegenüber einem weiteren Bezug dieser Leistungen und Beschäftigungspolitik hin. Die hohen Sozialabgaben machen es für Unternehmen nur profitabel, hochproduktive Erwerbspersonen zu beschäftigen. Dementsprechend zielen die meisten beschäftigungspolitischen Instrumente darauf, die Arbeitslosen über die recht hohe „Produktivitätsschwelle“ zu heben. Das hohe Ausmaß der Arbeitslosigkeit zeigt, dass dies nicht im gewünschten Umfang gelingt. Deshalb plädieren manche Beobachter dafür, durch Kombilohnmodelle oder eine Reduzierung der Sozialabgaben bei Geringverdienern (z.B. durch Freibeträge wie bei der Lohn- und Einkommenssteuer) die Arbeitskosten in diesem Beschäftigungssegment zu senken. Nur so könne die Nachfrage nach einfachen Dienstleistungstätigkeiten gesteigert werden, also in dem Bereich, in dem in Deutschland heute noch vergleichsweise wenige Erwerbspersonen beschäftigt sind (vgl. Heinz, R.G./ Streeck, W.: Institutionelle Modernisierung und Öffnung des Arbeitsmarktes: Für eine neue Beschäftigungspolitik. In: Jürgen Kocka und Claus Offe [Hrsg.]: Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt am Main 2000, S. 234-261).

⁷⁵ vgl. Hauser, R./Becker, I.: Wird unsere Einkommensverteilung immer ungleicher? Einige Forschungsergebnisse. In: Diether Döring (Hrsg.): Sozialstaat in der Globalisierung. Frankfurt am Main 1999, S. 88-116; Lebenslagen in Deutschland. Erster Armuts- und Reichtumsbericht (Bundestagsdrucksache 14/5990), S. 34ff.

⁷⁶ Eine gegenläufige Tendenz darf nicht unerwähnt bleiben. Nicht zuletzt aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sind weitere Verbesserungen beim Familienlastenausgleich zu erwarten. Allerdings werden diese wohl die Umverteilungsmasse nicht erhöhen, so dass Besserstellungen der Familien wohl durch Einschränkungen an anderer Stelle erkauft („gegenfinanziert“) werden.

⁷⁷ Die Debatte zeigt im Übrigen, dass es nicht einen, sondern mehrere Gerechtigkeitsbegriffe gibt, die von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen favorisiert werden (vgl. Leisering, L.: Eine Frage der Gerechtigkeit. Armut und Reichtum in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 18/1999, S. 10-17; Blanke, B./ Brandel, R./ Hartmann, A. u.a.: Sozialstaat im Wandel. Herausforderungen · Risiken · Chancen · neue Verantwortung. Wissenschaftliche Eingangsuntersuchung für das Ministerium für

Menschen, ob sie diese auch ergreifen. Im Ergebnis wird die Verantwortung für das, was aus einem wird, stärker als früher dem Einzelnen übertragen. Begleitet wird dieser Wandel der Gerechtigkeitsvorstellung von einer sinkenden Bereitschaft der nicht von sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerungsmehrheit, die Steuer- und Abgabenlast zu tragen, die für eine Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Niveaus der sozialen Sicherung notwendig wäre.⁷⁸

Betrachtet man die angesprochenen Entwicklungen zusammen, dann ergeben sich deutliche Anhaltspunkte dafür, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland insgesamt eher zunehmen wird. Während die Ungleichheit der Markteinkommen steigt, verringern sich die Möglichkeiten, diese Ungleichheiten durch das Steuer- und Transfersystem auszugleichen. Hiermit ist eine wichtige Bedingung für eine wachsende räumliche Segregation von Menschen unterschiedlicher Schichtzugehörigkeit gegeben: Die mittleren Positionen im Schichtgefüge werden von weniger, und die hohen und niedrigen Schichtpositionen von mehr Menschen besetzt werden als früher. Wie sich diese allgemeinen Entwicklungen in Frankfurt am Main auswirken wird, ist schwer vorherzusagen. Immerhin besteht die Gefahr, dass sich die soziale und räumliche Ungleichheit verstärkt. Dies liegt u.a. daran, dass sich die absolute Zahl der ausländischen bzw. aus dem Ausland stammenden Frankfurter kaum verringern wird. Unter ihnen ist der Anteil gering Qualifizierter deutlich höher als unter den deutschen Bewohnern der Stadt.

Insgesamt haben die Kommunen nur beschränkten Einfluss auf das Ausmaß der Segregation. Nur in den Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus bestehen sehr direkte Steuerungsmöglichkeiten.⁷⁹ Die der Segregation zugrundeliegenden sozialen Positionen sind aber zunächst

Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen. März 2000. Online Version, S. 5-21 [http://www.mfjfg.nrw.de/service/regal/pdf/studie_sozialstaat.pdf].

⁷⁸ Die stärkere Betonung der Chancengleichheit heißt umgangssprachlich, dass „jeder seines Glückes Schmied ist“. Entgegen dieser weit verbreiteten und zumindest teilweise ja auch richtigen Ansicht muss betont werden, dass soziale Positionen nach wie vor in hohem Ausmaß „vererbt“ werden. Was jemand im Leben erreicht, hängt zum großen Teil davon ab, was für Eltern man hat. Und dafür kann man nun am wenigsten verantwortlich gemacht werden (zum Thema „soziale Mobilität“ vgl. Geißler, R.: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung. 2. Auflage Opladen 1996, S. 230ff.). Ende 2001 zeigte die Pisa-Studie (Programme for international student assesment), an der weltweit rd. 180.000 Schüler im Alter von 15 Jahren untersucht wurden, dass in keinem der 32 teilnehmenden Staaten die Schulleistungen von Einwandererkindern schlechter und der Zusammenhang zwischen sozialer Schicht und Schulleistungen stärker ist als in Deutschland (vgl. <http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/>).

⁷⁹ Ein Instrument, mit dem gegengesteuert wird, ist der sog. „Frankfurter Vertrag“. Er ist eine Vereinbarung zwischen der Stadt Frankfurt und 15 Wohnungsunternehmen. 1998 verfügte das Amt für Wohnungswesen der Stadt Frankfurt über Belegungsrechte an 44.154 Wohnungen. Das waren 13,1 % des Frankfurter Wohnungsbestandes. Frei werdende öffentlich geförderte Wohnungen werden durch den Eigentümer der Kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle gemeldet. In der Regel erfolgt dann die Benennung von Bewerbern aus dem Bestand der registrierten Sozialwohnungsberechtigten. Um eine soziale Ausgewogenheit und Durchmischung in den öffentlich geförderten Wohnungen zu erreichen, wurde eine Quotenregelung in den Vertrag aufgenommen, der zufolge bei der Belegung - insbesondere von Neubauwohnungen - u.a. folgende Quoten einzuhalten sind: 30 % Ausländer-Haushalte, 15 % Sozialhilfe-Haushalte und 10 % Aussiedler-Haushalte (vgl. Stadt Frankfurt am Main. Amt für

einmal vorgegeben. Sie sind z.B. Ergebnisse von Arbeitsmarktprozessen und Bildungskarrieren, durch die Menschen bestimmte Positionen im Erwerbssystem einnehmen. Diese Positionierung zu verändern ist nur in sehr begrenztem Umfang möglich. So versucht die Stadt Frankfurt am Main z.B., arbeitslose Sozialhilfeempfänger durch die Vergabe befristeter Lohnsubventionierter Arbeitsverträge wieder für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren und für potentielle Arbeitgeber attraktiv zu machen. Daneben hat die Stadt Frankfurt am Main mit ihrem ABM-Stadtprogramm für Arbeitslose, die nicht im Sozialhilfebezug stehen, Arbeitsplätze geschaffen.⁸⁰ Diese Maßnahmen dienen der „Humankapitalbildung“. Sie erlauben es den Teilnehmern, Zugang zum Erwerbssystem zu finden, oder ermöglichen, sofern die Maßnahme den Erwerb neuer Qualifikationen zum Ziel haben, die Besetzung höherer Positionen im Erwerbssystem, als vorher eingenommen wurden. Wird dieses Ziel erreicht und bleiben die Teilnehmer an ihrem bisherigen Wohnstandort, wird hierdurch auch der Entmischung von Wohngebieten entgegengewirkt.

Aber auch auf lokaler Ebene gibt es viele Handlungsmöglichkeiten, die es erlauben, die Lebensbedingungen jedes Einzelnen zu verbessern, den Abstieg von ganzen Ortsteilen zu verhindern und einer Polarisierung der Bevölkerungsstruktur entgegenzuwirken. Zur Verringerung sozialer Ungleichheit und sozialer Segregation und zur Stärkung der sozialen Stabilität können die im folgenden genannten Dinge beitragen:

- **Aufwertung von Wohnlagen**

In Frankfurt am Main fallen mindestens zwei Ortsteile auf, die von einem deutlichen Abstieg bedroht sind. Gemeint sind Höchst und Bockenheim. Zeichen des Abstiegs sind die Schließungen der Kaufhof-Filiale in Bockenheim und der Hertie-Filiale in Höchst. Zu Signalen werden diese Schließungen auch deshalb, weil sie von Schließungen anderer Einzelhandelsgeschäfte begleitet sind und insgesamt einen Rückgang von Kaufkraft anzeigen. In Höchst ist zudem durch die Fusion der Hoechst AG mit einem französischen Chemie-Konzern und der Abwanderung der Konzernzentrale ein zentrale identitätsstiftende Instanz verloren gegangen. In Bockenheim droht mit der Abwanderung der Universität ins Westend etwas Ähnliches, wenngleich durch die nähere Lage zum Stadtzentrum und zum neuem Campus der Stadtteil einen Teil seiner

Wohnungswesen: Geschäftsbericht 1998, S. 26f.; Thies, R.: Einführungsreferat zur AG 1 Frankfurt. In: Verein für Sozialplanung e.V. in Zusammenarbeit mit der Stadt München - Sozialreferat [Hrsg.]: Soziale Stadtgestaltung und Wohnraumversorgung. Kommunen zwischen Versorgungsauftrag und ausgewogenen Bewohnerstrukturen in Stadtgebieten mit Wohnungs(neu)-bau. Speyer 1999, S. 52-55.

⁸⁰ vgl. Stadt Frankfurt am Main. Dezernat für Soziales und Jugend: Frankfurter Netzwerk. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Frankfurt am Main (Reihe Soziales und Jugend 23). Frankfurt am Main 2001.

Attraktivität bewahren könnte. Entscheidend dürfte allerdings sein, was mit den aufgegebenen Universitätsstandorten geschehen wird.

Wenn man dem Abstieg von Wohngebieten und der Segregation entgegenwirken will, muss man darangehen, wenig attraktive Wohnlagen so aufzuwerten, dass auch Haushalte mit mittlerem und höherem Einkommen sie als Wohnstandort wählen. Gerade im Hinblick auf „weiche“ Standortfaktoren attestieren der Stadt manche Beobachter erhebliche Defizite und befürchten, dass Frankfurt am Main und die Region insgesamt im Wettbewerb der Regionen in Rückstand zu geraten droht.⁸¹ Eine gezielte Aufwertung von Quartieren kann allerdings dazu führen, dass weniger finanzkräftige Bewohner diese Quartiere verlassen, da solche Aufwertungen kaum ohne eine allgemeine Anhebung des Mietpreisniveaus zu haben sind.⁸² Schon jetzt erzielt ein nicht unbedeutlicher Teil der in Frankfurt am Main arbeitenden Personen so hohe Erwerbseinkommen, dass er Wohnraum zu (fast) jedem Preis mieten kann. Von ihnen geht ein erheblicher Druck auf das allgemeine Mietpreisniveau aus.⁸³

- **Förderung der Wohneigentumsbildung**

Wenn Haushalte von Frankfurt am Main ins Umland ziehen, dann ist dies häufig mit dem Erwerb von Wohneigentum verbunden. Um diese Haushalte künftig verstärkt in der Stadt zu halten, hat die Stadt Frankfurt am Main in den letzten Jahren in erheblichem Umfang Bauland für den Eigenheimbau ausgewiesen. Hierdurch soll der andauernden Abwanderung von Haushalten mit Kindern und Haushalten mit mittlerem bis höheren Einkommen ins Umland entgegengewirkt werden. Dem Wunsch nach Eigentumsbildung sind im Stadtgebiet aufgrund der räumlichen Beschränkungen deutliche Grenzen gesetzt. Bauplätze lassen sich nicht beliebig vermehren. Allerdings sind hier noch nicht alle Potenziale ausgeschöpft.

- **Sicherung von Chancengleichheit**

Die soziale Position, die jemand als Erwachsener erreicht, hängt z.T. von der sozialen Position ab, die seine Eltern eingenommen haben. In diesem Sinne ist es durchaus be-

⁸¹ vgl. Kummer, M.: „Frankfurt mach dich schön“. In: Frankfurter Rundschau vom 1.6.2001.

⁸² Ein Beispiel hierfür könnte die Entwicklung im Gutleutviertel sein. Hier entsteht z.Z. das Westhafenviertel mit Eigentumswohnungen für eine eher wohlhabende Klientel. Als Folge hiervon befürchten viele alte Bewohner des Gutleutviertels steigende Mieten. Erste Anzeichen hierfür gibt es schon (vgl. Frankfurter Rundschau vom 20.9.2001: „Mit dem Dreck macht sich Ärger über die Projektgesellschaft breit“).

⁸³ vgl. Frankfurter Rundschau vom 29.12.2000: „In der Not zahlen viele eben auch Wuchermieten“; und vom 27.7.2001: „Auf dem Markt herrscht Enge - auch bei Luxuswohnungen“.

rechtigt, von einer sozialen Vererbung von sozialen Position zu sprechen. So beschränken oder erweitern die sozialen Positionen der Eltern die Chancengleichheit der Kinder. Soziale Mobilität erfolgt vorwiegend über den Erwerb von Bildungszertifikaten. Wohin Kinder sich entwickeln, ist aber häufig schon entschieden, wenn sie in die Schule kommen. Bemühungen zur Sicherung der Chancengleichheit müssen daher früher ansetzen, dürfen aber beim Eintritt in das Schulsystem nicht enden. Insbesondere Kinder aus benachteiligten Familien und ihre Eltern haben hier Unterstützung nötig. Kinderbetreuungseinrichtungen können Erfahrungen ermöglichen, die den Kindern zu Hause verschlossen sind. Das bestehende Angebot der Betreuungseinrichtungen muss ständig daraufhin überprüft werden, ob es die Entwicklung der Kinder optimal fördert.

- **Ausbildungsangebote und Beschäftigungsförderung**

Eine Bedingung für soziale Segregation sind unterschiedliche soziale Positionen. Will man soziale Segregation verhindern, dann geht dies dadurch, dass man die Menschen befähigt, niedrige soziale Positionen zu verlassen. Eine erfolgreiche Schul- und Berufsausbildung ist hierfür unverzichtbare Voraussetzung. Wenn z.Z. jeder siebte ausländische Jugendliche die Schule ohne Hauptschulabschluss verlässt, bedeutet dies nichts Gutes. Ohne erhebliche Anstrengungen scheint ihr Weg an den Rand des Erwerbssystems vorgezeichnet. Für sie bleiben die unteren Positionen im Schichtgefüge „reserviert“. Auch hier unternimmt die Stadt große Anstrengungen, um benachteiligten Jugendlichen, die auf dem regulären Ausbildungsmarkt keine Ausbildungsstelle bekommen haben, ein Ausbildungsangebot zu machen und um Arbeitslose schnell wieder ins Arbeitsleben zu integrieren.⁸⁴ Die entsprechenden Angebote müssen problemadäquat weiterentwickelt werden.

- **Gewährung freiwilliger sozialer Leistungen**

Wenn es dem vom Bundes- und Landesgesetzgeber organisierten Transfersystem in Zukunft nicht mehr wie früher gelingt, Ungleichheiten der Markteinkommen zu kompensieren, kommen den freiwilligen sozialen Leistungen der Kommunen eine stärkere Bedeutung zu. Frankfurt am Main hat hier wie andere Städte auch mit der Einführung des Frankfurt-Passes einen Weg beschritten, der auf eine Ergänzung des sozialstaatli-

⁸⁴ vgl. Stadt Frankfurt am Main. Dezernat für Soziales und Jugend: Frankfurter Netzwerk. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Frankfurt am Main. Frankfurt am Main 2001 (Reihe Soziales und Jugend, Bd. 23).

chen Transfersystems hinausläuft. Er ermöglicht vielen Sozialhilfeempfängern und anderen Personen mit niedrigem Einkommen, an Aktivitäten teilzunehmen, von denen sie ansonsten ausgeschlossen wären.

- **Förderung des bürgerschaftlichen Engagements**

Für den sozialen Zusammenhalt in einem Gemeinwesen ist es von großer Bedeutung, dass es Menschen gibt, die sich für ihre eigenen Belange wie auch für andere Menschen engagieren.⁸⁵ In diesem Teilbericht wurde auf die Tatsache hingewiesen, dass Frankfurt am Main insgesamt Jahr für Jahr eine erhebliche Zu- und Abwanderung zu verzeichnen hat. Viele neu nach Frankfurt Ziehende tun dies in dem Bewusstsein, hier nur beschränkte Zeit zu leben und zu arbeiten. Ihr Engagement für das Gemeinwesen dürfte aufgrund ihrer starken beruflichen Einbindung und ihrer „befristeten Aufenthaltsdauer“ eher gering sein. Um so wichtiger ist es deshalb, das bürgerschaftliche Engagement zu fördern.

- **Maßnahmen zur soziale Stabilisierung von Wohnquartieren**

Rund 10 % der Frankfurter Bevölkerung leben nach Einschätzung der Fachleute aus den Sozialrathäusern in „Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen“. Einer der am häufigsten genannten Problembereiche sind Konflikte zwischen Deutschen und Ausländern und zwischen Ausländern untereinander. Daneben stellen Jugendkriminalität, Gewalt innerhalb und außerhalb der Familie, Jugendkriminalität, Sucht und andere Probleme eine Belastung dar. In einigen dieser Wohngebiete werden Maßnahmen zur sozialen Stabilisierung durchgeführt. Im Rahmen des Projekts „Soziale Stadt“ sind in den entsprechenden Wohngebieten Quartiersmanager eingesetzt worden. Sie sollen dazu beitragen, bislang noch brach liegende Ressourcen der Konfliktbewältigung und der Selbsthilfe zu aktivieren. Erst wenn diese Ressourcen geweckt sind, kann sich das Quartiersmanagement zurückziehen. Z.Z. ist nicht erkennbar, dass sich die Zahl der Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen künftig verringern würde. Deshalb ist es unerlässlich, auch weiterhin Wohngebiete zu identifizieren, die Maßnahmen zur sozialen Stabilisierung nötig haben, und entsprechende Maßnahmen auch tatsächlich durchzuführen. Neben der Befriedigung des Be-

⁸⁵ vgl. hierzu Frankfurter Statistik spezial: Ehrenamtliches Engagement und Bekanntheitsgrad des Büro-Aktiv. Ergebnisse der Frankfurter Bürgerbefragung - Auswertung der Exklusiv-Fragestellungen für das Sozialdezernat. Frankfurt am Main, August 2000; Gensicke, T.: Freiwilliges Engagement in den neuen und alten Bundesländern.

darfs an sozialen Infrastruktureinrichtungen, der in einigen Wohngebieten noch besteht, wurde von den Sozialrathäusern auch ein anderer Zugang zu den Problemgebieten empfohlen (aufsuchende Sozialarbeit, Streetwork etc.). Wenn diese Vorschläge aufgegriffen werden, ist zu überprüfen, wie sich der veränderte Handlungsansatz auf die soziale Situation in den betreffenden Gebieten auswirkt.

- **Verbesserung der Informationsbasis**

Um Wohngebiete frühzeitig identifizieren zu können, in denen sich soziale Probleme ballen, ist es notwendig, die Sozialraumbeobachtung flächendeckend durchzuführen.⁸⁶ Hierzu ist es erforderlich, das gesamte Stadtgebiet in voneinander unterscheidbare Sozialräume zu unterteilen. Eine solche Einteilung und Charakterisierung kann durch die nunmehr gebildeten Stadtteilteams in den Sozialrathäusern vorgenommen werden. In einem nächsten Schritt müssen die vorhandenen sozialstrukturellen Daten wie Altersaufbau, Sozialhilfequote, Arbeitslosendichte, Inanspruchnahme von Leistungen des ASD und der Jugendgerichtshilfe zusammengetragen und mit Angaben zur baulichen Seite und zur Infrastrukturausstattung ergänzt werden. Wenn es dann noch gelänge, den Anteil der einzelnen Haushaltstypen zu bestimmen, wäre im Vergleich zum gegenwärtigen Kenntnisstand viel gewonnen. Allerdings reichen, wie oben gezeigt werden konnte, diese Belastungsfaktoren wohl nicht aus, um problematische Wohnquartiere zu identifizieren. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Sozialhilfeempfänger, Arbeitslosen oder Nichtwählern geht nicht in jedem Fall mit einer Häufung von gewalttätigen Konflikten, Ehekrisen, kriminellem Verhalten etc. einher.⁸⁷ Vieles hängt davon ab, wie es dem Einzelnen und seinem sozialen Umfeld gelingt, mit Belastungen wie geringem Einkommen und Arbeitslosigkeit umzugehen.⁸⁸ Dies macht es notwendig, neben den sozialstrukturellen Merkmalen wie Einkommen, Sozialhilfebezug oder Haushaltstyp auch nach den Ressourcen und Unterstützungsnetzwerken der

Ergebnisse des Freiwilligensurveys 1999. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 25-26/2001, S. 24-32.

⁸⁶ vgl. als Beispiel für eine solche, das ganze Stadtgebiet erfassende, Sozialraumbeobachtung: Landeshauptstadt Düsseldorf. Sozialdezernat: Sozialräumliche Gliederung der Stadt Düsseldorf. Grundlage zur inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung von Planungsvorhaben der Jugend-, Sozial- und Gesundheitshilfe. Düsseldorf o.J.; Stadt Köln. amt für Kinder, Jugend und Familie - Jugendhilfeplanung: Sozialraumanalyse Köln. Wohnbereiche mit besonderem Jugendhilfebedarf. Datenkatalog. Indexvergleich. Köln o.J.

⁸⁷ Es sei daran erinnert, dass Segregationsanalysen meist von der Idee inspiriert sind, dass ausgewogene Bewohnerstrukturen am ehesten in der Lage sind, Erscheinungen sozialer Desorganisation zu verhindern und ein gelungenes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und sozialer Stellung zu ermöglichen.

⁸⁸ vgl. für den Bereich der Armutforschung: Leibfried, S./ Leisering, L.: Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat. Frankfurt am Main 1995, S. 158ff; für den Bereich der Arbeitslosenforschung: Büssing, A.: Arbeitslosigkeit - Differentielle Folgen aus psychologischer Sicht. In: Arbeit, Jg. 2 (1993), S. 5-19.

Betroffenen zu fragen und nach Verhaltensmerkmalen zu suchen, die am ehesten in der Lage sind, eine Gefährdung des Zusammenlebens und individuelles Leid anzuzeigen. Solche Indikatoren könnten z.B. die Mitgliedschaft in Vereinen, das Vorhandensein und die Struktur familialer und nachbarschaftlicher Netzwerke und Freundeskreise oder Gefühle des Alleinseins und der Perspektivlosigkeit sein.

Die Liste der Handlungsmöglichkeiten ist hiermit nicht abgeschlossen. Vielmehr sind Politik, Verwaltung und Bürgerschaft aufgerufen, nach Mitteln und Wegen zu suchen, die ein gelungenes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher sozialer Lage und Herkunft ermöglichen. Insbesondere sind all die Dinge von Interesse, die geeignet erscheinen, die Lebenssituation all derer zu verbessern, die am unteren Ende der Einkommens- und Wohlstandsskala leben und Defizite in zentralen Lebenslagebereichen aufweisen.

Anhang

1. **Sozialstrukturelle Merkmale in den Stadtbezirken von Frankfurt am Main**

Für die folgenden Tabellen und die mit den Daten vorgenommenen Berechnungen wurden wegen ihrer geringen Bewohnerzahl einige Stadtbezirke mit angrenzenden zusammengefasst. So ist der Stadtbezirk 40 im Stadtbezirk 50 enthalten, der Stadtbezirk 213 im Stadtbezirk 212, die Stadtbezirke 328 und 329 im Stadtbezirk 325, der Stadtbezirk 533 im Stadtbezirk im Stadtbezirk 532, der Stadtbezirk 592 im Stadtbezirk 591 und der Stadtbezirk 623 in 621, so dass sich eine Zahl von 111 Stadtbezirken ergibt.

Es werden die folgenden Merkmale betrachtet:

- **Ausländerquote** Ende 1999⁸⁹. Auswertungen des Mikrozensus für Frankfurt am Main hatten ergeben, dass unter Ausländern der Anteil der Haushalte mit einem niedrigen Einkommen deutlich höher ist als unter den Deutschen.⁹⁰ In Stadtbezirken mit einem hohen Ausländeranteil dürfte das Einkommensniveau deshalb unter dem Frankfurter Durchschnitt liegen.⁹¹
- durchschnittliche **Wohnfläche je Einwohner** eines Stadtbezirks im Jahre 1999. Die Wohnfläche je Einwohner spiegelt die materielle Situation ebenso wider wie die familiäre. In Familienhaushalten dürfte die Wohnfläche je Person geringer sein als in Ein- oder Zweipersonenhaushalten ohne Kinder, ohne dass die Wohnraumversorgung schlechter ist. Dies liegt daran, dass der Wohnflächenbedarf nicht genauso stark ansteigt wie die Personenzahl eines Haushalt. So kommen vier Personen immer noch mit einem Wohnzimmer aus, es sollte aber etwas größer sein als das eines Zweipersonenhaushalts. Des Weiteren ist die Möglichkeit, größere Wohnungen anzumieten, bei Familien mit Kindern aufgrund des geringeren Pro-Kopf-Einkommens deutlich eingeschränkt. Stadtbezirke, in denen mehr Haushalte mit Kindern vorhanden sind, werden im Hinblick auf die Wohnfläche je Einwohner schlechter ausgestattet sein als Stadtbezirke, in denen weniger Haushalte mit Kindern leben. Was in materieller Hinsicht als Benachteiligung interpretiert werden kann, bietet aber in sozialer Hinsicht manchen Vorteile, handelt es sich doch um Stadtbezirke, die in demographischer Hinsicht durchmischer sind als andere Stadtbezirke und in denen

⁸⁹ Wenn nicht anders vermerkt, wurden die Daten vom Amt für Statistik zur Verfügung gestellt.

⁹⁰ vgl. hierzu den Exkurs zur Einkommenssituation Frankfurter Haushalte in Teil III „Wohnungsversorgung“ des Frankfurter Sozialberichts.

⁹¹ Ein hoher Ausländeranteil deutet zudem auf eine Konzentration von Personen hin, die nur unzureichend in das politische System integriert sind: Nur ein Viertel der Ausländer in Frankfurt am Main verfügt, weil sie aus einem Land der EU kommen, über das kommunale Wahlrecht. Wo viele Ausländer leben, dürfte der Anteil der Menschen, die sich als Bürger zweiter Klasse fühlen, besonders hoch sein.

Probleme wie Vereinsamung und mangelnde Unterstützung geringer ausfallen dürften als in Stadtbezirken mit einem hohen Anteil an Einpersonenhaushalten.

- **Alter** ist für sich eine zentrale sozialstrukturelle Dimension. Es wurden drei Altersgruppen gebildet (0-14, 15-64 und 65 und älter), also die beiden Altersgruppen, die noch nicht oder nicht mehr im Erwerbsleben stehen, und die Gruppe der Personen im Erwerbsalter.
- Die **Wegzugs-** und **die Zuzugsquoten** zeigen nicht nur die unterschiedlich hohe „räumliche Bevölkerungsbewegung“ an, sie sind auch Indikatoren für die Einbindung von Menschen in ein Wohngebiet. Je weniger Menschen über längere Zeit in einem Stadtbezirk leben, um so geringer dürfte auch die soziale Einbindung der Menschen in ihr unmittelbares soziales Umfeld und ihre Identifikation mit dem Gemeinwesen, in dem sie leben, sein. Die Wegzugsquote ist definiert als der Anteil der Personen, die im Laufe eines Jahres aus einem Stadtbezirk weggezogen sind, an der Wohnbevölkerung des Stadtbezirks am Jahresende, die Zuzugsquote als der Anteil der Personen, die im Laufe eines Jahres in einen Stadtbezirk zugezogen sind, an der Wohnbevölkerung des Stadtbezirks am Jahresende.
- Die **Sozialhilfequote** Ende 1999⁹² sagt etwas über die materielle Lebenssituation eines Teils der Bevölkerung in einem Stadtbezirk aus. Das Selbe gilt für
- die **Arbeitslosendichte**, berechnet als Anteil der Arbeitslosen Ende Juni 2000 an der Bevölkerung mit Hauptwohnung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65).⁹³
- **Wahlbeteiligung** bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung 2001 (ohne Briefwähler). Von der Wahlbeteiligung weiß man, dass sie um so höher ist, je höher der Bildungsstand und das Einkommen der Bewohner eines Stadtbezirkes ist. Sie ist damit ein Schichtindikator. In Stadtbezirken mit hoher Wahlbeteiligung ist daher in der Regel auch der Anteil von Personen mit guter Bildung überdurchschnittlich. Für die folgenden Auswertungen standen nur die sog. „Urnenstimmen“ der letzten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung, also nicht die Briefwahlstimmen. Inwieweit hierdurch das Gesamtbild verfälscht wird, ist nicht ganz klar. Ein hoher Briefwahlanteil spricht aber dafür, dass gerade Personen, die im Hinblick auf das neue Wahlrecht Schwierigkeiten erwartet haben, von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch gemacht haben. Mithin würde eine geringe Wahlbeteiligung im Wahllokal genau das anzeigen, was hier intendiert ist, einen größeren Anteil von Personen mit geringer Bildung. Rd. 90 % der abgegebenen Stimmen

⁹² Es handelt sich um eine eigene Auswertung der an das Hessische Statistische Landesamt gemeldeten Sozialhilfedaten für die amtliche Sozialhilfestatistik.

⁹³ Wegen zu geringer Fallzahl mussten einige Stadtbezirke zusammengefasst werden. Trotzdem liegen für über 90 % der Stadtbezirke individuelle Arbeitslosendichten vor (vgl. Bürgeramt, Statistik und Wahlen: Frankfurter Statistik aktuell Nr. 29/2001: Kleinräumige Ergebnisse zur Arbeitslosigkeit in Frankfurt am Main am 30. Juni 2000).

waren Urnenstimmen, wurden also im Wahllokal abgegeben, und rd. 10 % Briefwahlstimmen. Hinzu kommt, dass 2001 zum ersten Mal nach einem neuen Wahlmodus gewählt wurde, was für viele abschreckend gewirkt haben könnte. Vergleiche von Teilnehmern der Bürgerumfrage 2000, die in Frankfurter Ortsteilen mit hoher und niedriger Wahlbeteiligung wohnen, zeigen sich statistische Zusammenhänge zwischen dem Wohnen in einer „Nichtwähler-Hochburgen“ und der Bildung, dem Einkommen, aber vor allem der Unzufriedenheit der Befragten mit der Wohngegend.⁹⁴ Befragte aus Nichtwähler-Hochburgen haben häufiger höchstens einen Hauptschulabschluss und sind häufiger unzufrieden mit ihrer Wohngegend als Befragte aus Ortsteilen mit hoher Wahlbeteiligung.

- Quote der Fälle von **Jugendgerichtshilfe** bei Strafverfahren (Anklageschriften) bei Jugendlichen und Heranwachsenden im Alter von 14 bis unter 21 Jahren im Jahre 1999.⁹⁵ Hierbei wurden Verstöße gegen das Ausländerrecht nicht berücksichtigt. Die Daten der Jugendgerichtshilfe erlauben Rückschlüsse auf die Kriminalitätsbelastung der Jugendlichen in einem Stadtbezirk. Allerdings handelt es sich hier nicht um Verurteilungen, sondern um Fälle, in denen es zu einer Anklage gekommen ist und in denen dann (automatisch) das Jugend- und Sozialamt eingeschaltet wurde.

In der folgenden Tabelle sind die Werte, die die Stadtbezirke in den einzelnen Merkmalen haben, aufgeführt. „Durchschnitt“ bedeutet hier „im Durchschnitt aller Stadtbezirke“. Wegen der von Stadtbezirk zu Stadtbezirk der unterschiedlichen Einwohnerzahlen weicht der so berechnete Durchschnitt geringfügig vom jeweiligen Wert für die Gesamtstadt ab. Bei der Ausländerquote beträgt die Differenz beispielsweise 0,4 Prozentpunkte.

⁹⁴ vgl. Hennig, E./ Lohde-Reif, R./ Sack, D.: Wahlenthaltung in der Großstadt: Das Beispiel Frankfurt am Main. In: Frankfurter statistische Berichte 3'2001, S. 224-251.

⁹⁵ Diese Daten beruhen auf einer Erhebungen des Jugend- und Sozialamtes.

Soziale und demographische Merkmale der Frankfurter Stadtbezirke

Erläuterung:

Die Durchschnittswerte sind aufgrund der Werte in den Stadtbezirke berechnet worden. Da die Stadtbezirke unterschiedlich viele Einwohner haben, unterscheiden sich die so errechneten Mittelwerte geringfügig von den Werten, die man erhalten würden, wenn man die Daten für Frankfurt insgesamt zugrundelegen würde.

Die Werte, die dem obersten Fünftel angehören, sind fett gedruckt. Ausnahmen sind die Wohnfläche je Einwohner und die Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung. Hier sind die niedrigsten Werte herausgehoben worden.

Bei der Berechnung des Anteils an Jugendgerichtshilfe wurden wegen geringer Fallzahl die Stadtbezirke 050 und 060 zusammengefasst, so dass beide Bezirke den selben Wert haben.

Nr.	Stadtbezirk	Ausländerquote Ende 1999	Wohnfläche pro Kopf in qm 1999	Personen 0-14 in % Ende 1999	Personen 15-64 in % Ende 1999	Personen 65 und älter in % Ende 1999	Wegzugsquote 1999	Zuzugsquote 1999	Jugendgerichtshilfe 1999	Sozialhilfequote Ende 1999	Arbeitslosendichte Juni 2000	Wahlbeteiligung 2001
	<i>Durchschnitt</i>	29,4	35,6	12,3	71,8	15,9	16,4	16,6	5,7	5,8	5,5	40,1
	<i>Minimum</i>	10,2	22,2	7,4	61,8	5,22	7,5	7,1	0,85	0,8	2,4	21,4
	<i>Maximum</i>	73,1	46,7	21,0	85,1	27,0	47,2	49,7	17,5	14,4	15,2	56,9
	<i>Standardabweichung</i>	11,6	5,0	2,9	5,1	4,1	6,4	6,6	3,0	2,8	1,9	6,8
010	Altstadt	32,6	38,3	8,8	69,0	22,2	13,9	14,8	7,4	6,2	6,4	41,7
050	Innenstadt	43,0	45,3	8,1	80,2	11,7	25,0	31,4	9,0	7,6	5,8	26,6
060	Innenstadt	47,6	35,0	8,8	79,3	11,9	27,4	23,5	9,0	7,4	5,8	21,4
070	Innenstadt	54,6	29,8	7,5	77,9	14,6	28,8	30,5	12,9	8,0	6,6	21,4
080	Innenstadt	45,1	26,7	8,1	73,4	18,6	18,7	20,3	7,6	6,2	6,3	33,7
090	Bahnhofsviertel	63,2	42,6	7,4	85,1	7,6	47,2	36,7	8,9	7,2	9,1	26,7
100	Westend-Süd	28,1	46,7	8,3	76,0	15,7	19,7	20,5	1,7	2,4	2,4	38,7
110	Westend-Süd	24,5	44,6	7,5	75,2	17,3	16,8	15,8	4,9	2,5	2,4	41,8
120	Nordend-West	28,1	40,2	8,4	79,2	12,4	20,2	20,3	4,4	3,5	4,2	41,6
130	Nordend-Ost	29,9	38,1	8,7	77,5	13,8	16,1	14,9	5,9	4,7	5,4	40,6

Nr.	Stadtbezirk	Ausländer- quote Ende 1999	Wohnflä- che pro Kopf in qm 1999	Personen 0- 14 in % Ende 1999	Personen 15-64 in % Ende 1999	Personen 65 und älter in % Ende 1999	Wegzugs- quote 1999	Zuzugs- quote 1999	Jugendge- richtshilfe 1999	Sozialhilfe- quote Ende 1999	Arbeitslo- sendichte Juni 2000	Wahlbetei- ligung 2001
	<i>Durchschnitt</i>	29,4	35,6	12,3	71,8	15,9	16,4	16,6	5,7	5,8	5,5	40,1
140	Ostend	42,8	32,3	10,7	74,7	14,7	19,7	23,9	6,3	8,6	6,3	32,6
151	Gutleutviertel	52,8	31,3	10,3	74,5	15,2	23,2	22,3	9,9	8,3	8,1	31,9
152	Gallusviertel	73,1	41,5	10,4	83,8	5,8	44,3	49,7	17,5	14,1	15,2	24,1
153	Gallusviertel	62,3	22,2	21,0	73,8	5,2	24,1	23,1	8,9	12,4	11,8	22,3
154	Gallusviertel	32,3	30,1	10,8	71,0	18,2	16,1	14,3	7,4	9,5	8,2	35,2
161	Gallusviertel	55,0	28,6	9,3	79,9	10,7	24,1	23,8	4,7	8,9	7,6	30,0
162	Gallusviertel	51,6	28,2	12,8	75,3	12,0	30,2	32,2	7,7	7,2	6,4	35,0
163	Bockenheim	15,7	38,8	11,3	64,6	24,1	11,6	10,3	4,9	2,9	4,5	46,7
164	Gallusviertel	38,1	31,3	12,8	66,4	20,8	14,1	13,6	7,8	5,2	6,2	38,8
165	Gallusviertel	40,1	29,3	14,6	70,4	15,1	13,8	15,3	2,9	9,6	7,9	32,6
170	Westend-Süd	30,7	42,1	9,1	78,2	12,7	20,3	20,7	7,4	1,9	3,2	37,6
180	Westend-Süd	26,0	45,5	10,0	76,9	13,2	15,2	15,5	2,5	1,8	2,7	39,6
191	Westend-Nord	26,2	45,3	10,1	77,7	12,2	17,6	18,7	2,0	2,3	3,3	39,2
192	Westend-Nord	33,7	36,7	13,0	70,7	16,3	14,1	13,3	5,6	7,2	6,5	37,9
201	Nordend-West	21,2	42,4	8,8	76,7	14,5	16,6	15,0	1,3	2,5	2,8	43,5
202	Nordend-West	16,1	38,2	8,4	66,5	25,1	10,6	9,4	2,0	1,9	3,6	43,8
203	Nordend-West	21,2	45,6	11,1	72,9	16,0	15,6	17,0	1,1	1,9	3,6	46,7
211	Nordend-West	29,8	37,5	9,6	80,3	10,1	19,2	17,4	2,6	3,5	4,4	44,2
212	Nordend-West	36,2	34,4	9,5	77,8	12,7	19,6	18,6	4,6	3,7	3,6	41,0
221	Nordend-Ost	25,5	39,8	9,8	79,3	10,9	16,8	15,9	10,2	4,0	4,9	41,6
222	Nordend-Ost	28,3	34,5	12,3	73,9	13,8	14,7	15,4	5,7	5,9	5,9	43,2

Nr.	Stadtbezirk	Ausländer- quote Ende 1999	Wohnflä- che pro Kopf in qm 1999	Personen 0- 14 in % Ende 1999	Personen 15-64 in % Ende 1999	Personen 65 und älter in % Ende 1999	Wegzugs- quote 1999	Zuzugs- quote 1999	Jugendge- richtshilfe 1999	Sozialhilfe- quote Ende 1999	Arbeitslo- sendichte Juni 2000	Wahlbetei- ligung 2001
	<i>Durchschnitt</i>	29,4	35,6	12,3	71,8	15,9	16,4	16,6	5,7	5,8	5,5	40,1
230	Nordend-Ost	30,3	36,5	9,4	78,1	12,5	19,3	17,1	3,1	6,6	5,3	37,0
240	Nordend-Ost	34,1	34,3	9,0	78,7	12,3	21,0	21,1	7,1	6,2	5,5	34,9
251	Ostend	30,1	35,3	10,7	69,1	20,2	13,8	14,3	6,0	6,5	7,5	39,7
252	Ostend	21,1	38,8	9,2	72,4	18,5	15,5	14,9	7,2	3,6	4,9	47,1
261	Osthf.+ Ostpark	51,9	27,0	11,3	76,6	12,1	32,8	32,0	7,6	9,0	8,2	31,3
262	Riederwald	23,4	30,4	13,1	67,4	19,4	11,8	11,7	5,4	8,1	7,4	38,2
271	Bornheim	23,5	35,5	9,7	77,1	13,2	18,2	19,2	10,2	4,2	4,5	40,4
272	Bornheim	28,3	34,1	12,9	70,1	17,0	15,0	12,8	5,3	5,9	5,8	37,8
281	Bornheim	19,6	34,3	9,5	65,2	25,3	9,8	10,6	2,9	5,3	5,9	42,8
282	Bornheim	31,8	34,7	11,1	72,7	16,2	15,9	15,9	5,6	6,5	5,9	38,9
290	Bornheim	26,6	32,5	9,5	69,6	20,8	14,6	14,7	9,4	9,7	5,8	43,9
300	Sachsenh.-Nord	38,7	34,4	8,8	80,4	10,8	22,1	21,0	4,2	6,6	5,8	33,8
321	Sachsenh.-Nord	22,3	44,2	9,6	79,0	11,5	15,5	13,7	3,0	2,5	3,5	44,3
322	Sachsenh.-Nord	20,6	41,3	12,7	68,3	19,0	12,9	13,9	2,6	5,4	4,3	46,1
323	Sachsenh.-Süd	24,8	46,6	10,8	73,5	15,8	17,3	17,3	6,4	3,3	3,3	43,3
324	Sachsenh.-Nord	23,1	40,2	9,9	76,1	13,9	16,5	15,4	2,4	2,2	3,9	43,3
325	Sachsenh.-Süd	10,8	37,2	15,2	73,9	10,9	20,1	23,5	3,2	2,1	3,3	42,7
326	Fr.-Kissel-Sdlg.	25,4	32,2	11,2	61,8	27,0	10,1	9,7	5,2	7,5	7,0	37,8
331	Sachsenh.-Nord	42,0	31,9	10,6	80,7	8,7	19,2	29,0	5,3	5,5	5,1	33,9
332	Sachsenh.-Süd	18,7	43,1	10,5	67,5	22,0	12,6	13,7	2,8	3,2	3,2	49,8
341	Bockenheim	36,5	35,2	10,2	79,1	10,7	21,2	17,7	9,4	6,7	6,3	38,1

Nr.	Stadtbezirk	Ausländer- quote Ende 1999	Wohnflä- che pro Kopf in qm 1999	Personen 0- 14 in % Ende 1999	Personen 15-64 in % Ende 1999	Personen 65 und älter in % Ende 1999	Wegzugs- quote 1999	Zuzugs- quote 1999	Jugendge- richtshilfe 1999	Sozialhilfe- quote Ende 1999	Arbeitslo- sendichte Juni 2000	Wahlbetei- ligung 2001
	<i>Durchschnitt</i>	29,4	35,6	12,3	71,8	15,9	16,4	16,6	5,7	5,8	5,5	40,1
342	Bockenheim	40,6	40,2	11,6	74,5	13,9	21,1	24,0	4,7	8,1	5,3	36,0
343	Bockenheim	36,2	38,5	7,9	74,9	17,2	23,1	22,4	7,4	4,2	4,0	36,1
350	Bockenheim	38,2	33,0	12,4	73,4	14,2	17,1	18,4	13,4	6,3	5,7	39,0
361	Bockenheim	29,6	37,2	10,8	78,8	10,5	19,3	18,6	6,8	4,7	4,4	43,7
362	Bockenheim	31,6	37,8	11,1	76,5	12,4	21,9	24,3	5,1	2,7	3,2	42,1
371	Niederrad-Nord	31,9	33,4	11,5	74,7	13,9	19,0	19,2	5,3	4,8	4,6	35,3
372	Niederrad-Süd	32,3	35,2	12,3	69,6	18,1	14,2	14,7	4,9	3,5	4,2	39,9
380	Oberrad	24,6	36,5	10,9	72,6	16,5	14,9	15,1	3,6	6,5	5,3	44,7
390	Seckbach	20,9	36,7	12,1	66,8	21,1	13,3	14,6	6,2	4,6	4,6	45,7
401	Rödelheim-Ost	30,8	34,1	12,4	70,7	16,9	16,4	15,3	6,8	7,6	7,2	41,1
402	Rödelheim-W.	27,2	36,7	12,0	73,0	15,0	13,1	13,8	5,6	6,4	5,7	44,4
410	Hausen	29,6	34,4	14,6	69,4	16,0	15,2	14,2	8,9	7,2	5,2	45,0
422	Siedlg. Praunh.	20,1	36,5	14,4	65,8	19,9	9,8	10,0	2,5	4,5	4,4	47,5
423	Praunh.-Wesths.	14,5	30,4	12,9	69,6	17,6	9,9	11,6	3,4	5,0	6,0	42,9
424	Praunheim-Süd	14,0	43,5	10,6	64,3	25,1	8,5	9,3	1,8	2,1	3,1	55,3
425	Alt-Praunheim	22,4	30,2	11,5	74,2	14,3	15,3	18,9	3,1	2,9	3,1	39,5
426	Praunheim-N.	25,3	35,1	15,5	67,6	17,0	10,3	9,8	9,7	7,4	6,7	53,5
431	Heddernh.-Ost	23,1	35,8	16,2	69,7	14,1	14,7	14,8	11,9	6,5	5,4	43,5
432	Heddernh.-W.	23,6	31,1	15,3	64,2	20,6	10,6	10,6	4,9	6,3	5,4	44,8
441	Ginnheim	24,1	37,3	18,7	65,7	15,6	13,7	11,8	7,6	8,4	4,9	44,4
442	Dornbusch-W.	19,0	44,6	11,3	69,0	19,7	11,0	12,5	1,7	3,1	3,3	50,4

Nr.	Stadtbezirk	Ausländer- quote Ende 1999	Wohnflä- che pro Kopf in qm 1999	Personen 0- 14 in % Ende 1999	Personen 15-64 in % Ende 1999	Personen 65 und älter in % Ende 1999	Wegzugs- quote 1999	Zuzugs- quote 1999	Jugendge- richtshilfe 1999	Sozialhilfe- quote Ende 1999	Arbeitslo- sendichte Juni 2000	Wahlbetei- ligung 2001
	<i>Durchschnitt</i>	29,4	35,6	12,3	71,8	15,9	16,4	16,6	5,7	5,8	5,5	40,1
451	Eschersh.-Nord	21,1	37,6	13,0	69,8	17,2	14,2	14,6	3,4	5,2	5,0	45,7
452	Eschersh.-Süd	18,1	39,2	12,0	67,2	20,9	12,4	13,3	4,1	5,7	4,9	49,0
461	Eckenheim	29,0	32,3	14,8	67,1	18,1	13,1	12,4	5,9	9,2	6,4	39,0
462	Dornbusch-Ost	19,7	37,1	11,6	64,6	23,8	12,1	12,1	5,7	4,0	3,8	47,6
463	Dornbusch-Ost	15,4	44,7	9,7	69,4	20,9	10,5	10,6	2,3	1,5	3,8	49,8
470	Preungesheim	28,4	33,2	14,0	68,9	17,1	13,2	12,6	4,7	9,0	7,9	40,5
481	Niederursel-Ost	24,0	30,7	16,6	67,2	16,3	10,0	18,1	6,3	7,4	5,2	46,2
482	Niederursel-W.	24,6	33,0	14,7	62,7	22,7	9,6	11,1	9,0	7,0	6,7	42,5
491	Bonames	21,9	32,8	15,6	66,7	17,7	12,3	12,5	6,3	14,4	6,7	39,3
492	Frankfurter Bg.	23,0	32,3	16,1	69,1	14,8	12,2	11,5	6,0	10,9	6,7	40,4
500	Berkersheim	18,5	38,0	19,1	69,1	11,7	12,0	13,1	2,2	5,6	4,4	48,1
510	Fechenh.-Nord	34,2	30,5	15,4	66,8	17,8	14,7	14,6	7,0	9,3	8,0	34,8
520	Fechenh.-Süd	34,5	30,8	17,0	67,1	15,8	16,3	15,8	9,2	9,6	7,7	37,8
531	Schwanheim	18,8	36,5	14,2	66,5	19,3	11,4	13,7	3,9	3,3	4,8	45,4
532	Goldstein-West	20,3	35,1	17,1	65,2	17,8	9,7	9,6	4,3	6,4	5,0	39,3
541	Griesheim-Ost	38,3	29,3	12,0	76,8	11,2	29,1	33,3	6,1	4,6	3,5	36,7
542	Griesheim-Ost	37,1	28,1	15,0	66,3	18,6	11,3	11,9	8,6	9,0	7,9	34,5
551	Griesheim-West	34,4	32,7	12,9	73,1	14,0	14,1	14,5	2,3	2,4	5,3	37,7
552	Griesheim-West	34,8	31,3	14,5	70,1	15,5	17,3	15,5	8,4	8,2	6,3	33,0
561	Nied-Süd	33,5	31,4	14,3	70,7	15,0	14,0	13,9	8,4	5,6	6,3	37,6
562	Nied-Nord	23,7	34,0	15,5	70,5	14,0	12,6	11,5	7,0	4,6	4,9	40,6

Nr.	Stadtbezirk	Ausländer- quote Ende 1999	Wohnflä- che pro Kopf in qm 1999	Personen 0- 14 in % Ende 1999	Personen 15-64 in % Ende 1999	Personen 65 und älter in % Ende 1999	Wegzugs- quote 1999	Zuzugs- quote 1999	Jugendge- richtshilfe 1999	Sozialhilfe- quote Ende 1999	Arbeitslo- sendichte Juni 2000	Wahlbetei- ligung 2001
	<i>Durchschnitt</i>	29,4	35,6	12,3	71,8	15,9	16,4	16,6	5,7	5,8	5,5	40,1
570	Höchst-West	36,8	29,0	14,3	66,6	19,0	26,0	24,9	8,3	8,7	6,7	35,1
580	Höchst-Ost	45,1	31,8	14,0	76,2	9,8	23,8	22,5	2,1	5,9	6,6	29,1
591	Höchst-Süd	42,9	32,4	16,3	73,5	10,3	19,0	17,9	4,4	5,7	6,2	34,5
601	Sindlingen-Süd	26,1	31,8	15,9	68,5	15,6	14,9	15,2	7,2	6,7	6,2	40,9
602	Sindlingen-Nord	17,6	29,7	14,5	66,0	19,5	10,5	9,6	5,2	3,8	5,7	40,2
604	Zeilsheim-Ost	18,4	31,3	13,5	64,4	22,0	9,7	9,3	4,3	2,9	5,5	38,0
611	Zeilsheim-Süd	14,3	34,2	11,6	68,4	20,0	7,5	7,1	1,6	0,8	4,7	42,8
612	Zeilsheim-Nord	25,4	30,8	17,3	65,2	17,5	12,4	12,5	11,4	7,9	7,1	34,2
621	Unterlandb.-M.	19,8	38,3	12,7	67,4	19,8	14,9	13,4	3,5	2,1	4,3	46,2
622	Unterlandb.-O.	33,2	29,8	16,2	67,3	16,5	14,8	16,8	5,1	8,9	7,7	32,1
631	Sossenheim-We.	25,8	33,3	17,0	68,4	14,6	12,4	12,7	0,9	8,0	6,5	38,4
632	Sossenheim-Ost	32,7	30,4	17,4	68,9	13,7	13,3	12,6	6,5	7,6	6,4	34,8
640	Nieder-Erlenbach	12,8	41,3	15,7	70,3	13,9	12,0	12,7	1,2	2,4	2,8	55,2
650	Kalbach	13,1	38,6	16,6	70,9	12,5	11,7	13,9	2,0	2,9	3,0	51,5
660	Harheim	10,2	41,1	13,6	71,4	15,0	10,6	8,5	0,9	1,4	3,1	56,9
670	Nieder-Eschbach	21,9	34,8	17,2	68,5	14,3	12,4	13,1	4,8	8,8	6,6	43,9
680	Bergen-Enkheim	15,6	41,2	13,1	69,9	16,9	11,2	11,9	4,3	2,6	3,5	49,7

Auf den folgenden Seiten finden sich die folgenden sechs Übersichtskarten:

- Sozialhilfequote in den Frankfurter Stadtbezirken Ende 1999
- Arbeitslosendichte in den Frankfurter Stadtbezirken Ende Juni 2000
- Stadtbezirke mit hoher oder sehr hoher Sozialhilfequote und Arbeitslosendichte
- Ausländerquote in den Frankfurter Stadtbezirken Ende 1999
- Anteil von Personen bis 14 Jahren an Wohnbevölkerung in den Frankfurter Stadtbezirken Ende 1999
- Anteil von Personen über 64 an Wohnbevölkerung in den Frankfurter Stadtbezirken Ende 1999

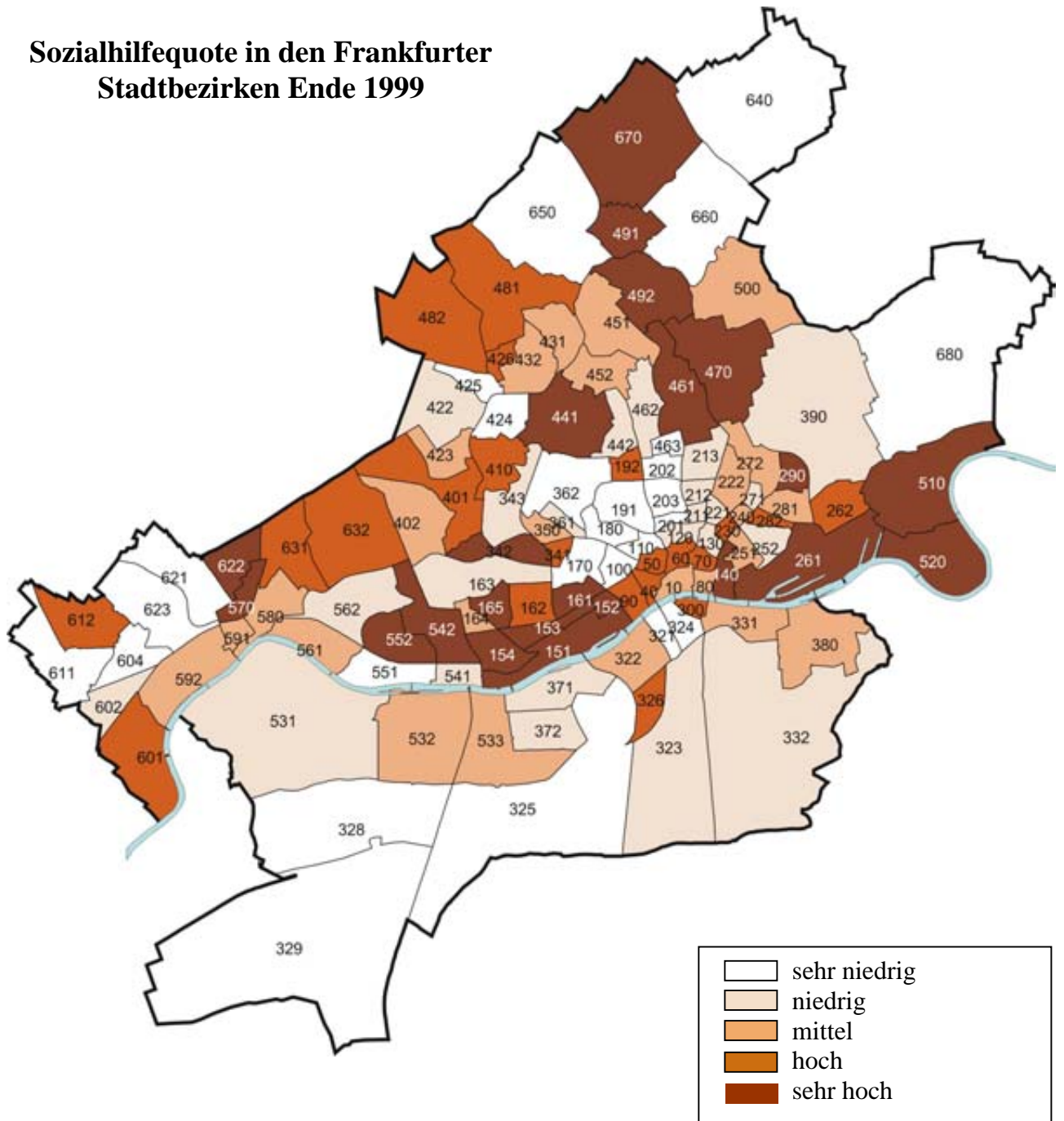
Für diese Karten sind die Stadtbezirke für jedes Merkmal in fünf in etwa gleich große Gruppen mit sehr niedriger, niedriger, mittlerer, hoher und sehr hoher Ausprägung der betrachteten Merkmale eingeteilt worden. Welche Werte sich jeweils hinter „sehr niedrig“ bis „sehr hoch“ verbergen, kann der folgenden Übersicht entnommen werden. Hierbei sind die Werte nur bis zur ersten Stelle hinter dem Komma angegeben.

Wertebereiche bei der Einteilung in fünf in etwa gleich große Gruppen bei fünf sozialstrukturelle Merkmalen. Angaben in Prozent.

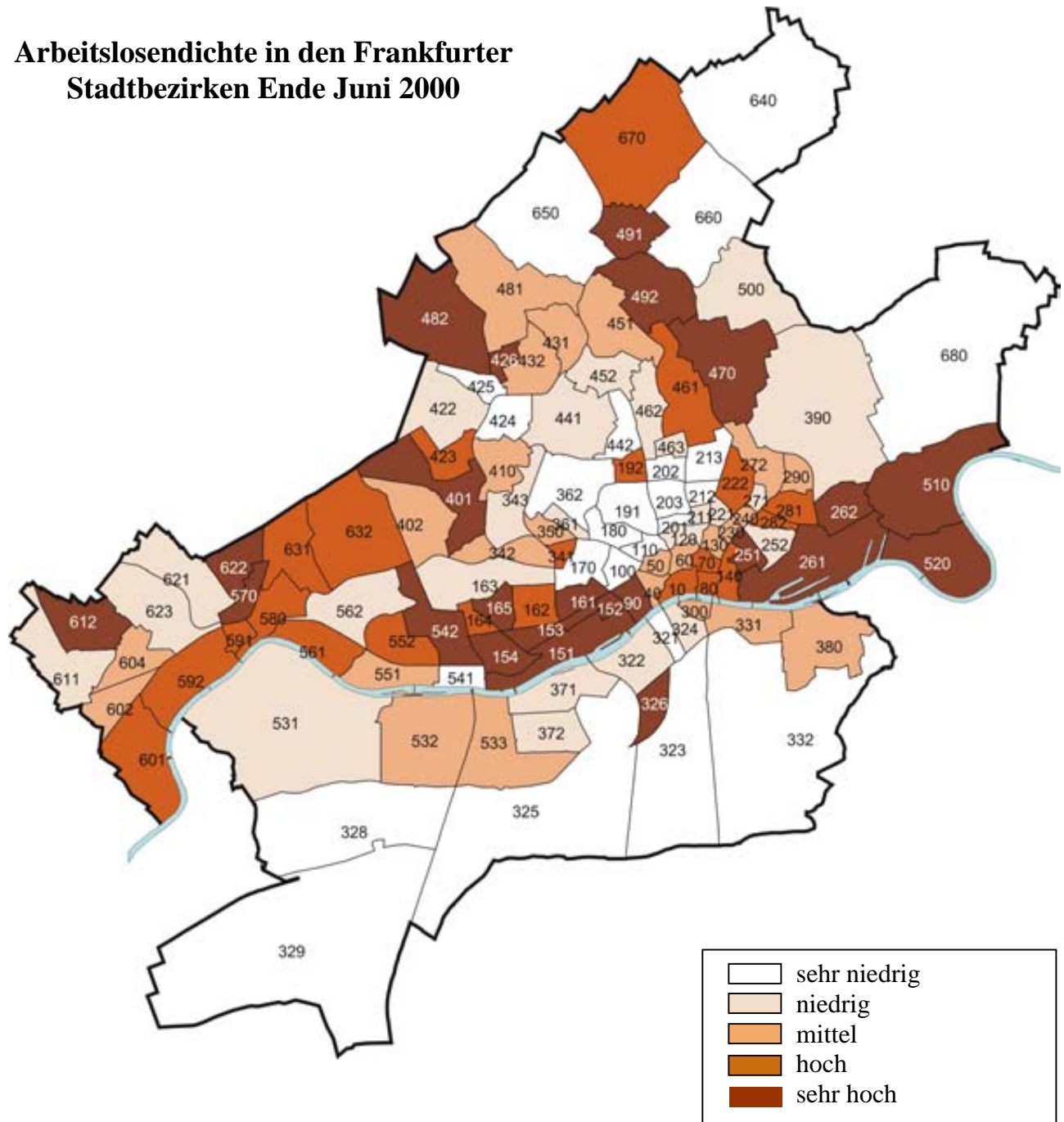
	sehr niedrig	niedrig	mittel	hoch	sehr hoch
Sozialhilfequote	0,8 - 2,9	2,9 - 4,8	5,0 - 6,5	6,6 - 8,1	8,1 - 14,4
Arbeitslosendichte	2,4 - 3,6	3,8 - 4,9	5,0 - 5,8	5,9 - 6,6	6,7 - 15,2
Ausländerquote	10,2 - 20,1	20,3 - 24,6	24,6 - 30,1	30,3 - 36,8	37,1 - 73,1
Anteil von Personen bis 14	7,4 - 9,5	9,6 - 11,1	11,1 - 12,9	12,9 - 15,2	15,3 - 21,0
Anteil von Personen über 64	5,2 - 12,3	12,4 - 14,5	14,6 - 16,9	16,9 - 19,4	19,4 - 27,0

Die sechs Übersichtskarten wurden vom Bürgeramt, Statistik und Wahlen (12.42) erstellt. Die Nummern stimmen mit den in der letzten Tabelle angegebenen Stadtbezirksnummern überein.

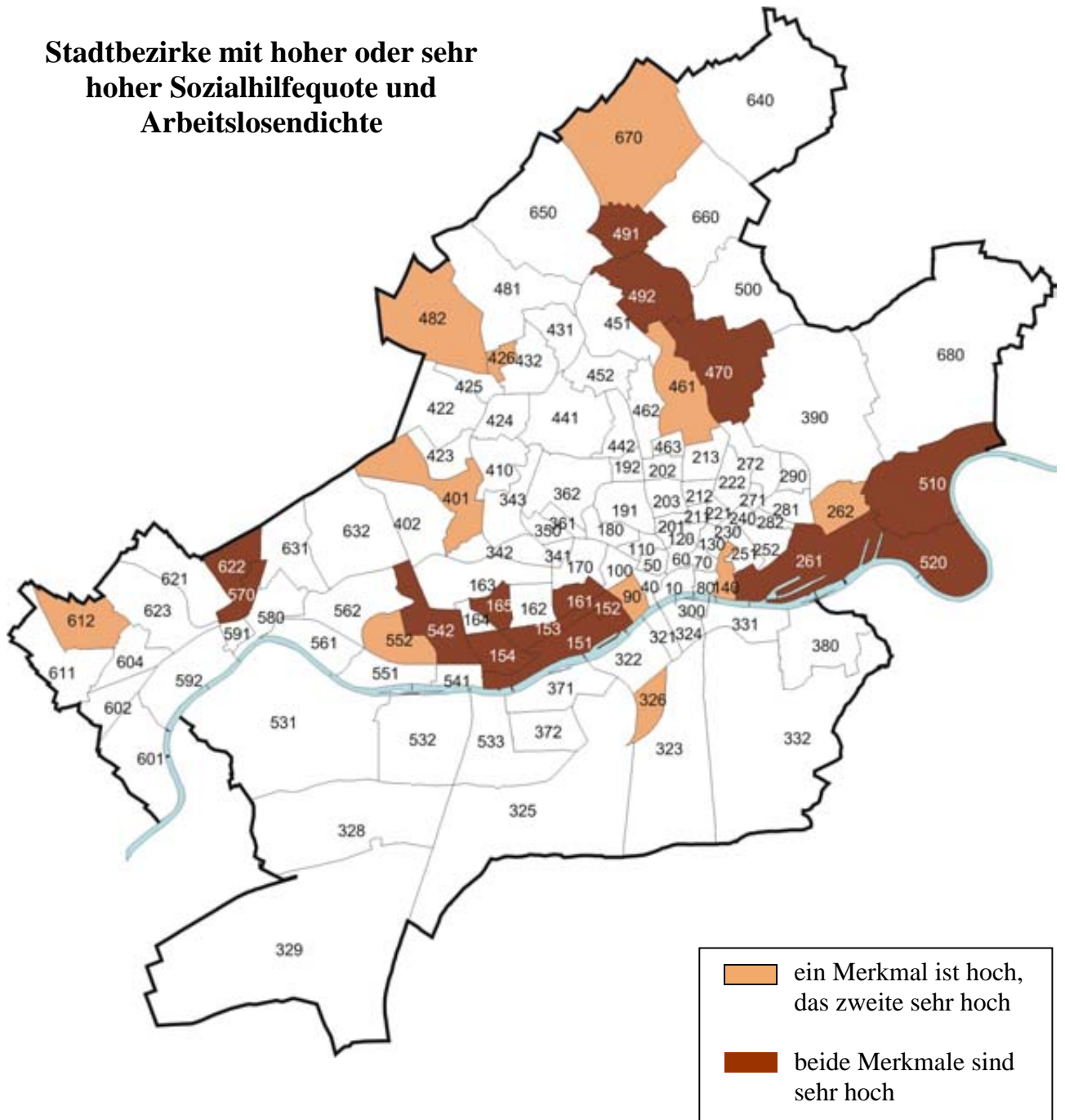
Sozialhilfequote in den Frankfurter Stadtbezirken Ende 1999



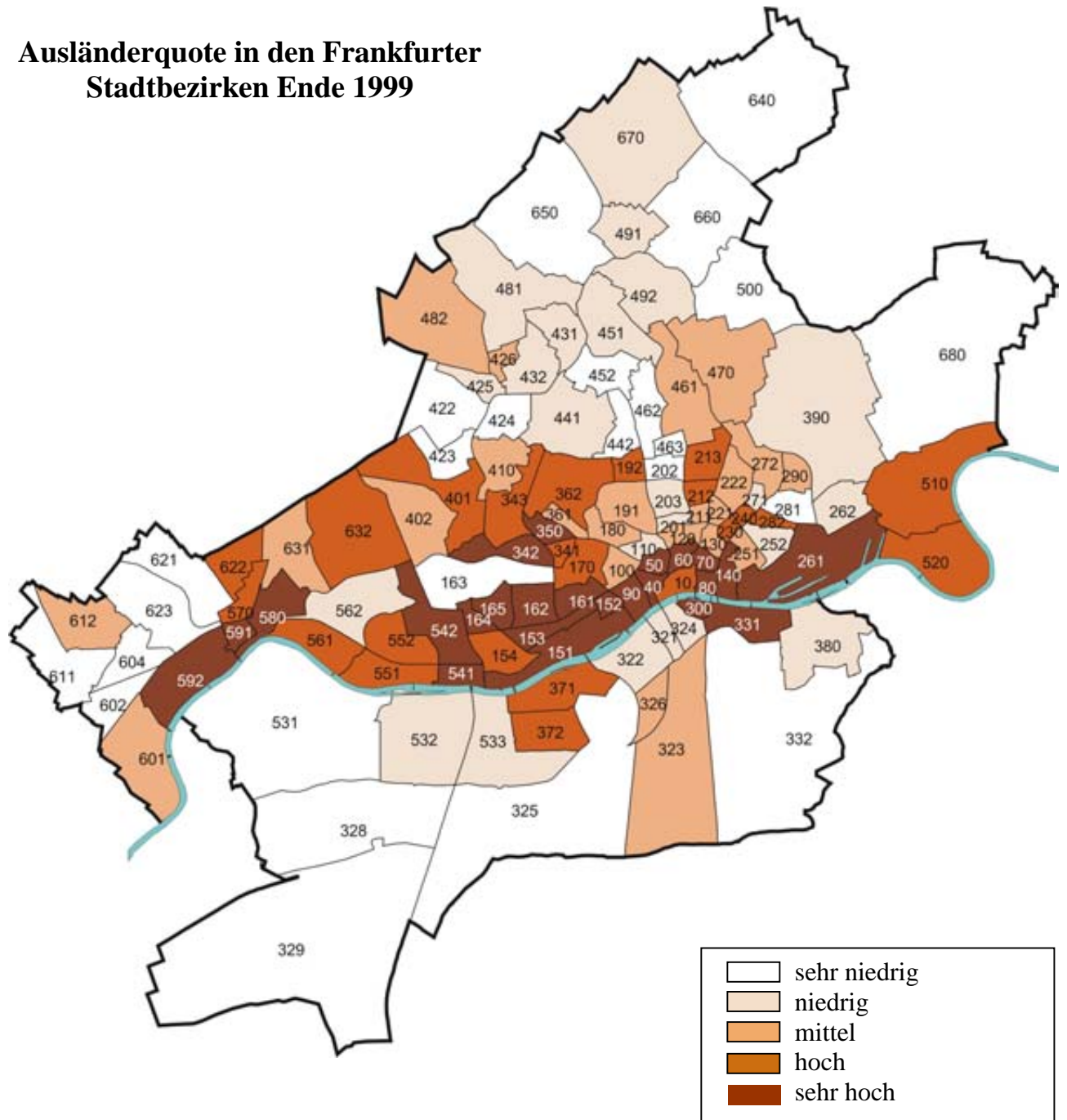
Arbeitslosendichte in den Frankfurter Stadtbezirken Ende Juni 2000



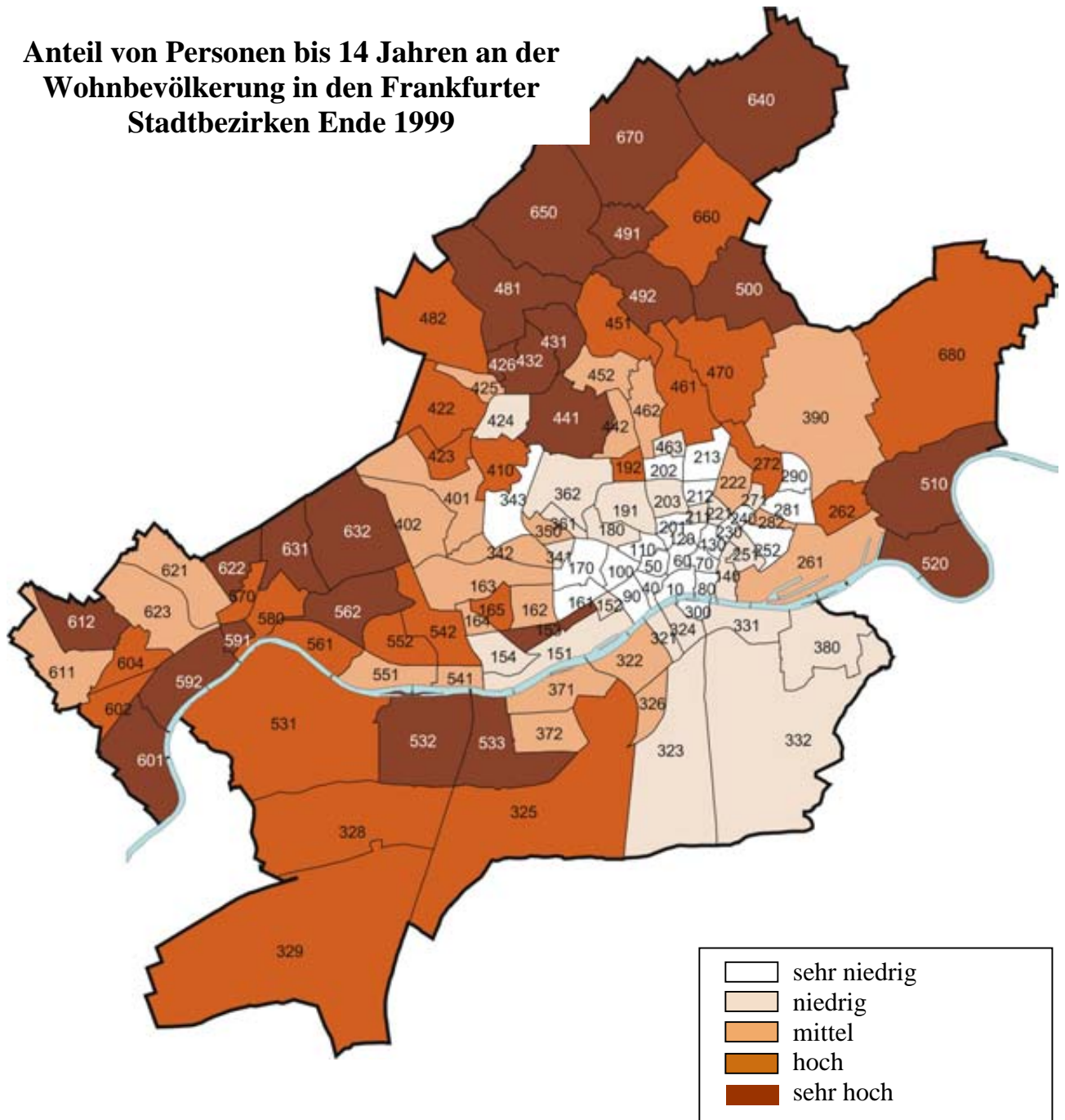
Stadtbezirke mit hoher oder sehr hoher Sozialhilfequote und Arbeitslosendichte



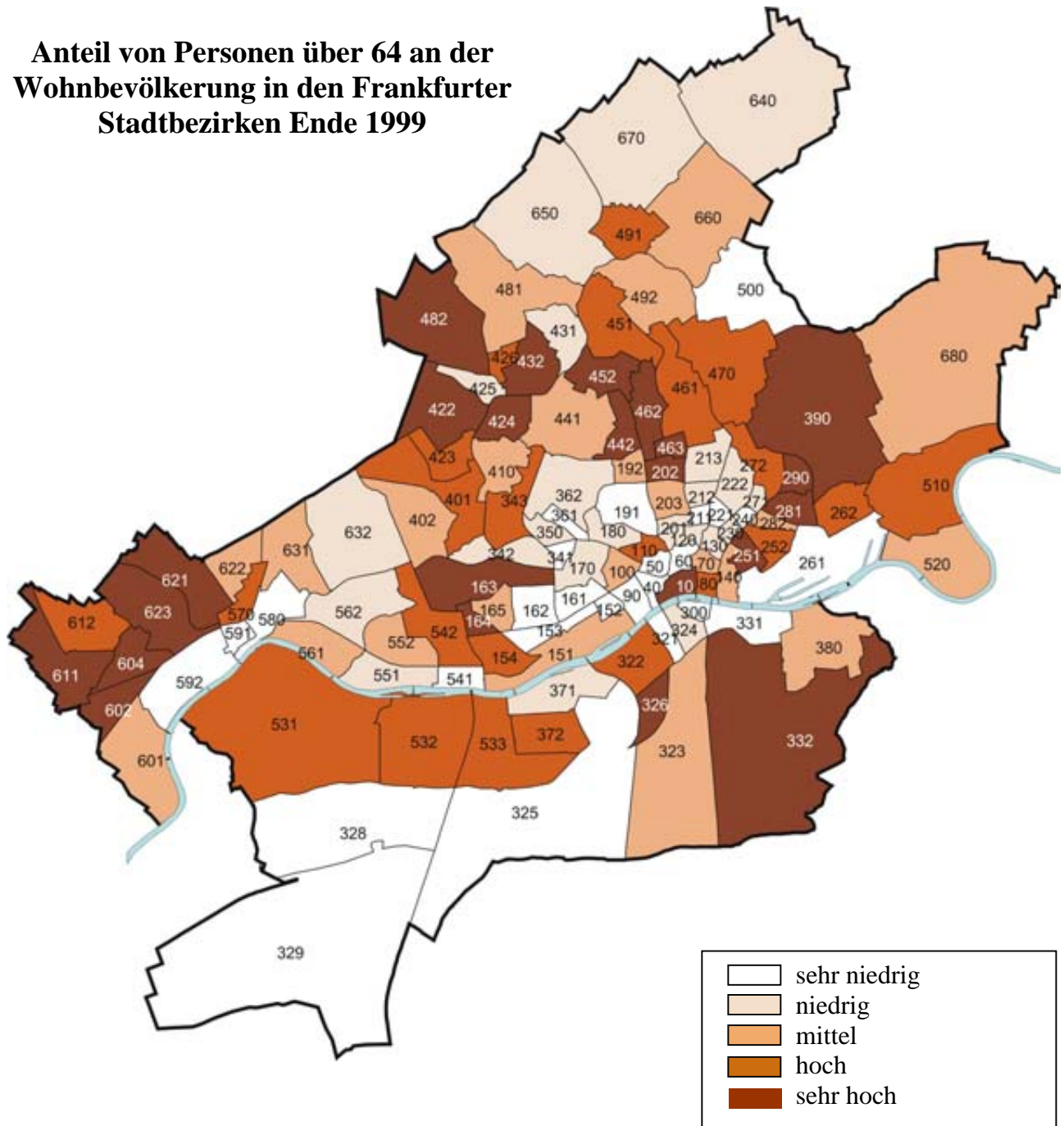
Ausländerquote in den Frankfurter Stadtbezirken Ende 1999



Anteil von Personen bis 14 Jahren an der Wohnbevölkerung in den Frankfurter Stadtbezirken Ende 1999



Anteil von Personen über 64 an der Wohnbevölkerung in den Frankfurter Stadtbezirken Ende 1999



In der folgenden Tabelle sind die statistischen Zusammenhänge, die sog. Produkt-Moment-Korrelationen, zwischen den in der ersten Tabelle aufgeführten Merkmalen ausgewiesen. Tabelle 2.2 im Haupttext gibt einen Teil der hier aufgeführten Werte wieder. Zwischen den betrachteten Merkmalen bestehen die folgenden Zusammenhänge:

- Die Ausländerquote ist in den Stadtbezirken hoch, in denen die Wohnfläche je Einwohner, die Wahlbeteiligung und der Anteil älterer Personen niedrig, in denen aber der Anteil von Personen im Erwerbsalter, die Wegzugs- und Zuzugsquote, der Anteil von Fällen der Jugendgerichtshilfe, die Sozialhilfequote und die Arbeitslosendichte hoch sind.
- Die Wohnfläche je Einwohner ist umso geringer, je höher der Ausländeranteil, der Anteil von Kindern, die Sozialhilfequote und die Arbeitslosendichte sind und je mehr Fälle von Jugendgerichtshilfe es gibt. Die Wohnfläche ist hingegen in den Stadtbezirken hoch, in denen die Wahlbeteiligung hoch ist.
- Ein hoher Anteil von Kindern an der Wohnbevölkerung eines Stadtbezirks geht mit einer geringen Wohnfläche je Einwohner, einer hohen Sozialhilfequote, niedrigen Wegzugs- und Zuzugsquoten und niedrigem Anteil von Personen im Erwerbsalter einher.
- Der Anteil von Personen im Erwerbsalter (15 bis unter 65) ist in den Stadtbezirken mit hohem Ausländeranteil und hohen Wegzugs- und Zuzugsquoten hoch. In den Stadtbezirken mit hohem Anteil von Personen im Erwerbsalter ist der Kinderanteil, der Altenanteil und die Wahlbeteiligung niedrig.
- Dort, wo der Anteil ältere Bewohner hoch, sind der Anteil von Personen im Erwerbsalter, die Wegzugs- und Zuzugsquote niedrig, während die Wahlbeteiligung (bezogen auf die wahlberechtigte Bevölkerung) hoch ist.
- Hohe Wegzugs- und Zuzugsquoten finden sich in Stadtbezirken mit hohem Ausländeranteil und einem hohen Anteil von Personen zwischen 15 und 64 und einem niedrigen Altenanteil, einer geringen Wahlbeteiligung und hoher Arbeitslosendichte.
- Die Arbeitslosendichte ist um so höher, je höher die Ausländerquote, die Sozialhilfequote und der Anteil der Fälle von Jugendgerichtshilfe und je niedriger die Wahlbeteiligung und die Wohnfläche je Einwohner sind.
- Die Zahl von Fällen der Jugendgerichtshilfe pro 100 Jugendliche ist in Stadtbezirken mit hohem Ausländeranteil, geringer Wohnfläche je Einwohner, hoher Zuzugs- und Wegzugsquote, hoher Sozialhilfequote, hoher Arbeitslosendichte und geringer Wahlbeteiligung hoch.

- Die Wahlbeteiligung um so höher, je niedriger die Sozialhilfequote, der Ausländeranteil, die Arbeitslosendichte, der Anteil von Fällen der Jugendgerichtshilfe und die Wegzugs- und die Zuzugsquote sind und je mehr Wohnraum pro Einwohner zur Verfügung steht.

Fasst man diese Informationen zusammen, dann gibt es deutliche Zusammenhänge zwischen Belastungsmerkmalen wie Arbeitslosendichte, Sozialhilfequote, geringer Wohnfläche je Einwohner, niedriger Wahlbeteiligung und hohem Anteil an Fällen der Jugendgerichtshilfe einerseits und dem Ausländeranteil andererseits.

Korrelationen zwischen sozialen und demographischen Merkmalen in den Stadtbezirken von Frankfurt am Main

	Ausländer- quote	Wohnfläche pro Kopf	Alter 0-14	Alter 15-64	Alter 65 und älter	Wegzugs- quote	Zuzugs- quote	Jugendge- richtshilfe	Sozialhilfe- quote	Arbeitslo- sendichte	Wahlbetei- ligung
Ausländer- quote		-.37	-.18	.55	-.54	.82	.79	.57	.57	.67	-.85
Wohnfläche	-.37		-.43	.23	.02	-.03	-.04	-.33	-.57	-.56	.46
Alter 0-14	-.18	-.43		-.57	.01	-.37	-.33	.01	.35	.25	.12
Alter 15-64	.55	.23	-.57		-.81	.75	.71	.16	-.07	.01	-.44
Alter 65 und älter	-.54	.02	.01	-.81		-.65	-.64	-.20	-.17	-.19	.45
Wegzugs- quote	.82	-.03	-.37	.75	-.65		.94	.45	.28	.39	-.67
Zuzugs- quote	.79	-.04	-.33	-.72	-.64	.94		.44	.28	.36	-.64
Jugendge- richtshilfe	.57	-.33	.01	.16	.20	.45	.44		.57	.59	-.49
Sozialhilfe- quote	.57	-.57	.35	-.07	-.17	.28	.28	.57		.84	-.55
Arbeitslo- sendichte	.67	-.56	.25	.01	-.19	.39	.36	.59	.84		-.63
Wahlbetei- ligung	-.85	.46	.12	.44	.45	-.67	-.64	-.49	-.55	-.63	

2. **Veränderung sozialstruktureller Merkmale in den Stadtbezirken von 1995 bis 1999**

• **Einwohnerzahl**

Einige Stadtbezirke haben im Betrachteten Zeitraum einen deutlichen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. am höchsten war die Bevölkerungszunahmen in den Stadtbezirk 492 (7,5 %), 342 (7,7 %), 425 (8,3 %), 431 (9,2 %), 331 (9,4 %), 481 (12,6 %), 500 (15,4 %), 441 (21,4 %). Es handelt sich hierbei zum Teil um Stadtbezirke, in denen ehemalige US-Liegenschaften der Bevölkerung zu Wohnzwecken zur Verfügung gestellt werden konnten (Platen-Siedlung in Ginnheim, Edwards-Siedlung in Berkersheim) und um Stadtbezirke, in denen in erheblichem Umfang Baugrund ausgewiesen wurde. Da die Angehörigen der US-Streitkräfte und ihre Familien früher nicht in der Einwohnerstatistik geführt wurden, handelt es sich im Falle der Platen- und der Edwards-Siedlung eher um einen Bevölkerungsaustausch als um eine echte Bevölkerungszunahme. Demgegenüber gab es in den Stadtbezirken 90 (-39,1 %), 70 (-15,3 %), 152 (-15,1 %), 325 (-11,0 %) oder 580 (-10,6) die höchsten Bevölkerungsrückgänge. Insbesondere der starke Bevölkerungsrückgang im Stadtbezirk 90 (Bahnhofsviertel) bedarf einer Erklärung. Er hängt damit zusammen, dass hier früher viele Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylsuchende in Hotels untergebracht (und mit Hauptwohnsitz gemeldet) waren. Dies ist heute nicht mehr der Fall. Es gibt es einen positiven statistischen Zusammenhang zwischen der Bevölkerungszunahme und der absoluten Zahl der Einwohner 1999 ($r = .35$).⁹⁶ D.h., die Bevölkerungszuwächse sind vor allem in den Stadtbezirken zu verzeichnen gewesen, die 1999 eine hohe Bevölkerungszahl aufgewiesen haben. Es hat also ein Konzentrationsprozess stattgefunden, der sich auch im Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und Veränderung der Wohnfläche je Einwohner widerspiegelt ($r = -.46$). Dies bedeutet, dass in den Stadtbezirken, in denen die Bevölkerungszahl angestiegen ist, die Wohnfläche je Einwohner zurückgegangen ist bzw. der Wohnraum nicht in demselben Maße zugenommen hat, wie die Einwohnerzahl angestiegen ist.

• **Ausländerquote**

Von 1995 bis 1999 ging der die Ausländerquote im Durchschnitt aller Stadtbezirken um 0,7 Prozentpunkte auf 29,4 % zurück. Trotz dieses Trends gab es in rd. zwei von fünf Stadtbezirken eine Zunahme des Ausländeranteils. Am stärksten fiel er in den 570 (3,4 Prozentpunkte), 482 (3,6 Prozentpunkte), 212 (4,1 Prozentpunkte), 202 (4,4 Prozentpunkte), 192 (4,7 Prozent-

⁹⁶ Der Zusammenhang zwischen Bevölkerungszuwachs und der Einwohnerzahl 1995 ist deutlich geringer ($r = .24$).

punkte) und 542 (5,2 Prozentpunkte) aus, während die Stadtbezirke 90 (-14,3 Prozentpunkte), 152 (-12,2 Prozentpunkte), 151 (-5,7 Prozentpunkte) und 425 (-5,6 Prozentpunkte) den höchsten Rückgang der Ausländerquoten zu verzeichnen hatten. Zwischen der Ausländerquote 1995 und der Entwicklung der Ausländerquote von 1995 bis 1999 besteht ein negativer statistischer Zusammenhang ($r = -.56$). D.h., dass die Ausländerquote tendenziell in den Stadtbezirken besonders stark angestiegen ist, in denen 1995 die Ausländerquote unterdurchschnittlich war, und in den Stadtbezirken abgenommen hat, in denen die Ausländerquote 1995 hoch war. Allerdings darf man diese Angleichungstendenz nicht überschätzen: Zwischen der Ausländerquote 1995 und der Ausländerquote 1999 besteht ein sehr enger Zusammenhang ($r = .98$). Die stärkste Abnahme erfolgte Stadtbezirken (90, 151, 152), in denen 1999 immer noch ein sehr hoher Ausländeranteil zu verzeichnen war. In 9 Stadtbezirken lag 1995 der Ausländeranteil über dem Durchschnitt und stieg der Ausländeranteil von 1995 bis 1999 um mindestens einen Prozentpunkt an (10, 161, 212, 541, 542, 561, 570, 622 und 632). Der durchschnittliche Anstieg betrug in diesen 9 Stadtbezirken 2,3 Prozentpunkte und der durchschnittliche Ausländeranteil lag hier 1999 bei 37,3 %. Der Ausländeranteil ist zudem in den Stadtbezirken angestiegen, in denen es ein großes Angebot an billigem Wohnraum (hier gemessen an dem Anteil von Sozialwohnungen am Wohnungsbestand 1987) gibt (Die Korrelation zwischen diesen beiden Merkmalen beträgt .41). Analysen des Instituts für Wohnen und Umwelt (IWU) zeigten, dass der Ausländeranteil in den Stadtbezirken mit hohem Sozialwohnungsanteil trotz des hier berichteten Anstiegs immer noch unter dem Frankfurter Durchschnitt liegt.⁹⁷

- **Anteil der Personen unter 15**

Der Anteil der Personen unter 15 Jahre an der Wohnbevölkerung ist im Durchschnitt der Stadtbezirke von 12,5 auf 12,3 Prozentpunkte zurückgegangen. Besonders hoch fiel der Rückgang in den Stadtbezirken 90 (Bahnhofsvierte: -3,8 Prozentpunkte), 152 (Gallusviertel: 2,1 Prozentpunkte), 212 (Nordend-West: -2,0 Prozentpunkte) und 240 (Nordend-Ost: -1,9 Prozentpunkte) aus. Freilich gab es auch Stadtbezirke, in denen der Anteil der unter 15jährigen deutlich angestiegen ist. Dies waren die Stadtbezirke 325 (Sachsenhausen-Süd: 4,9 Prozentpunkte), 500 (Berkersheim: 3,1 Prozentpunkte), 441 (Ginnheim: 3,1 Prozentpunkte) und 164 (Gallus: 2,1 Prozentpunkte). Der Anteil der unter 15jährigen ist 1999 in den Stadtbe-

⁹⁷ vgl. Institut für Wohnen und Umwelt: Sozialräumliche Entwicklung in Frankfurt am Main. Ergebnisse einer sekundärstatistischen Analyse im Rahmen des Forschungsprojektes „Beitrag verschiedener wohnungspolitischer Instrumente zur Schaffung ausgewogener Bewohnerstrukturen“. Darmstadt, Juli 2001, S. 8.

zirken hoch, in denen er schon 1995 hoch war ($r = .92$). Die Veränderung des Anteils der unter 15jährigen hat einen engen statistischen Zusammenhang mit dem Anteil dieser Altersgruppe in den Stadtbezirken 1999 ($r = .50$), ein Befund, der auf eine stärkere Segregation dieser Bevölkerungsgruppe hindeutet. So stieg in der Anteil von Personen dieser Altersgruppe in 8 Stadtbezirken um mindestens einen Prozentpunkt an, in denen ihr Anteil schon 1995 über dem Durchschnitt lag (441, 481, 482, 500, 531, 532, 591, 621).

- **Anteil der Personen über 64**

Der in Frankfurt am Main insgesamt von 1995 bis 1999 von 16,2 auf 15,9 % Anteil der Personen über 64 Jahre ist zurückgegangen. Die stärkste Verminderung gab es in den Stadtbezirken 202 (-5,7 Prozentpunkte), 342 (-3,4 Prozentpunkte), 441 (-3,2 Prozentpunkte), 322 (-2,8 Prozentpunkte), 432 (-2,6 Prozentpunkte), 463 (-2,3 Prozentpunkte), 570 (-2,3 Prozentpunkte) und 462 (- 2,1 Prozentpunkte), während es den stärksten Zuwachs in den Stadtbezirken 325 (2,6 Prozentpunkte), 164 (2,5 Prozentpunkte), 151 (2,4 Prozentpunkte), 604 (1,9 Prozentpunkte), 70 (1,9 Prozentpunkte) und 90 (1,7 Prozentpunkte) gab. Zwischen den Altenquoten 1995 und 1999 besteht ein enger statistischer Zusammenhang ($r = .97$), während zwischen der Veränderung der Altenquote von 1995 bis 1999 und der Altenquote 1999 nur ein mäßiger negativer Zusammenhang besteht ($r = -.28$). Das negative Vorzeichen deutet darauf hin, dass die Segregation der über 64jährigen im betrachteten Zeitraum zurückgegangen ist. Lediglich in den Stadtbezirken 532, 164 und 604 lag 1995 der Anteil der über 64jährigen Personen über dem Durchschnitt und wuchs der Anteil dieser Altersgruppe um mindestens einen Prozentpunkt an. In diesen drei Stadtbezirken lag der Anteil dieser Altersgruppe 1995 zwischen 16,6 und 20,1 % und 1999 zwischen 17,8 und 22,0 %.

- **Sozialhilfequote**

Die durchschnittliche *Sozialhilfequote* in den Stadtbezirken ist von 6,6 % 1995 auf 5,8 % 1999 zurückgegangen. Besonders hoch war die Abnahme in den Stadtbezirken 622 (-5,2 Prozentpunkte), 580 (-4,3 Prozentpunkte), 282 (-4,2 Prozentpunkte), 350 (-4,0 Prozentpunkte), 331 (-3,9 Prozentpunkte), 240 (- 3,6 Prozentpunkte) und 221 (-3,5 Prozentpunkte). Entgegen dem allgemeinen Trend gab es in folgenden Stadtbezirken eine deutliche Zunahme der Sozialhilfequote: 152 (5,9 Prozentpunkte), 532 (3,7 Prozentpunkte), 50 (2,6 Prozentpunkte), 371 (2,5 Prozentpunkte) 154 (2,4 Prozentpunkte), 531 (2,1 Prozentpunkte) und 461 (2,0 Prozentpunkte). Zwischen der Sozialhilfequote 1995 und der Sozialhilfequote 1999 besteht ein enger statistischer Zusammenhang ($r = .83$), d.h., dass die Wahrscheinlichkeit, dass die Sozialhilfe-

quote 1999 in einem Stadtbezirk, in dem sie 1995 schon hoch war, vier Jahre später immer noch hoch ist, sehr groß ist. Trotzdem besteht ein negativer statistischer Zusammenhang zwischen der Sozialhilfequote 1995 und der Veränderung der Sozialhilfequote 1995 bis 1999 ($r = -.48$). Dies deutet darauf hin, dass die Konzentration der Sozialhilfeempfänger abgenommen haben dürfte. In fünf Stadtbezirken lag die Sozialhilfequote 1995 über dem Durchschnitt und stieg entgegen dem allgemeinen Trend bis 1999 um mindestens einen Prozentpunkt an (152, 154, 290, 441, 461). Die durchschnittliche Sozialhilfequote stieg in diesen fünf Stadtbezirken von 7,6 % 1995 auf 10,2 % 1999.

In einigen Stadtbezirken hat es also in dem betrachteten Zeitraum erhebliche Verschiebungen in den oben betrachteten Merkmalen gegeben. Diese Veränderungen fanden nicht unabhängig voneinander statt, wie die folgende Tabelle zeigt:

Korrelationen zwischen den Veränderungen verschiedener sozialer und demographischer Merkmale von 1995 bis 1999 in der Stadtbezirken von Frankfurt am Main

Veränderung ...	der Sozialhilfequote	der Wohnbevölkerung	des Anteils der Personen unter 15	des Anteils der Personen über 64	der Ausländerquote
der Sozialhilfequote		.18	.31	.02	.11
der Wohnbevölkerung	.18		.46	-.44	.57
des Anteils der Personen unter 15	.31	.46		-.03	.40
des Anteils der Personen über 64	0.2	-.44	-.03		-.38
der Ausländerquote	.11	.57	.40	-.38	

Zwischen der Veränderung der Sozialhilfequote und der Veränderung des Anteils der Personen unter 15 besteht ein positiver Zusammenhang ($r = .31$). D.h., die Sozialhilfequote ist da gestiegen, wo auch der Anteil der Personen unter 15 größer geworden ist. Im Hinblick auf die Sozialhilfequote steht ein Stadtbezirk umso „besser“ da, je geringer der Anteil der Personen unter 15 angewachsen ist. So gesehen „misst“ die Sozialhilfequote auch die Haushaltsstruktur eines Stadtbezirkes. Des Weiteren zeigt die obige Tabelle, dass die Wohnbevölkerung da gewachsen ist, wo der Anteil der Personen unter 15 ($r = .46$) und der Ausländeranteil ($r = .57$) gewachsen und der Anteil älterer Personen ($r = -.44$) zurückgegangen ist. Der Anteil älterer

Menschen ist da größer geworden, wo die Wohnbevölkerung ($r = -.44$) und der Ausländeranteil ($r = -.38$) abgenommen haben. Der Ausländeranteil ist dort gewachsen, wo die Wohnbevölkerung ($r = .57$) und der Anteil der Personen unter 15 ($r = .40$) größer geworden sind und der Anteil älterer Menschen ($r = -.38$) abgenommen hat.

Insgesamt deuten diese Daten darauf hin, dass die Stadtbezirke mit hohem Ausländeranteil und mit niedrigem Ausländeranteil sich im betrachteten Zeitraum in demographischer Hinsicht auseinander entwickelt haben. Während in den Stadtbezirken mit hohem Ausländeranteil ein Bevölkerungsanstieg zu verzeichnen ist und der Anteil junger Menschen gestiegen und der Anteil alter Menschen gesunken ist, hat sich in den Stadtbezirken mit niedrigem Ausländeranteil der Anteil älterer Bewohner erhöht.

Welche Veränderungen es in den einzelnen Stadtbezirken gab, kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

Merkmale und ihre Veränderung von 1995 bis 1999 in den Stadtbezirken von Frankfurt am Main

Erläuterung:

Die Durchschnittswerte sind aufgrund der Werte in den Stadtbezirke berechnet worden. Da die Stadtbezirke unterschiedlich viele Einwohner haben, unterscheiden sich die so errechneten Mittelwerte geringfügig von den Werten, die man erhalten würden, wenn man die Daten für Frankfurt insgesamt zugrundelegen würde.

Nr.	Stadtbezirk	Wohnbevölkerung 1999	Veränderung der Wohnbevölkerung 1995-99 in %	Ausländerquote 1999	Veränderung der Ausländerquote 1995-99 in %-Punkten	Anteil der Personen unter 15 in % 1999	Veränderung des Anteils der Personen unter 15 1995-99 in %-Punkten	Altenquote 1999	Veränderung der Altenquote 1995-99 in %-Punkten	Sozialhilfequote 1999	Veränderung der SH-Quote 1995-99 in %-Punkten
<i>durchschnittl. Veränderung</i>			-2,4		-0,7		-0,2		-0,3	5,8	-0,9
10	Altstadt	3608	-5,0	32,6	1,3	8,8	-0,1	22,2	-1,5	6,2	-1,0
50	Innenstadt	904	1,5	43,0	-0,6	8,1	1,9	11,7	-1,4	7,6	2,6
60	Innenstadt	1550	-8,7	47,6	-3,1	8,8	-1,1	11,9	0,3	7,4	-2,7
70	Innenstadt	1753	-15,3	54,6	-3,8	7,5	-0,9	14,6	1,9	8,0	-0,2
80	Innenstadt	2344	-6,0	45,1	-1,5	8,1	-0,9	18,6	0,3	6,2	-2,4
90	Bahnhofsviertel	2923	-39,1	63,2	-14,3	7,4	-3,8	7,6	1,7	7,2	-3,4
100	Westend-Süd	3693	0,5	28,1	-1,1	8,3	0,5	15,7	-1,2	2,4	-0,6
110	Westend-Süd	2730	-8,1	24,5	-3,4	7,5	-0,8	17,3	0,3	2,5	-2,7
120	Nordend-West	6654	-6,1	28,1	-2,6	8,4	-0,4	12,4	-1,1	3,5	-2,1
130	Nordend-Ost	5721	-4,8	29,9	-3,1	8,7	-1,7	13,8	-0,3	4,7	-2,3
140	Ostend	7136	-1,5	42,8	-3,4	10,7	0,4	14,7	-0,1	8,6	-2,0
151	Gutleutviertel	5636	-12,7	52,8	-5,7	10,3	-1,0	15,2	2,4	8,3	0,0
152	Gallusviertel	1051	-15,1	73,1	-12,2	10,4	-2,1	5,8	0,6	14,1	5,9
153	Gallusviertel	3293	-2,3	62,3	-1,4	21,0	-1,8	5,2	1,5	12,4	-0,1
154	Gallusviertel	3712	-7,4	32,3	0,4	10,8	-0,2	18,2	-0,5	9,5	2,5
161	Gallusviertel	4042	-0,9	55,0	1,5	9,3	-1,4	10,7	-0,5	8,9	-0,5

Nr.	Stadtbezirk	Wohnbevölkerung 1999	Veränderung der Wohnbevölkerung 1995-99 in %	Ausländerquote 1999	Veränderung der Ausländerquote 1995-99 in %-Punkten	Anteil der Personen unter 15 in % 1999	Veränderung des Anteils der Personen unter 15 1995-99 in %-Punkten	Altenquote 1999	Veränderung der Altenquote 1995-99 in %-Punkten	Sozialhilfequote 1999	Veränderung der SH-Quote 1995-99 in %-Punkten
<i>durchschnittl. Veränderung</i>			-2,4		-0,7		-0,2		-0,3	5,8	-0,9
162	Gallusviertel	6194	-5,3	51,6	-0,3	12,8	0,0	12,0	-0,3	7,2	-1,3
163	Bockenheim	2292	-6,2	15,7	0,2	11,3	0,0	24,1	-1,8	2,9	-0,7
164	Gallusviertel	1510	-7,4	38,1	-0,5	12,8	2,1	20,8	2,5	5,2	0,8
165	Gallusviertel	6198	-5,4	40,1	-1,8	14,6	-0,6	15,1	-0,5	9,7	-0,2
170	Westend-Süd	4542	-2,9	30,7	-1,1	9,1	0,1	12,8	-0,7	1,9	-2,1
180	Westend-Süd	5681	-3,2	26,0	-1,4	10,0	-0,6	13,2	0,0	1,9	-1,2
191	Westend-Nord	4315	4,7	26,2	-1,0	10,1	-0,3	12,2	-1,7	2,3	-2,0
192	Westend-Nord	2981	-2,7	33,7	4,7	13,0	-1,4	16,3	-0,1	7,2	0,9
201	Nordend-West	3894	-4,7	21,2	-2,5	8,8	-0,5	14,5	-1,0	2,5	-2,2
202	Nordend-West	1334	3,2	16,1	4,4	8,4	-1,4	25,1	-5,7	2,0	-1,6
203	Nordend-West	5701	-2,3	21,2	-0,4	11,1	0,1	16,1	0,0	2,0	-1,0
211	Nordend-West	4437	-7,0	29,8	-4,7	9,6	-1,0	10,1	-0,4	3,5	-1,9
212	Nordend-West	5337	-7,6	36,2	4,1	9,5	-2,0	12,7	-1,0	3,7	-2,3
221	Nordend-Ost	4702	-7,0	25,5	-3,5	9,8	-1,0	10,9	0,3	4,0	-3,5
222	Nordend-Ost	6661	-4,7	28,3	-1,8	12,3	-0,8	13,8	-0,2	5,9	-2,2
230	Nordend-Ost	5266	-7,3	30,3	-4,2	9,4	-0,7	12,5	0,5	6,6	-2,4
240	Nordend-Ost	2963	-7,5	34,1	-5,3	9,0	-1,9	12,3	0,0	6,2	-3,6
251	Ostend	5849	-5,4	30,1	-0,4	10,7	-0,9	20,2	-0,1	6,5	-2,0
252	Ostend	8926	-4,7	21,1	-2,2	9,2	-0,7	18,5	-0,5	3,6	-1,6
261	Osthafeng. + Ostpark	4413	-7,1	51,9	-1,3	11,3	-0,3	12,1	0,3	9,0	-0,8
262	Riederwald	4637	-2,4	23,4	0,1	13,1	-1,1	19,4	-0,5	8,1	-0,2
271	Bornheim	3578	-4,3	23,5	-3,0	9,7	-1,2	13,2	-1,0	4,2	-2,2

Nr.	Stadtbezirk	Wohnbevölkerung 1999	Veränderung der Wohnbevölkerung 1995-99 in %	Ausländerquote 1999	Veränderung der Ausländerquote 1995-99 in %-Punkten	Anteil der Personen unter 15 in % 1999	Veränderung des Anteils der Personen unter 15 1995-99 in %-Punkten	Altenquote 1999	Veränderung der Altenquote 1995-99 in %-Punkten	Sozialhilfequote 1999	Veränderung der SH-Quote 1995-99 in %-Punkten
<i>durchschnittl. Veränderung</i>			-2,4		-0,7		-0,2		-0,3	5,8	-0,9
272	Bornheim	8115	-1,5	28,3	-0,9	12,9	0,1	17,0	-0,8	5,9	-1,6
281	Bornheim	5530	-2,7	19,6	1,9	9,5	-0,6	25,3	-1,9	5,3	-2,1
282	Bornheim	5253	-4,1	31,8	-2,2	11,1	-0,6	16,2	0,7	6,6	-4,2
290	Bornheim	2434	-1,2	26,6	0,6	9,5	-1,6	20,8	0,1	9,7	1,0
300	Sachsenhausen-Nord	3906	-7,8	38,7	-3,2	8,8	-1,5	10,8	-0,3	6,6	-3,3
321	Sachsenhausen-Nord	4566	-6,0	22,3	-2,9	9,6	-0,7	11,5	-0,7	2,5	-0,9
322	Sachsenhausen-Nord	7536	-0,5	20,6	-0,1	12,7	1,1	19,0	-2,8	5,4	0,2
323	Sachsenhausen-Süd	11400	-4,5	24,8	-3,8	10,8	-0,7	15,8	0,7	3,3	-1,3
324	Sachsenhausen-Nord	6716	-3,1	23,1	0,1	9,9	-0,7	13,9	1,5	2,2	-1,2
325	Sachsenhausen-Süd	633	-11,0	10,8	-2,2	15,2	4,9	10,9	2,6	2,1	0,9
326	Sa.-Fritz-Kissel-Sdlg.	4358	-5,0	25,4	1,1	11,2	-0,7	27,0	-1,5	7,5	0,1
331	Sachsenhausen-Nord	4153	9,4	42,0	0,4	10,6	-1,4	8,7	-0,8	5,5	-3,9
332	Sachsenhausen-Süd	8315	-2,7	18,7	-2,4	10,5	-0,1	22,0	-0,3	3,2	-0,2
341	Bockenheim	4960	-8,5	36,5	-1,8	10,2	-1,2	10,7	0,0	6,7	0,2
342	Bockenheim	2852	7,7	40,6	0,3	11,6	-1,5	13,9	-3,4	8,1	0,5
343	Bockenheim	1880	-8,6	36,2	-3,1	7,9	-0,1	17,2	0,7	4,2	-1,4
350	Bockenheim	6910	-4,9	38,2	-3,0	12,4	-0,3	14,2	-1,1	6,3	-4,0
361	Bockenheim	4982	-8,5	29,6	-4,6	10,8	-1,4	10,5	0,0	4,7	-3,1
362	Bockenheim	5652	0,1	31,6	0,3	11,1	0,8	12,4	-0,7	2,7	-1,7
371	Niederrad-Nord	11165	2,1	31,9	0,4	11,5	-0,1	13,9	0,2	4,8	2,5
372	Niederrad-Süd	10667	-3,0	32,3	-2,6	12,3	-0,2	18,1	0,2	3,5	1,8
380	Oberrad	11158	0,2	24,6	0,7	10,9	-0,1	16,5	0,0	6,5	-0,7

Nr.	Stadtbezirk	Wohnbevölkerung 1999	Veränderung der Wohnbevölkerung 1995-99 in %	Ausländerquote 1999	Veränderung der Ausländerquote 1995-99 in %-Punkten	Anteil der Personen unter 15 in % 1999	Veränderung des Anteils der Personen unter 15 1995-99 in %-Punkten	Altenquote 1999	Veränderung der Altenquote 1995-99 in %-Punkten	Sozialhilfequote 1999	Veränderung der SH-Quote 1995-99 in %-Punkten
<i>durchschnittl. Veränderung</i>			-2,4		-0,7		-0,2		-0,3	5,8	-0,9
390	Seckbach	9338	0,5	20,9	-0,4	12,1	0,1	21,1	-1,0	4,6	0,1
401	Rödelheim-Ost	8897	-3,1	30,8	-0,6	12,4	0,3	16,9	0,2	7,6	-1,8
402	Rödelheim-West	7678	-2,5	27,2	-0,7	12,0	-0,5	15,0	0,2	6,4	0,1
410	Hausen	6482	1,2	29,6	2,0	14,6	1,0	16,0	0,5	7,2	0,1
422	Siedlung Praunheim	6028	3,2	20,1	1,4	14,4	0,7	19,9	-0,5	4,5	0,4
423	Sdlg. Praunh.-Westh.	2614	0,5	14,5	2,7	12,9	0,1	17,6	-2,6	5,0	-0,8
424	Praunheim-Süd	1300	-0,7	14,0	1,8	10,6	0,3	25,1	0,0	2,1	0,9
425	Alt-Praunheim	2100	8,3	22,4	-5,6	11,5	-1,6	14,3	-0,4	2,9	1,3
426	Praunheim-Nord	3338	-3,1	25,3	2,9	15,5	0,7	17,0	0,5	7,4	-1,4
431	Heddernheim-Ost	6839	9,2	23,1	0,4	16,2	0,5	14,1	-2,0	6,5	-0,8
432	Heddernheim-West	8944	-2,7	23,6	0,8	15,3	0,2	20,6	0,8	6,3	0,4
441	Ginnheim	14894	21,4	24,1	3,0	18,7	3,8	15,6	-3,2	8,4	1,5
442	Dornbusch-West	5725	0,7	19,0	-0,1	11,3	0,5	19,7	-1,8	3,1	-0,6
451	Eschersheim-Nord	5687	-2,2	21,1	1,5	13,0	0,2	17,2	-0,5	5,2	0,1
452	Eschersheim-Süd	7395	-0,7	18,1	0,8	12,0	1,0	20,9	-1,7	5,7	0,9
461	Eckenheim	13538	5,4	29,0	2,5	14,8	0,5	18,1	-1,5	9,2	2,0
462	Dornbusch-Ost	8892	-1,5	19,7	2,4	11,6	-0,4	23,8	-2,1	4,1	0,7
463	Dornbusch-Ost	2287	-1,0	15,4	-0,8	9,7	0,0	20,9	-2,3	1,5	-0,2
470	Preungesheim	7712	0,9	28,4	2,4	14,0	0,2	17,1	-0,9	9,0	-2,7
481	Niederursel-Ost	7757	12,6	24,0	0,0	16,6	1,6	16,3	-1,2	7,4	-3,2
482	Niederursel-West	6886	-0,1	24,6	3,6	14,7	1,6	22,7	0,6	7,0	-1,2
491	Bonames	5982	-1,0	21,9	-1,5	15,6	-0,4	17,7	0,9	14,4	-1,8

Nr.	Stadtbezirk	Wohnbevölkerung 1999	Veränderung der Wohnbevölkerung 1995-99 in %	Ausländerquote 1999	Veränderung der Ausländerquote 1995-99 in %-Punkten	Anteil der Personen unter 15 in % 1999	Veränderung des Anteils der Personen unter 15 1995-99 in %-Punkten	Altenquote 1999	Veränderung der Altenquote 1995-99 in %-Punkten	Sozialhilfequote 1999	Veränderung der SH-Quote 1995-99 in %-Punkten
<i>durchschnittl. Veränderung</i>			-2,4		-0,7		-0,2		-0,3	5,8	-0,9
492	Frankfurter Berg	5085	7,5	23,0	-1,5	16,1	0,7	14,8	-2,0	10,9	-1,9
500	Berkersheim	2954	15,4	18,5	0,7	19,1	3,1	11,8	-0,6	5,6	1,5
510	Fechenheim-Nord	8534	-2,7	34,2	0,8	15,4	0,2	17,8	0,6	9,3	-1,1
520	Fechenheim-Süd	6720	-1,4	34,5	1,0	17,0	0,5	15,9	0,4	9,6	-1,9
531	Schwanheim	8389	2,6	18,8	1,2	14,2	1,2	19,3	-0,4	3,4	2,1
532	Goldstein-West	11801	2,4	20,3	1,0	17,1	1,2	17,8	1,1	6,4	3,7
541	Griesheim-Ost	4270	-1,6	38,3	1,1	12,0	-1,1	11,2	-0,4	4,6	-0,8
542	Griesheim-Ost	6494	-3,6	37,1	5,2	15,0	-0,7	18,6	-1,1	9,0	-0,8
551	Griesheim-West	3273	-1,1	34,4	0,4	12,9	0,2	14,0	-0,4	2,4	-0,9
552	Griesheim-West	6114	-5,8	34,8	-1,1	14,5	-0,2	15,5	1,2	8,2	0,7
561	Nied-Süd	9145	-4,4	33,5	1,3	14,3	0,4	15,0	0,5	5,6	-0,5
562	Nied-Nord	7380	0,6	23,7	1,2	15,5	0,1	14,0	0,2	4,6	-0,6
570	Höchst-West	4420	-6,2	36,8	3,4	14,3	0,9	19,0	-2,2	8,7	-0,2
580	Höchst-Ost	3453	-10,6	45,1	0,0	14,0	-0,2	9,9	0,0	5,9	-4,3
591	Höchst-Süd	3601	-5,0	42,9	-1,2	16,3	1,8	10,3	-0,1	5,7	-1,3
601	Sindlingen-Süd	4780	-4,7	26,1	0,1	15,9	0,9	15,6	0,6	6,7	-0,7
602	Sindlingen-Nord	3726	-3,9	17,6	-0,2	14,5	-0,4	19,5	0,6	3,8	-0,4
604	Zeilsheim-Ost	2112	-4,8	18,4	-0,4	13,5	1,0	22,0	1,9	2,9	1,3
611	Zeilsheim-Süd	4364	1,0	14,3	-0,4	11,6	-0,6	20,0	0,6	0,8	-0,3
612	Zeilsheim-Nord	5107	0,3	25,4	0,3	17,3	1,1	17,5	-0,7	8,0	0,6
621	Unterliederbach-Mitte	7161	1,1	19,8	-0,9	12,7	0,4	19,8	-0,1	2,1	-0,7
622	Unterliederbach-Ost	6100	-0,7	33,2	1,0	16,2	-0,5	16,5	-0,5	8,9	-2,8

Nr.	Stadtbezirk	Wohnbevölkerung 1999	Veränderung der Wohnbevölkerung 1995-99 in %	Ausländerquote 1999	Veränderung der Ausländerquote 1995-99 in %-Punkten	Anteil der Personen unter 15 in % 1999	Veränderung des Anteils der Personen unter 15 1995-99 in %-Punkten	Altenquote 1999	Veränderung der Altenquote 1995-99 in %-Punkten	Sozialhilfequote 1999	Veränderung der SH-Quote 1995-99 in %-Punkten
<i>durchschnittl. Veränderung</i>			-2,4		-0,7		-0,2		-0,3	5,8	-0,9
631	Sossenheim-West	8069	-1,3	25,8	-1,0	17,0	-0,4	14,6	0,6	8,0	-2,3
632	Sossenheim-Ost	6929	-2,6	32,7	1,5	17,4	0,0	13,7	-0,1	7,6	-3,1
640	Nieder-Erlenbach	3840	1,6	12,8	-0,9	15,7	0,2	13,9	1,4	2,4	-0,9
650	Kalbach	4413	1,1	13,1	-1,8	16,6	-0,5	12,5	1,5	2,9	-2,4
660	Harheim	3775	-0,4	10,2	-1,0	13,6	0,1	15,1	0,9	1,4	-0,4
670	Nieder-Eschbach	11283	3,0	21,9	-0,3	17,2	-0,4	14,3	0,9	8,8	-3,0
680	Bergen-Enkheim	15884	2,5	15,6	-0,2	13,1	0,4	16,9	0,3	2,6	-0,8

3. **Wohnstandort-Schwerpunkte ausgewählter Nationalitäten in Frankfurt am Main**

Ausländer stellen weder sozial noch ethnisch eine homogene Gruppe dar. Für einige Ausländergruppen lassen sich besondere Wohnstandort-Schwerpunkte erkennen:

- Während 4,2 % aller Ausländer *Griechen* sind, liegt ihr Anteil an allen Ausländern in den benachbarten Stadtbezirken 90 (Bahnhofsviertel), 152, 153, 162 (alle Gallusviertel) und 151 (Gutleutviertel) zwischen 8,3 und 17,8 %. Hier wohnen zusammen 17,9 % aller griechischen Staatsangehörigen, die in Frankfurt am Main leben.
- *Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien* haben einen Anteil von 20,4 % an allen Ausländern in Frankfurt. In den Stadtbezirken 154, 161, 162 und 165 (alle Gallus) und 151 (Gutleut) liegt ihr Anteil an der ausländischen Wohnbevölkerung zwischen 27,5 und 38,1 %. Hier leben 11,4 % aller Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Weitere 6,5 % aller Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien leben in den Stadtbezirken 140, 252 (beide Ostend) und 261 (Osthafen). Hier liegt ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung zwischen 29,6 und 35,6 %.
- *Personen spanischer Staatsangehörigkeit* stellen 3,4 % aller Ausländer in Frankfurt. Ihr Anteil liegt in Niederrad-Süd bei 6,5 und in Niederrad-Nord bei 4,7 %. Hier leben 6,8 % aller Spanier in Frankfurt. Hohe Anteile an allen Ausländern (6,4 bis 13,9 %) erreichen die Spanier ebenfalls in den westlichen Stadtbezirken 602 (Sindlingen-Nord), 604 (Zeilsheim-Ost), 611 (Zeilsheim-Süd), 612 (Zeilsheim-Nord) und 621 (Unterliederbach-Mitte). Hier leben weitere 6,7 % aller Spanier in Frankfurt.
- *Türkische Staatsangehörige* stellen 18 % aller Ausländer in Frankfurt am Main. 4,8 % von Ihnen leben in den Stadtbezirken 510 und 520 (Fechenheim-Süd und -Nord). Hier beträgt ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung 26,9 und 34,3 %. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in den westlichen Stadtbezirken 632 (Sossenheim-Ost), 631 (Sossenheim-West) und 622 (Unterliederbach-Ost). Hier wohnen weitere 5,9 % aller Frankfurter Türken und ihr Anteil an ausländischen Wohnbevölkerung liegt zwischen 27,8 und 36,4 %. Ein weiterer Schwerpunkt erstreckt sich von Nied (Stadtbezirk 561) über Griesheim (Stadtbezirk 542 und 552) ins Gallusviertel (Stadtbezirke 162, 165). In diesen fünf Stadtbezirken wohnen rd. 10,3 % aller Frankfurter mit türkischer Staatsangehörigkeit. Hier liegt ihr Anteil an ausländischen Wohnbevölkerung zwischen 17,4 und 31,6 %.

Alle oben erwähnten Nationalitäten wohnen stärker segregiert als die Ausländer in Frankfurt am Main insgesamt. Der IS der Ausländer insgesamt betrug im Jahre 2000 17,8. Der IS für griechische Staatsangehörige 29,0, der IS für Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien 23,5, der IS für Spanier 22,5 und für Türken ebenfalls 22,5. Die bislang nicht erwähnten marokka-

nischen Staatsangehörigen erreichen einen IS von 26,5, während Italiener mit einem IS von 16 in geringerem Maße segregiert wohnen als die Ausländer insgesamt.

4. „Sozialer Rang“ der Stadtbezirke von Frankfurt am Main 1999

Der Index sozialer Rang wurde anhand der Merkmale Ausländerquote, Sozialhilfequote, Arbeitslosendichte und Wohnfläche je Einwohner berechnet. Der Index ist ein Maß für das relative Ausmaß der sozialen und demographischen Unterschiede zwischen den Stadtbezirken. Hierbei wurde für jedes Merkmal der Rangplatz der einzelnen Stadtbezirke ermittelt. Danach wurden die vier Rangplätze (bei der Ausländerquote, der Sozialhilfequote, der Arbeitslosendichte und der Wohnfläche je Einwohner) für jeden Stadtbezirk addiert und die sich hierbei ergebenden Summen wieder in eine Rangreihe, wobei 1 den geringsten sozialen Rang und 111 den höchsten sozialen Rang bezeichnet.

„Sozialer Rang“ der Frankfurter Stadtbezirke

Nr.	Stadtbezirk	Rang
10	Altstadt	54,0
50	Innenstadt	49,0
60	Innenstadt	28,5
70	Innenstadt	9,0
80	Innenstadt	14,0
90	Bahnhofsviertel	26,5
100	Westend-Süd	97,0
110	Westend-Süd	98,0
120	Nordend-West	83,0
130	Nordend-Ost	67,0
140	Ostend	16,0
151	Gutleutviertel	6,0
152	Gallusviertel	15,0
153	Gallusviertel	1,0
154	Gallusviertel	7,0
161	Gallusviertel	3,0
162	Gallusviertel	13,0
163	Bockenheim	91,0
164	Gallusviertel	32,0
165	Gallusviertel	4,0
170	Westend-Süd	90,0
180	Westend-Süd	105,0
191	Westend-Nord	95,0

Nr.	Stadtbezirk	Rang
192	Westend-Nord	39,0
201	Nordend-West	104,0
202	Nordend-West	99,0
203	Nordend-West	107,0
211	Nordend-West	74,0
212	Nordend-West	65,0
221	Nordend-Ost	78,0
222	Nordend-Ost	55,0
230	Nordend-Ost	56,0
240	Nordend-Ost	46,5
251	Ostend	38,0
252	Ostend	86,0
261	Osthafengebiet + Ostpark	2,0
262	Riederwald	23,0
271	Bornheim	76,0
272	Bornheim	52,0
281	Bornheim	66,0
282	Bornheim	45,0
290	Bornheim	30,5
300	Sachsenhausen-Nord	36,0
321	Sachsenhausen-Nord	96,0
322	Sachsenhausen-Nord	87,0
323	Sachsenhausen-Süd	94,0

Nr.	Stadtbezirk	Rang
324	Sachsenhausen-Nord	92,0
325	Sachsenhausen-Süd	103,0
326	Sa.-Fritz-Kissel-Siedlung	28,5
331	Sachsenhausen-Nord	42,0
332	Sachsenhausen-Süd	101,5
341	Bockenheim	35,0
342	Bockenheim	48,0
343	Bockenheim	72,0
350	Bockenheim	37,0
361	Bockenheim	73,0
362	Bockenheim	81,0
371	Niederrad-Nord	57,5
372	Niederrad-Süd	70,0
380	Oberrad	62,0
390	Seckbach	79,0
401	Rödelheim-Ost	24,0
402	Rödelheim-West	59,0
410	Hausen	51,0
422	Siedlung Praunheim	80,0
423	Sdlg. Praunh.-Westhsn.	60,0
424	Praunheim-Süd	110,0
425	Alt-Praunheim	75,0
426	Praunheim-Nord	43,0
431	Heddernheim-Ost	64,0
432	Heddernheim-West	53,0
441	Ginnheim	61,0
442	Dornbusch-West	100,0
451	Eschersheim-Nord	77,0
452	Eschersheim-Süd	82,0
461	Eckenheim	21,0
462	Dornbusch-Ost	88,0
463	Dornbusch-Ost	108,0
470	Preungesheim	19,0

Nr.	Stadtbezirk	Rang
481	Niederursel-Ost	46,5
482	Niederursel-West	40,5
491	Bonames	26,5
492	Frankfurter Berg	25,0
500	Berkersheim	84,0
510	Fechenheim-Nord	8,0
520	Fechenheim-Süd	10,0
531	Schwanheim	85,0
532	Goldstein-West	69,0
541	Griesheim-Ost	50,0
542	Griesheim-Ost	5,0
551	Griesheim-West	57,5
552	Griesheim-West	17,0
561	Nied-Süd	33,0
562	Nied-Nord	68,0
570	Höchst-West	11,0
580	Höchst-Ost	20,0
591	Höchst-Süd	30,5
601	Sindlingen-Süd	40,5
602	Sindlingen-Nord	63,0
604	Zeilsheim-Ost	71,0
611	Zeilsheim-Süd	89,0
612	Zeilsheim-Nord	22,0
621	Unterliederbach-Mitte	93,0
622	Unterliederbach-Ost	12,0
631	Sossenheim-West	34,0
632	Sossenheim-Ost	18,0
640	Nieder-Erlenbach	109,0
650	Kalbach	106,0
660	Harheim	111,0
670	Nieder-Eschbach	44,0
680	Bergen-Enkheim	101,5

In der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung gibt es schon seit Langem Ansätze, die verschiedenen sozialstatistischen Merkmale der Bevölkerung und ihre Verteilung im Stadtgebiet zu einigen wenigen grundlegenden Konzepten zusammenfassen. Bei einer Sozialraumanalyse der Stadt Los Angeles wurden Ende der 1940er Jahre z.B. aus dem Anteil der Arbeiter an der Erwerbsbevölkerung, dem Anteil der Grundschulabsolventen an der Wohnbevölkerung über 24 und dem mittleren Pro-Kopf-Einkommen für jede Gebietseinheit ein Indexwert berechnet. Der Index selber wurde als „sozialer Rang“ bezeichnet. Ein anderer, „Urbanismus“ genannter Index wurde auf Grund der Fruchtbarkeitsziffer, der weiblichen Erwerbsquote und dem Anteil der Wohnungen in Einfamilienhäusern an allen Wohnungen berechnet. Diese beiden Indices fassten die Informationen der einzelnen Merkmale zusammen und reduzierten dadurch die Fülle der vorhandenen Informationen deutlich. Bei der hier beschriebenen Sozialraumanalyse für Los Angeles ließen sich die Forscher bei der Bildung „Konstrukten“ wie „sozialer Rang“ oder „Urbanismus“ von theoretischen Überlegungen leiteten. Sie arbeiteten mit einer kleinen Zahl von Variablen. Letzteres hing sicher auch mit den beschränkten Datenverarbeitungsmöglichkeiten des Vor-Computer-Zeitalters zusammen. Als dann ab Ende der 1950er Jahre die ersten Großrechner zur Verfügung standen, eröffnete das mathematische Verfahren der Faktorenanalyse eine verbesserte Methode, um eine große Zahl von Merkmale zu wenigen Faktoren zu bündeln. Für die seitdem sehr zahlreichen Faktorenanalysen von Stadtteildaten ist aber ebenso wie für die ältere Sozialraumanalyse die Auswahl der Merkmale (Variablen) von größter Bedeutung. Die grundlegende Idee bei der Faktorenanalyse ist, dass hinter einer Reihe von Messwerten (z.B. den sozialstrukturellen Merkmale von Stadtteilen) einige grundlegende, aber nicht direkt messbare, hypothetische (oder latente) Variablen stehen. Variablen werden zu einem Faktoren zusammengefasst, wenn sie stärker miteinander zusammenhängen (korrelieren) als mit anderen Variablen, die möglicherweise zu anderen Faktoren gebündelt werden können. Allerdings geschieht die Zusammenfassung aufgrund statistischer Zusammenhänge zwischen der analysierten Merkmalen (und ist daher auch ergebnisoffen) und nicht aufgrund theoretischer Überlegungen, dass bestimmte Merkmale zusammengehören (müssen). Bei einer Faktorenanalyse werden solange Faktoren berechnet („extrahiert“), bis die Annahme weiterer Faktoren keinen weiteren Erklärungsgewinn verspricht. Bei der Faktorenextraktion wird so verfahren, dass der erste Faktor möglichst viel der gemeinsamen Variation der Messwerte erklärt, der zweite möglichst viel jener gemeinsamen Variation der Messwerte, die übrig bleibt, wenn der erste Faktor bereits berücksichtigt wurde, usw. Die gefundenen Faktoren sind voneinander unabhängig (ihre Korrelation hat daher den Wert 0). Die ermittelten Fakto-

ren müssen anhand ihrer Zusammenhänge mit den ursprünglichen Variablen interpretiert werden.

Wendet man dieses Verfahren (Hauptkomponentenanalyse; Varimax-Rotation) auf die vorliegenden sozialstrukturellen Daten (Ausländerquote, Wohnfläche pro Kopf, Altersgruppen 0-14, 15-64, 65 und älter, Wegzugsquote, Sozialhilfequote und Arbeitslosendichte) der Frankfurter Stadtbezirke an, dann ergeben sich zwei Faktoren, von denen der eine hoch auf den Variablen Sozialhilfequote (.89), Arbeitslosendichte (.87), Wohnfläche pro Kopf (-.81). Man kann diesen Faktor, der rd. 36 % der Gesamtvarianz erklärt, als „Benachteiligung“ bezeichnen. Dieser Faktor hat eine Korrelation von .90 mit dem oben gebildeten Index „sozialer Rang“, misst also das Selbe wie jener. Ein zweiter Faktor, der 41 % der Gesamtvarianz erklärt, lädt hoch auf den Variablen Anteil von Personen im Erwerbsalter (.94), Wegzugsquote (.92) Bevölkerung, Altenquote (-.79) und Ausländerquote (.78). Man könnte diesen Faktor als „Mobilitäts-Aktivitäts-Faktor“ bezeichnen.

5. Sozialstrukturelle Daten in 32 „alten“ Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen 1993 und 1999

Nr.	Wohngebiet	Wohnbevölkerung 1993	Wohnbevölkerung 1999	Anteil 0-20 1993	Anteil 0-20 1999	Ausländerquote 1993	Ausländerquote 1999	Sozialhilfequote 1999	Quote der Fälle von Jugendgerichtshilfe 1993	Quote der Fälle von Jugendgerichtshilfe 1999	Quote der Leistungen der Jugendhilfe 1993	Quote der Leistungen der Jugendhilfe 1999
101	Wittelsbacherallee 16-26; Jakob-Carl-Junior- Str. 2-8; Wingertstr. 2-4; Waldschmidtr. 39-45a	622	735	33,1	27,1	45,8	50,1	12,7	0,0	19,6	15,1	8,0
202	Niedwiesenstr. (ganz)	1200	1032	22,8	24,1	33,7	29,4	14,5	3,6	8,7	2,6	5,2
203	An der Fischweide 2; Niederbornerstr. (ganz); Senefelderweg 1; Sigmund-Freud-Str. 91a-121, 70-94	2868	2728	25,2	25,8	37,5	44,5	15,3	16,1	4,8	8,4	8,7
205	Sigmund-Freud-Str. 41-91	467	469	21,4	18,8	36,4	39,0	13,2	8,3	0,0	10,0	5,7
208	Wegscheidestr. (ganz); Jaspertstr. 1-87	2102	2179	22,7	22,7	25,4	38,0	19,5	15,8	10,4	15,1	14,8
209	Julius-Brecht-Str. 1-6, 8; Berkersheimer Weg 8; Heinrich-Plett-Str. 1-2	2180	1895	26,2	27,1	35,7	38,8	21,4	5,4	6,7	6,5	5,8
302	Auf dem Schafberg 15-45	463	441	33,5	29,0	31,1	31,1	11,3	6,7	6,4	7,1	13,3
303	Kiefernstr. (ganz)	1103	812	32,2	31,4	33,4	43,6	13,6	9,4	11,5	22,0	11,8
304	Wilhemshavener Str. (ganz); Emdener Str. (ganz)	1001	941	38,3	37,2	34,7	42,1	13,8	0,0	13,0	8,4	6,3
305	Ahornstr.; Froschhäuser Str.	781	702	45,1	41,7	67,1	59,7	30,1	27,6	16,3	18,2	17,4
306	Anspacher Str. 2-8; Schloßborner Str. 19-83; Wallauer Str. 2-8, 3-29; Wörsdorfer Str. (ganz)	1499	1407	25,5	23,0	54,4	51,4	10,2	28,4	1,8	11,0	7,7

Nr.	Wohngebiet	Wohnbevölkerung 1993	Wohnbevölkerung 1999	Anteil 0-20 1993	Anteil 0-20 1999	Ausländerquote 1993	Ausländerquote 1999	Sozialhilfequote 1999	Quote der Fälle von Jugendgerichtshilfe 1993	Quote der Fälle von Jugendgerichtshilfe 1999	Quote der Leistungen der Jugendhilfe 1993	Quote der Leistungen der Jugendhilfe 1999
307	Am Hauptbahnhof ger. Nr.; Moselstr. (ganz); Münchener Str. (ganz); Kaiserstr. 31-Ende, 32-Ende	3384	1635	16,3	11,9	87,3	75,8	6,2	8,8	9,4	3,8	2,6
308	Gutleutstr. 100-200; Rottweiler Str. (ganz); Schonstr. (ganz)	1589	1334	23,2	17,1	56,3	54,2	11,3	13,7	12,5	7,6	5,3
402	Zehntmarkweg (ganz); Wolf-Heidenheim-Str. (ganz)	1509	1462	28,0	26,1	33,9	33,1	10,9	5,2	6,5	7,6	5,8
501	Dortelweiler Str. 20-36, 37-39	633	669	29,5	26,9	57,2	48,6	11,8	25,0	16,1	2,7	6,1
601	Mailänderstr. 10,12, 14; Tucholskystr. 77, 79,81	1707	1194	22,7	17,1	69,5	54,3	11,5	0,0	15,7	8,0	8,3
702	Hermann-Brill-Str. (ganz); Küferstr. (ganz)	1481	1308	24,4	24,0	32,0	34,9	14,3	17,9	9,9	3,9	12,1
705	Carl-Sonnenschein-Str. (ganz); Otto-Brenner-Str. (ganz)	2306	2256	25,7	24,0	28,8	38,0	9,0	16,6	11,4	8,4	6,3
706	Robert-Dißmann Str. 2-22; Toni-Sender-Str. 2-14	1283	1127	39,9	34,4	45,8	47,6	8,8	7,3	12,8	11,3	12,4
708	Bolongarostr. 101-Ende; Adolf-Häuser-Str. 1-7; Leverkusener Str. 31; Emmerich-Josef-Str. 7-9; Luciusstr. (ganz)	1666	1101	30,1	24,3	49,4	49,8	8,4	3,4	10,1	1,2	3,8
709	Sieringstraße	1293	1267	22,6	23,1	38,3	43,3	11,9	9,5	5,7	4,1	0,7
803	Langweidenstr. (ganz)	1355	1255	22,1	22,5	33,7	30,4	9,4	7,2	14,6	10,4	42,2
804	Am Niddatal (ganz)	644	618	20,8	21,7	23,1	24,1	17,3	5,7	16,7	7,5	32,1

Nr.	Wohngebiet	Wohnbevölkerung 1993	Wohnbevölkerung 1999	Anteil 0-20 1993	Anteil 0-20 1999	Ausländerquote 1993	Ausländerquote 1999	Sozialhilfequote 1999	Quote der Fälle von Jugendgerichtshilfe 1993	Quote der Fälle von Jugendgerichtshilfe 1999	Quote der Leistungen der Jugendhilfe 1993	Quote der Leistungen der Jugendhilfe 1999
805	Hausener Oberg.	652	647	25,0	29,1	25,6	37,7	9,1	5,7	6,2	7,4	4,8
902	Birsteiner Str. 67-Ende	933	889	29,6	28,9	38,3	41,4	17,4	25,3	16,8	13,4	22,2
903	Max-Eyth-Str. (ganz)	912	923	22,4	25,9	33,8	44,8	11,2	0,0	10,0	9,8	8,4
904	Meersburger Str. (ganz); Gründerseestr. 31-55; Konstanzer Str. 48-Ende	1532	1558	27,1	29,1	45,9	50,5	14,4	0,0	8,7	8,9	3,5
1001	Im Mainfeld 3-21	1516	1467	25,1	24,5	44,1	46,7	10,0	0,0	7,2	5,3	8,6
1002	Im Heisenrath 1-17, 10-18, Am Kiesberg 5-11	1451	1417	35,4	38,6	52,0	47,4	15,6	5,3	5,2	20,7	10,1
1101	Homburger Landstr. 725; Theodor-Thomas-Str. 8	224	216	19,6	22,7	28,1	32,4	23,2	0,0	92,9	4,6	0,0
1103	Friedr.-Stampfer-Str. (ganz)	405	374	22,0	17,7	50,1	19,3	13,9	21,9	5,0	3,4	1,5
1104	Ben-Gurion-Ring 2-100a, 102-170, 172-186	4509	4383	34,1	32,1	32,3	31,6	19,3	11,4	6,1	3,5	5,8

**6. Problembelastungen Daten in 32 „alten“ Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen
(Einschätzungen durch die Sozialräthäuser 2000)**

0 = nicht vorhanden/spielt keine Rolle; 1 = ist vorhanden; 2 = starke Belastung;

3 = sehr starke Belastung; k.A. = keine Angabe; Einschätzung nicht möglich

Nr.	Wohngebiet	Gewalt in der Familie	Gewalt außerhalb der Familie	Vandalismus	Jugendkriminalität	Integrationsprobleme/Nationalitätskonflikte	Arbeitslosigkeit von Erwachsenen	Jugend Arbeitslosigkeit	drohender Verlust der Wohnung	Überschuldung (ohne Mietrückstände)	Sucht	Schulprobleme	Erziehungshilfen	psychische Probleme	familiäre Probleme
101	Wittelsbacherallee 16-26; Jakob-Carl-Junior- Str. 2-8; Wingertstr. 2-4; Waldschmidtr. 39-45a	1	1	0	1	1	1	0	1	0	k.A.	1	1	1	1
202	Niedwiesenstr. (ganz)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
203	An der Fischweide 2; Niederbornerstr. (ganz); Senefelderweg 1; Sigmund-Freud-Str. 91a-121, 70-94	1	1	2	1	1	3	1	2	1	3	3	2	2	2
205	Sigmund-Freud-Str. 41-91	1	1	0	2	1	2	1	0	1	1	1	1	1	2
208	Wegscheidestr. (ganz); Jaspertstr. 1-87	3	3	2	2	2	3	3	1	3	3	3	3	3	3
209	Julius-Brecht-Str. 1-6, 8; Berkersheimer Weg 8; Heinrich-Plett-Str. 1-2	1	2	1	1	2	2	1	2	2	2	2	1	1	1
302	Auf dem Schafberg 15-45	1	1	1	1	1	2	2	k.A.	2	2	1	1	1	1
303	Kiefernstr. (ganz)	1	1	1	1	1	2	2	k.A.	2	2	1	1	1	1
304	Wilhemshavener Str. (ganz); Emdener Str. (ganz)	1	1	1	1	1	1	1	k.A.	2	1	1	1	1	1
305	Ahornstr.; Froschhäuser Str.	3	3	1	2	2	3	3	1	3	3	2	2	3	2
306	Anspacher Str. 2-8; Schloßborner Str. 19-83;	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Nr.	Wohngebiet	Gewalt in der Familie	Gewalt außerhalb der Familie	Vandalismus	Jugendkriminalität	Integrationsprobleme/Nationalitätskonflikte	Arbeitslosigkeit von Erwachsenen	Jugend Arbeitslosigkeit	drohender Verlust der Wohnung	Über-schulung (ohne Mietrückstände)	Sucht	Schul-probleme	Erzie-hungshil-fen	psychi-sche Probleme	familiäre Probleme
	Wallauer Str. 2-8, 3-29; Wörsdorfer Str. (ganz)														
307	Am Hauptbahnhof ger. Nr.; Moselstr. (ganz); Münchener Str. (ganz); Kaiserstr. 31-Ende, 32-Ende	0	1	0	1	1	2	1	2	2	3	1	1	2	1
308	Gutleutstr. 100-200; Rottweiler Str. (ganz); Schonstr. (ganz)	1	,	0	1	1	1	k.A.	1	2	2	1	1	1	1,5
402	Zehntmarkweg (ganz); Wolf-Heidenheim-Str. (ganz)	2	2	1	2	1	3	3	3	2	2	3	1	2	2
501	Dortelweiler Str. 20-36, 37-39	1	1	k.A.	1	1	1	1	k.A.	k.A.	1	2	2	1	2
601	Mailänderstr. 10,12, 14; Tucholskystr. 77, 79,81	2	2	2	2	3	1	k.A.	3	1	1	2	1	1	1
702	Hermann-Brill-Str. (ganz); Küferstr. (ganz)	2	3	2	3	3	3	3	1	2	2	3	3	3	3
705	Carl-Sonnenschein-Str. (ganz); Otto-Brenner-Str. (ganz)	2	2	3	3	2	2	2	1	2	2	2	3	3	3
706	Robert-Dißmann Str. 2-22; Toni-Sender-Str. 2-14	1	2	2	3	2	2	2	1	2	2	2	3	2	2
708	Bolongarostr. 101-Ende; Adolf-Häuser-Str. 1-7; Leverkusener Str. 31; Emmerich-Josef-Str- 7-9; Luciusstr. (ganz)	2	2	2	1	3	3	3	2	3	2	3	3	2	3
709	Sieringstraße	2	2	1	1	1	2	1	1	2	2	2	2	2	2
803	Langweidenstr. (ganz)	1	1	1	2	1	1	2	k.A.	k.A.	1	3	2	2	2

Nr.	Wohngebiet	Gewalt in der Familie	Gewalt außerhalb der Familie	Vandalismus	Jugendkriminalität	Integrationsprobleme/Nationalitätskonflikte	Arbeitslosigkeit von Erwachsenen	Jugendarbeitslosigkeit	drohender Verlust der Wohnung	Überschuldung (ohne Mietrückstände)	Sucht	Schulprobleme	Erziehungshilfen	psychische Probleme	familiäre Probleme
804	Am Niddatal (ganz)	1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	1	2	k.A.	k.A.	k.A.	2	2	2	2
805	Hausener Oberg.	1	1	3	2	1	1	3	1	1	1	2	2	2	1
902	Birsteiner Str. 67-Ende	2	2	2	2	2	2	3	1	1	2	2	2	1	2
903	Max-Eyth-Str. (ganz)	1	1	0	1	2	1	2	1	1	1	3	2	1	2
904	Meersburger Str. (ganz); Gründerseestr. 31-55; Konstanzer Str. 48-Ende	1	1	1	1	3	2	2	1	1	1	1	1	1	2
1001	Im Mainfeld 3-21	1	2	2	3	1	3	3	2	2	3	2	2	3	3
1002	Im Heisenrath 1-17, 10-18, Am Kiesberg 5-11	1	2	2	1	3	3	1	1	1	2	3	2	2	3
1101	Homburger Landstr. 725; Theodor-Thomas-Str. 8	1	1	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
1103	Friedr.-Stampfer-Str. (ganz)	1	1	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
1104	Ben-Gurion-Ring 2-100a, 102-170, 172-186	1	1	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1

7. Sozialstrukturelle Merkmale in 13 „neuen“ Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen 2000

Nr.	Wohngebiet	Wohnbevölkerung	Sozialhilfequote	Ausländerquote	Quote Personen unter 21
121	Sandweg 1-41; Baumweg 1-42; Elkenbachstr. 16-40	1.000	9,0	35,7	12,7
221	Platensiedlung	4.310	12,9	32,8	45,7
222	Ginnheimer-Landstr. 160-176	643	24,9	51,6	28,2
321	Mainzer Landstr. 478-598	954	13,4	44,8	14,4
721	Mumm-von-Schwarzensteinstr., W.-Bockelmannstr.	2.065	7,5	35,2	28,9
723	Lenzenbergstr., Pfortengartenweg	2.394	9,2	28,2	24,7
724	Dunantring, Schaumburgerstr.	2.641	7,4	28,4	22,6
726	Cheruskerweg	715	17,8	35,1	22,5
821	Heinrich-Lübke-Str. 2-64	1.325	11,7	37,4	26,8
922	Diethesheimerstr. 3, 7, 11 und ger. Hausnr.	642	9,5	35,4	25,4
923	Atzelbergstr.; Atzelbergplatz	1.895	5,2	22,1	17,6
924	Raiffeisenstr.	613	6,7	20,9	15,0
1121	Edwards Siedlung	1.513	9,3	23,9	41,4

**8. Problembelastungen in 13 „neuen“ Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemlagen
(Einschätzungen durch die Sozialrathäuser 2000)**

0 = nicht vorhanden/spielt keine Rolle; 1 = ist vorhanden; 2 = starke Belastung;

3 = sehr starke Belastung; k.A. = keine Angabe; Einschätzung nicht möglich

Nr.	Wohngebiet	Gewalt in der Familie	Gewalt außerhalb der Familie	Vandalismus	Jugendkriminalität	Integrationsprobleme/Nationalitätskonflikte	Arbeitslosigkeit von Erwachsenen	Jugend Arbeitslosigkeit	drohender Verlust der Wohnung	Überschulung (ohne Mietrückstände)	Sucht	Schulprobleme	Erziehungshilfen	psychische Probleme	familiäre Probleme
121	Sandweg 1-41; Baumweg 1-42; Elkenbachstr. 16-40	3	0	0	0	2	0	0	0	0	0	1	1	2	3
221	Platensiedlung	2	2	2	k.A.	1	k.A.	k.A.	3	2	2	3	3	1	3
222	Ginnheimer-Landstr. 160-176	2	2	1	k.A.	3	3	k.A.	3	2	2	3	3	1	3
321	Mainzer Landstr. 478-598	1	1	k.A.	k.A.	1	2	2	k.A.	2	2	1	1	1	1
721	Mumm-von-Schwarzensteinstr., W.-Bockelmannstr.	1	1	1	2	2	1	k.A.	1	1	1	2	2	1	2
723	Lenzenbergstr., Pfortengartenweg	2	2	2	2	2	2	2	1	1	1	2	2	2	2
724	Dunantring, Schaumburgerstr.	2	2	1	2	2	1	2	2	2	1	2	2	1	2
726	Cheruserweg	2	2	3	2	3	3	2	2	1	1	2	1	1	2
821	Heinrich-Lübke-Str. 2-64	1	1	1	1	k.A.	1	1	1	k.A.	1	2	2	1	1
923	Diethesheimerstr. 3, 7, 11 und ger. Hausnr.	1	2	3	3	3	3	3	3	2	2	2	3	3	3
924	Atzelbergstr.; Atzelbergplatz	2	2	2	3	2	1	1	1	1	1	2	3	3	3
925	Raiffeisenstr.	1	1	k.A.	k.A.	1	1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	2	2	1	2
1121	Edwards Siedlung	1	1	0	1	0	1	1	2	2	1	2	1	1	2

REIHE SOZIALES UND JUGEND STADT FRANKFURT AM MAIN

10	Jugendplan der Stadt Frankfurt am Main	1987
11	Zwischenbilanz Dritter Kommunalen Altenplan 1980 bis 1985/1986	1987
12	Stadtteil – Sozialatlas. Ergebnisse für die Gesamtstadt	1988
13	Wohnungsbericht 1986/1987	1987
14	Urlaub von der Pflege durch Kurzzeitpflege. Erhebungen und Empfehlungen zu einem Konzept in Frankfurt am Main	1989
15	Bedarfsanalyse zur Wohnsituation Körperbehinderter in Frankfurt am Main	1991
16	Sozialraumanalyse der Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen	1997
17	Sozialhilfe in Frankfurt am Main. Entwicklung und interkommunaler Kennzahlenvergleich für die Hilfe zum Lebensunterhalt	1998
18	Ältere Migrantinnen und Migranten in Frankfurt am Main. Vorstellungen zum Wohnen im Alter und zur Hilfe und Pflege	2000
19	Frankfurter Senioren-Service. Ratgeber für die ältere Generation	1999
20	Frankfurter Sozialbericht. Risiken und Chancen des Frankfurter Arbeitsmarktes	2000
21	Frankfurter Sozialbericht Teil II: Sozialhilfeempfänger	2000
22	Frankfurter Sozialbericht Teil III: Wohnungsversorgung	2001
23	Frankfurter Netzwerk. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Frankfurt am Main	2001
24	Frankfurter Sozialbericht Teil IV: Medizinische Versorgung, Prävention und ausgewählte gesundheitliche Gefährdungen	2001